Die
Einkommensverteilung in Preussen
auf Grund der Einkommensteuerstatistik in den Jahren 1895—1910.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät

der

vereinigten Friedrich-Wilhelms-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Gustav Büttner
aus Leipzig.

ACAD. LUGD. BAT. BIBL.

Halle a. S.
1913.

Referent:

Herr Geheimer Regierungsrat Professor Dr. **J. Conrad.**

Meinen Eltern.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41544701_0062

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung: Die Brauchbarkeit einer Einkommensteuerstatistik für ein Land hinsichtlich der bedeutsamen Frage der Einkommenverteilung 1
A. Allgemeiner Teil 4
I. Die Hauptquellen der preußischen Einkommensteuerstatistik 4
II. Die Vorzüge dieser Statistik für unsere Aufgabe 4
III. Die Mängel einer Einkommensteuerstatistik, speziell der preußischen 5
IV. Beschreibung und Kritik der auf Grund der preußischen Einkommensteuerstatistik zur Betrachtung der Einkommensentwicklung und Einkommensverteilung verwandten Methoden 9
V. Erläuterung und Begründung der aufgestellten Tabellen.
1. Zensiten und Abgrenzung der Einkommenstufen 13
2. Der Untersuchungszeitraum 15
3. Wesentliche Beeinflussung der preußischen Einkommensteuerstatistik durch die Gesetze 16
VI. Kurzer Überblick über die allgemeine wirtschaftliche Lage in den Jahren 1895—1910 16
VII. Allgemeine Charakterisierung der den einzelnen Einkommenstufen angehörenden Personen hinsichtlich ihrer Erwerbs- und Berufstätigkeit, der sie ihr Einkommen verdanken 17
VIII. Der Unterschied zwischen Stadt und Land 20
B. Spezieller Teil 22
I. Die Einkommensverteilung im gesamten preußischen Staate, sowie in den gesamten preußischen Städten und auf dem Lande 22
II. Die Einkommensverteilung in den Provinzen Ostpreußen, Sachsen und in der Rheinprovinz, hinsichtlich des gesamten Gebietes, wie auch des platten Landes 27
III. Die Einkommensverteilung in Berlin, Charlottenburg und dem gesamten Regierungsbezirk Potsdam 31
IV. Die Einkommensverteilung in 8 Großstädten 37
A. 1. Städte des Ostens.
a) Königsberg 37
b) Danzig 38
c) Stettin 39
d) Breslau 41
2. Städte des Westens.
a) Elberfeld 42
b) Köln 44
c) Düsseldorf 45
d) Frankfurt a. M. 47
B. Vergleich zwischen den Städten des Ostens und des Westens . 49
V. Die Einkommensverteilung in den größeren und kleineren Städten 52
VI. Die Einkommensverteilung in 8 preußischen Regierungsbezirken hinsichtlich der ländlichen Bevölkerung 53
A. Allgemeines 53
B. Vergleich zwischen den Regierungsbezirken des Ostens und des Westens 54
Schluß: Das Verhältnis zwischen Geldeinkommens- und Unterhaltsmittelpreisbewegung bzw. Realeinkommens in den Jahren 1895—1910 59
Anhang: Tabellen 67

gleiche Verteilung des Besitzes und Einkommens ist ebenso schädlich, wie eine zu große Verschiedenheit desselben, indem wenige außerordentlich reiche Leute der großen Masse des Proletariats gegenüber stehen; und die Konsequenz hieraus ist positiv gefaßt, daß unter Vermeidung der Extreme ein breiter Mittelstand, der ein behäbiges Dasein zu führen vermag, aber noch unter dem Drucke lebt, durch Arbeit für seinen Unterhalt und sein Fortkommen sorgen zu müssen und zugleich die Mittel besitzt, sich eine bessere Bildung verschaffen und seine Arbeitskraft durch Kapital unterstützen zu können, als die Hauptgrundlage für die Förderung der wirtschaftlichen wie geistigen Kultur das zu Erstrebende ist.“ Andere, namentlich sozialistische Kreise, erhoffen dadurch, daß die Verbindung zwischen arm und reich eine lockere wird, eine Entwicklung, die zu einer Umbildung der Gesellschaftsordnung hindrängt und von dieser dann das Heil. Wir sehen, daß die Frage der Einkommensverteilung den Hauptwendepunkt wirtschaftspolitischer Ideenrichtungen bildet. Welcher Entwicklung streben wir zu? Die Frage ist aber nicht nur von der Sozialdemokratie pessimistisch beantwortet worden (Marx, Kautsky, Engels), sondern früher auch von Männern wie Wagner, Roscher. Heutzutage ist in der deutschen Nationalökonomie die optimistische Ansicht als die vorherrschende anerkannt (Julius Wolf, Gustav Schmoller, Viktor Böhmert). Ein gangbarer Weg zur Beantwortung dieser Frage liegt eben vorzüglich mit in der statistischen Betrachtung der Einkommen, wie sie uns die Einkommenstatistik liefert. Die statistischen Unterlagen sind heute sicherer auch für größere Gebiete und zeitlich längere Perioden zur Betrachtung und Schlußziehung.

Wenn wir uns an die theoretische Nationalökonomie zwecks Feststellung der Begriffe Einkommen, Einkommensverteilung, wenden, so finden wir betreffs des Begriffes Einkommen keine einheitliche Auffassung. Teils wird er von ihm naheliegenden Begriffen von den einzelnen Forschern enger, teils weiter gefaßt. Conrad[1]) versteht unter Einkommen die Summe von Werten, welche im Verlaufe eines Jahres in den Besitz einer physischen oder juristischen Person als Reinertrag ihrer Wirtschaft übergeht, also verbraucht werden kann, ohne die Vermögenslage zu verschlechtern. Eine statistische Erfassung des Einkommens ist aber unmöglich. Alle hierüber anstellbaren Berechnungen haben nur den Wert von Vermutungen. Es ist ganz richtig, was Kleinwächter im Frankensteinschen Handbuch der Staatswissenschaften I. Band V, S. 3 sagt: „Das Einkommen wäre eine gallertartige Masse,

[1]) Grundriß, I. Teil, S. 286.

die einem zwischen den Fingern hindurchrinnt, wenn man sie anfassen will."

Was nun die Verteilung betrifft, so verstehen wir darunter das Verhältnis, in welchem die einzelnen Wirtschaftssubjekte am Volkseinkommen Anteil haben oder das Verhältnis der Einkommen zueinander. Die Ermittlung dieses Anteils auf statistischem Wege wäre ermöglicht, wenn nach Art anderer Statistiken eine Statistik, die allein die Erfassung der Verteilung des Einkommens zum Gegenstand hätte, vorhanden wäre. Gehen wir zur Sachgüterstatistik, die unvollkommen und ungenau ist, so können wir allenfalls noch die Größe und Hauptarten des Volkseinkommens und Vermögens ermitteln. Für die viel wichtigere Frage der Verteilung aber versagt sie vollkommen. Wir müssen uns zu der Statistik wenden, die sich hauptsächlich mit den Personen befaßt. Sie kommt hier allein in Betracht. Hauptsächlich ist es das Material, welches alle Teile des Volkes erfaßt, so daß wir Daten aus der Lohn-, der Haushalts-, der Arbeiterversicherungsstatistik schon aus diesem Grunde, dann aber auch wegen der Lückenhaftigkeit des Materials ausscheiden müssen. Das steuerstatistische Material ist es, auf das wir unser Augenmerk zu richten haben. Es ist das brauchbarste trotz des jedem steuerstatistischen Material anhaftenden Mangels der Beeinflussung durch die Erhebung aus fiskalischem Interesse. Nach der anderen Seite hin verbürgt aber das fiskalische Interesse wiederum auch eine gewisse Vollständigkeit und Genauigkeit der Ermittlungen. In den Ländern, in denen eine Einkommen- und Vermögenssteuer vorhanden ist, gebührt derselben als Gradmesser für die Einkommensverteilung die meiste Bedeutung. Wo solche Steuern fehlen, muß man sich mit dem weniger vollkommenen Material der Ertragssteuern, ev. mit den Wohnungs-, Miet-, Gebrauchs- und Nutzungssteuern, den Luxussteuern usw. behelfen. Auch die Erbschaftssteuer, soweit sie namentlich in direkter Linie besteht, sowie die Schenkungssteuer können für die Vermögensstatistik wertvolles Material liefern.

So wichtige Anhaltspunkte für unsere Frage alle diese Steuern auch liefern mögen, so verdient die allgemeine Einkommensteuer hinsichtlich des aus ihr geschöpften statistischen Materials ganz unbedingt den Vorzug.

A. Allgemeiner Teil.

I. Die Hauptquellen der preußischen Einkommensteuerstatistik.

Wir wollen nunmehr an unsere spezielle Aufgabe, die Untersuchung der Einkommensverteilung im Königreich Preußen, übergehen, soweit wir sie eben aus der Einkommensteuerstatistik ersehen können. Die hauptsächlichsten Quellen bilden für uns die den „Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern im preußischen Staate" beigefügten, sehr umfangreichen Tabellen. Diese behandeln die Einkommens- und Einkommensteuerverhältnisse sowohl der Bevölkerung, als auch der steuerpflichtigen Erwerbsgesellschaften. Die Tabellen liefern uns ein ganz vorzüglich getroffenes Bild von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung, damit also zugleich des Volkswohlstandes. Ferner haben wir unser statistisches Material nach den einzelnen Jahrgängen der „Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus" und dem „Statistischen Jahrbuch des Preußischen Staates" entnommen.

II. Die Vorzüge dieser Statistik für unsere Aufgabe.

Die Vorzüge einer Einkommensteuer und speziell der preußischen sollen uns jetzt beschäftigen. Der Hauptvorzug dieser Steuer ist der, daß alles wirkliche Einkommen einer Person einheitlich in einer Geldgröße zusammengefaßt wird. Das gesamte Jahreseinkommen einer steuerpflichtigen Person umfaßt hiernach die Summe der Reinerträge, die ihr aus Kapitalien, Grund und Boden, Gebäuden, Gewerbe, Handel, Amt- und Lohnarbeit, überhaupt aus allgemeiner gewinnbringender Beschäftigung und aus Renten zufließen. Die verschiedenen Arten des Einkommens sind bei dieser Steuer ganz im Gegensatz zum Ertragssteuersystem einheitlich veranlagt und können demgemäß als gleichartige Wertgrößen miteinander verglichen werden. In gleicher Weise können die Abzüge von der steuerpflichtigen Summe, die meistens die

Erwerbungskosten ausmachen, behandelt werden. Daß die Einkommensteuer das Einkommen einer Person möglichst genau erfaßt, dafür bürgt eine Anzahl positiver Vorschriften. Die übliche Veranlagung ist eine jährliche, oder doch wenigstens kurzfristige, sodaß das statistisch erhobene Material stets den neuesten Einkommensermittlungen entspricht. Durch die, wenn auch nicht für alle Stufen eingeführte Deklarationspflicht, durch die sachverständige Kontrolle und die Strafbestimmungen wird es erreicht, daß das veranlagte Einkommen möglichst der Wirklichkeit nahe kommt. Diesen zweifellos ganz bedeutenden Vorzügen der Einkommensteuer gegenüber anderen Steuern für unsere Zwecke, stehen aber nicht unwesentliche Nachteile gegenüber, die jedem einkommensteuerstatistischen Material und jeder Einkommensteuer in größerem oder geringerem Maße anhaften.

III. Die Mängel einer Einkommensteuerstatistik, speziell der preußischen.

Hauptsächlich macht sich nun für unsere Zwecke der Mangel bemerkbar, daß die Einkommensteuer nicht eine die gesamte Bevölkerung erfassende ist. Ein Teil der Bevölkerung, und zwar bei weitem der größte, bleibt steuerfrei. In Preußen sind es vornehmlich diejenigen Personen, die ein Einkommen von weniger als 900 M. jährlich beziehen. Dies ist aus sozialpolitischen, steuertechnischen und steuerpolitischen Gründen geschehen. Hierbei kommt vor allen Dingen auch die Rücksichtnahme auf die Verbrauchssteuern von notwendigen Lebensmitteln oder Massenverbrauchsartikeln in Betracht, welche die kleinen Leute im Wege der Abwälzung verhältnismäßig stark treffen. Über diesen Teil hat man demgemäß kein wirkliches steuerstatistisches Material. Für die Feststellung der Größe des Einkommens dieser Klasse fehlt in dieser Richtung jeglicher sichere Maßstab. Für die Verteilung, die hauptsächlich nach der Zensitenzahl zu beobachten ist, läßt sich durch ziemlich sichere Schätzung diese Lücke einigermaßen ausfüllen. Auf diese Schätzung des steuerfreien Kontingents darf jedoch auf keinen Fall verzichtet werden. Die Klasse der Steuerfreien ist zu beträchtlich und wichtig für unsere Aufgabe. Gerade aus ihr ist in den letzten Jahren ein gewaltiger Aufstieg in die mittleren Klassen erfolgt.

Ein wesentlicher Nachteil bei der Einkommensteuer liegt sodann darin, daß der steuertechnische Begriff des Einkommens erheblich von dem wissenschaftlichen abweicht. Theoretisch gibt die Nationalökonomie wohl Mittel, das Einkommen eines einzelnen zu erfassen. Kommt aber

nun in der Praxis die Steuergesetzgebung und will dies Einkommen der Steuer unterwerfen, so ist mit dem theoretischen Begriff nicht viel anzufangen. Teilweise erfaßt die Steuergesetzgebung nur eine einzige Güterart, nämlich das Geld und deren Einkommen in die Wirtschaft und somit zu wenig von dem Gesamteigentum. Wagt es jedoch die Steuergesetzgebung, auch das Naturaleinkommen zu treffen, so verfolgt sie damit ein unmögliches Ziel. Steuertechnisch wird als Einkommen hauptsächlich das aufgefaßt, was aus Naturalerwerb oder Gelderwerb im Tauschverkehr veranlagt wird. Das eigene Benutzen von Vermögensobjekten gilt nur ausnahmsweise steuertechnisch als Einkommen, nicht allgemein. Eine solche Ausnahme ist z. B. bei dem steuertechnischen Einkommensbegriff das Anrechnen des Nutzungswertes der eigenen Wohnung im eigenen Hause. Mancher Einkommenszweig wird aber auch wiederum geschont. So ist es nach dem preußischen Einkommensteuergesetz gestattet, von dem Einkommen die gesetzes- oder verfassungsmäßig zu entrichtenden Beiträge zu Kranken-, Unfalls-, Alters- und Invalidenversicherungen, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, sodann die bis zur Höhe von 600 M. für Todes- oder Lebensfall zu entrichtenden Versicherungsprämien abzuziehen. Diese Beträge müßten hinzugezählt werden, um ein genaues Bild von der Einkommensverteilung zu erhalten. Dies ist nicht möglich, da das statistische Urmaterial nach diesen Gesichtspunkten nicht aufgearbeitet ist. — Auch beruht das Veranlagungsverfahren, so vortrefflich es durch die gesetzliche Grundlage auch fortentwickelt sein mag, immerhin doch auf ganz erheblichen Mängeln und kann einer völligen Übereinstimmung mit der Wirklichkeit oder mit den für das steuerpflichtige Einkommen gegebenen gesetzlichen Bestimmungen wohl kaum jemals entsprechen. Hinsichtlich dieser Mängel finden wir im 136. Bande der Preußischen Jahrbücher Heft 2 vom Oberverwaltungsgerichtsrat Mrozek (Steglitz) vorzügliche Zusammenstellungen in dem Artikel: „Die Mängel zur Veranlagung zur Einkommensteuer und Vorschläge zu ihrer Beseitigung."

Ein Mangel liegt auch darin, daß die Gesetzestechnik Veränderungen in der Höhe des besteuerten gegenüber dem wirklichen Einkommen hervorruft und die Technik der Veranlagung sowie auch die Verbesserung in der Veranlagung zu vielen Ungleichmäßigkeiten führt. Überall muß sich das Veranlagungsverfahren den herrschenden Kulturzuständen, der öffentlichen Meinung, überhaupt den gegebenen ethischen, sozialen und politischen Ansichten anpassen.

Die sächsische wie preußische Statistik haben den Mangel gemeinsam, daß nur das in 1. Instanz, nicht das endgültig festgestellte

Einkommen Gegenstand der Zusammenstellungen gebildet hat. Das Ergebnis der Berufungen und Beanstandungen ist nicht berücksichtigt.

Gemäß dem preußischen Einkommensteuergesetze erfolgt die Veranlagung der Zensiten, die mehr als 3000 M. Einkommen haben, unter Deklarationszwang derselben, während die Zensiten mit weniger als 3000 M. Einkommen seitens der Veranlagungsbehörde eingeschätzt werden. Nur auf besondere Aufforderung sind auch letztere Zensiten zur Abgabe einer Deklaration verpflichtet. Auch diese Ungleichheit hat nicht unerheblichen Einfluß auf die Statistik.

Dann ist zwecks richtiger Würdigung der Einkommenstatistik noch das zu bemerken, daß in den unteren Klassen die Familie mehrere Erwerber hat, in den oberen nur einen, daß ein Teil jener Bedürfnisse, die man in den oberen durch das Einkommen deckt, in den unteren durch eigene Arbeit befriedigt wird, daß die niedrigsten Einkommen an Plätzen billigster Lebensführung gezahlt werden (Julius Wolf, Sozialismus und kapitalistische Weltanschauung, Stuttgart 1892, S. 317). Wir müssen uns stets vor Augen halten, daß es Steuereinkommen sind, daß wir keine volkswirtschaftlich ganz klaren Bilder erhalten. Die Statistik sagt auch gar nichts über Altersgliederung und soziale Stellung der Steuerpflichtigen.

Selbst das aus den denkbar besten Veranlagungsverfahren gewonnene Material wird stets für die Statistik noch den Mangel aufweisen, daß es für Besteuerungszwecke und nicht für statistische Zwecke gewonnen ist. Der Steuerzahler wird meist sein persönliches Interesse vorgehen lassen und absichtlich weniger Einkommen angeben, um weniger Steuern zu zahlen. Leicht Veranlassung zu Unterdeklarationen bei der Einkommensteuer gibt auch der Umstand, daß nicht ein bestimmter Prozentsatz jedes einzelnen Einkommens als Steuer erhoben wird, sondern die Besteuerung nach Stufen erfolgt. Daher werden viele ihr Einkommen gerade noch so angeben, daß es in die vorhergehende Steuerstufe fällt. Wie groß die Zahl der Unterdeklarationen irrtümlicher- oder auch absichtlicherweise ist, können wir nicht wissen. Die Zahl der Berichtigungen und erfolgreichen Beanstandungen beträgt aber fast ein Viertel aller abgegebenen Steuererklärungen. Aus dem Vorhandensein dieser Berichtigungen und Beanstandungen, wie auch aus dem Vorkommen von Strafverfahren wegen wissentlich falscher Einkommensangabe, können wir auf weitere, durch die Kontrolle nicht aufgefundene Unterdeklarationen schließen.

Oft setzen sich auch dem Willen, sein Einkommen korrekt anzugeben, infolge der unbestimmten und schwer schätzbaren Erträgnisse

aus den Einkommensquellen, die nicht in festen Geldbezügen bestehen, fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen, so z. B. in landwirtschaftlichen Betrieben, wo es sich um naturalwissenschaftliche Verhältnisse handelt, dann aber auch in den freien Berufen. Es wird auch bei der fortschreitenden Verbesserung des Veranlagungsverfahrens und bei schärferer Ausbildung des Steuergewissens oft statistisch unmöglich feststellbar sein, ob eine Hebung der Einkommensverhältnisse obigen beiden Faktoren oder den wirtschaftlichen Verhältnissen zuzuschreiben ist. Damit entfällt ein gewisser, nicht näher zu beziffernder Anteil an der Vermehrung der Zensiten wie des geschätzten Einkommens nicht auf die Rechnung steigender Wohlhabenheit, sondern genauerer Einschätzung.

Aus der großen Anzahl von Mängeln, die das einkommensteuerstatistische Material nun einmal hat, sehen wir, daß wir keineswegs die wirkliche Summe der Einkommen aller physischen Personen erfassen können, sondern nur diejenige Anzahl Personen, die das Steuergesetz besteuert und diejenigen Größen der einzelnen Einkommen, die durch das Steuergesetz getroffen werden, eben unter Berücksichtigung aller dieser Mängel. Einige dieser Mängel könnte man durch ergänzende Berechnung aus anderem statistischen Material oder durch Schätzungen verbessern. Doch bringen derartige Korrekturen selbst immer nur wiederum Annäherungswerte.

Öfters ist die Steuerhinterziehungsquote zu dem versteuerten Einkommen zugezählt worden. Berechnet[1]) oder geschätzt ist dieser Zuschlag von Soetbeer auf 25%, Samter und Schippel auf 50%. Julius Wolf bestimmt für die niedrigsten Einkommen einen Zuschlag von 25—33%, für die mittleren und hohen einen solchen von 66—75%. Adolf Wagner hält auch nach dem neuen Gesetz eine Korrektur von 10% als noch zu niedrig. Nitschke hält einen Zuschlag von 15—20% als erforderlich.

All diese Schätzungen sind jedoch höchst unsicher. An richtigen Anhaltspunkten hierfür fehlt es vollkommen. Sie ziffernmäßig in statistischen Tabellen zum Ausdruck zu bringen, ist unmöglich. Diese Korrekturen kämen überhaupt mehr in Betracht bei Schlüssen, die auf absoluten Zahlen beruhen. Wir haben es ausschließlich mit Relativzahlen zu tun und bei diesen kann bei der Vergleichung mit Recht angenommen werden, daß die Fehler bei der Vergleichung der Zahlen sich nur wenig bemerkbar machen, da sie sich stets in derselben Richtung

[1]) Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., 3. Bd., S. 664. Jena 1909.

bewegen. Dieselbe Ansicht vertritt auch Klara Perls in ihrem eben erst erschienenen Buch über „Die Einkommensentwicklung in Preußen seit 1896", Berlin 1911, S. 25.

Nach Erwähnung dieser Mängel und nach Betrachtung eventueller Korrekturen könnte es beinahe den Anschein haben, als ob wir bei derartigen Untersuchungen kaum von Ergebnissen sprechen könnten. Dem Material haften Mängel an, sie sind aber nicht so bedeutend, daß wir Werturteile ihretwegen nicht gewinnen könnten. Trotz aller Schwierigkeiten können wir mit gutem Gewissen Schlüsse aus dem Material, über den Gang der Wirtschaftsentwicklung und über die zu erwartende Weiterentwicklung ziehen.

IV. Beschreibung und Kritik der auf Grund der Preußischen Einkommensteuerstatistik zur Betrachtung der Einkommensentwicklung und Einkommensverteilung verwandten Methoden.

Von allergrößter Bedeutung ist nun für unsere Aufgabe die Wahl der Methode, nach der das statistische Material zu Schlußfolgerungen verwertet werden soll. Die Verschiedenheit der Beurteilung der Entwicklungstendenzen für die einzelnen Klassen läßt sich im allgemeinen auf die Verschiedenheit der angewandten Methoden zurückführen.

Die älteste Methode ist, wie E. Huncke in dem Aufsatz: „Methodologisches zur Verwertung der Einkommensteuerstatistik" (Allgemeines statistisches Archiv, Georg von Mayr, VII. Band, S. 90ff.) richtig hervorhebt, die des „prozentuellen Klassenzuwachses". Sie besteht darin, daß man die Zensitenzahl jeder Einkommensklasse in einem bestimmten Jahre mit der Zensitenzahl derselben Klasse in einem früheren Jahre vergleicht, indem man also feststellt, wieviel die absolute Zu- oder Abnahme gegen das frühere Jahr beträgt und dann berechnet, wieviel Prozente diese Zahl von der Zensitenzahl des früheren Jahres beträgt. Die Methode des prozentualen Klassenzuwachses ist mit Vorliebe von den Sozialisten zur Erläuterung der Einkommensentwicklung angewandt worden[1]). Diese Methode, die den oberen Klassen einen prozentual bedeutend höheren Zuwachs im Gegensatz zu den mittleren und unteren anweist, war natürlich besonders brauchbar für die sozialistischen Lehren vom Schwinden des Mittelstandes und der Konzentration des Kapitals. Aber nicht bloß sozialpolitische Schriftsteller, nein, auch ganz berufene Statistiker, wie z. B. Adolf Wagner, haben sich ihrer bedient. So

[1]) Bebel, Die Frau und der Sozialismus, 32. Aufl. Stuttgart 1901.

Adolf Wagner in seinem Aufsatz: „Zur Methodik der Statistik des Volkseinkommens und Volksvermögens", in der Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus, 1904, Abtlg. II, Kap. 13, S. 85. Alles in allem gibt diese Methode ungenaue Bilder von der Einkommensentwicklung.

Unbestreitbar ist es das große Verdienst von Julius Wolf, auf das Irreführende dieser Methode zuerst hingewiesen zu haben. In seinem Werke „Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung" Stuttgart 1892 sagt er auf S. 234ff. ganz mit Recht, „man müsse sich bei Vergleichung der Anzahl der Zensiten in der einzelnen Klasse für zwei verschiedene Zeitpunkte vergegenwärtigen, daß der Zuwachs, den eine Zensitenklasse erfährt, nicht aus der Klasse selbst, sondern im allgemeinen von unten hervorgegangen ist[1])". Das Wesentliche an der Wolfschen Methode ist nun das, daß sie, um die Ziffer des Zensitenaufstieges aus einer niederen in eine höhere Klasse zu ermitteln, den Zensitenzuwachs der höheren Klasse feststellt und diesen noch um den Zensitenzuwachs der wiederum nächst höheren Klasse vermehrt. Wolfs Methode bedeutet unzweifelhaft einen bedeutenden Fortschritt. Sie wird dem historischen Prozeß der Einkommensentwicklung eher gerecht. Man kann wohl allgemein als richtig bezeichnen, daß die Vermehrung der Zensiten hauptsächlich von unten herauf erfolgt. Dann wird bei dieser Methode der Hauptfehler der Methode des prozentualen Klassenzuwachses vermieden, nämlich der obersten Klasse einen unverhältnismäßig großen Zuwachs zuzuschreiben, da sie ja die einzige ist, die wohl einen Zuwachs von unten, aber keinen Abgang nach oben erfährt. Die zweifellos einen bedeutenden Fortschritt gegen früher bildende Methode Wolfs ist nun teilweise sehr mit Recht angegriffen worden. So macht Robert Meyer[2]) im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" unter Artikel Einkommen (Statistik und Verteilung) mit vollstem Rechte darauf aufmerksam, daß die Klassenabgrenzung von Wolf nicht genügend gewürdigt wird. Betrachtet man den Aufstieg aus einer Klasse, so wird die Prozentzahl, die denselben angibt, um so größer sein, je kleiner die Klasse ist. Auf diesen Fehler in der Methode Wolfs hat auch Nitschke in seinem Buch „Einkommen und Vermögen in Preußen" (Jena 1902), auf Seite 34 hingewiesen. Eine richtige Klassenabgrenzung für die Berechnung des prozentualen Klassenzuwachses ist die, daß man die jeweilige Obergrenze einer Klasse in ein bestimmtes Verhältnis zur Untergrenze setzt. Würde

[1]) Er sucht in seiner statistischen Methode das historische Moment des Aufstieges zur Darstellung zu bringen.

[2]) Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., 3. Bd., S. 677. Jena 1909.

die Zunahme vielleicht durchschnittlich 25% betragen, so werden in allen Steuerstufen gleiche Prozentsätze Zensiten in eine höhere Klasse dann aufsteigen, wenn die Klassen sozusagen in geometrischer Progression angeordnet sind, d. h. die Obergrenze einer betreffenden Steuerklasse in unserem Fall immer um 25% höher liegt als ihre jedesmalige Untergrenze. — Auf sehr wesentliche Mängel weist auch Evert hin in seinem Aufsatz: „Streifzüge durch die Materialien zur Veranlagung der Einkommensteuer in Preußen 1892—1901" (Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus 1902 IV). — Er macht ganz mit Recht darauf aufmerksam, daß dem Sozialstatistiker keineswegs allein die Entwicklung, sondern der jeweilige Stand der einzelnen Gruppen nicht nur an sich, sondern auch im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung des Staates von Interesse sei. Dann macht Evert auch darauf noch aufmerksam, daß der Zuwachs, den eine bestimmte Klasse erfährt, absolut nicht allein aus der niederen Klasse stattzufinden braucht, sondern aus der betreffenden Klasse selbst, oder aus einer bedeutend höheren oder niederen Klasse hervorgehen kann. Doch ist dieser Hinweis keineswegs wesentlich oder von irgendwelchem praktischen Einfluß, da wir ja nie und nimmer aus der Einkommensteuerstatistik das Emporkommen bestimmter einzelner Personen beobachten können, vielmehr wir es stets mit unpersönlichen Zahlen zu tun haben.

Im allgemeinen kann man aber doch sagen, daß eine Vermehrung der Zensitenzahl in den einzelnen Einkommenstufen zugleich mit als ein Aufstieg aus einer niederen Stufe anzusehen ist.

Eine weitere Betrachtungsmethode ist die Methode der prozentualen Verteilung von Bestand und Zuwachs sowohl von Zensiten als auch von Einkommen. Es wird also der Anteil der Zensiten jeder einkommensteuerpflichtigen Einkommensklasse an der Gesamtheit der einkommensteuerpflichtigen Zensiten bzw. der Einkommen jeder Einkommensklasse an der Gesamtheit der Einkommen in den verschiedenen Vergleichsjahren berechnet. Diese Methode ist besonders von Robert Meyer empfohlen. Angewandt haben sie Soetbeer und Wilhelm Böhmert[1]) u. a. So brauchbar nun anfänglich diese Methode der prozentualen Verteilung des Bestandes auf die einzelnen Gruppen auch erscheinen mag, so zeigt Evert in dem bereits zitierten Aufsatze, daß auch sie unter Umständen uns nicht ein richtiges Bild zu liefern vermag. Das Fehlerhafte dieser und auch der vorhergehenden Methode liegt in der völligen Loslösung von der Bevölkerung. Eine richtige Beurteilung der Ein-

[1]) Wilhelm Böhmert, Die Verteilung des Einkommens in Preußen und Sachsen, S. 11ff. Dresden 1898.

kommensverteilung gemäß der Einkommensteuerstatistik ist einzig und allein unter Zugrundelegung der Bevölkerungsbewegung zu finden.

Evert wie auch Adolf Wagner suchen die eng mit der Einkommensverteilung zusammenhängende Frage, in welchen Klassen wohl die Zensitenzunahme am beträchtlichsten gewesen ist, der Methode nach steuerstatistisch so mit der Bevölkerungsbewegung zu verbinden, daß sie (Evert, S. 262) den Anteil, welchen jede der Zensitengruppen im Anfangsjahre der Untersuchung an der Gesamtheit der Bevölkerung hatte, gleich 100 setzen und die entsprechenden Zahlen der späteren Vergleichsjahre proportional berechnen. Auf diese Art meinen sie bei dieser Frage die Bevölkerungsbewegung mit Zensitenzuwachs oder -abnahme richtig in Verbindung gebracht zu haben. Evert rechnet also die prozentuelle Vermehrung des jeweiligen Anteils der Gesamtbevölkerung an der betreffenden Steuerstufe aus. Diese Berechnungsweise krankt bezüglich der demgemäßen Vergleichung der einzelnen Steuerstufen untereinander zum mindesten an den Fehlern, die Julius Wolf an der Methode des prozentualen Klassenzuwachses gerügt hatte. Und dann wird dem Bestand, den jede Klasse im Anfangsjahre der Untersuchungsperiode hatte, viel zu viel Wert beigelegt, so daß die Abhängigkeit der späteren Jahre der Untersuchungsperiode vom Anfangsjahr eine zu große ist.

Wenn man erkannt hat, daß man ein richtiges Bild von der Einkommensverteilung in der Richtung unserer Untersuchung nur erhält, wenn man die Zensitenbewegung in Zusammenhang mit der Bevölkerungsbewegung bringt, so liegt der Gedanke nicht fern, zu untersuchen, wie sich die Anzahl der Zensiten, die auf je 10 000 der Bevölkerung fallen, in den betreffenden Jahren prozentual auf die einzelnen Klassen verteilen. Tut man dies, so findet man die statistische Frage betreffs unserer Aufgabe so gestellt: Von den je auf 10 000 Köpfe entfallenden Zensiten enthielt Klasse so und so, in der ein Einkommen von — bis Mark versteuert wurde, wieviel Zensiten? Diese Methode ist hauptsächlich von Wilhelm Böhmert in seiner 1898 erschienenen kleinen Schrift: „Die Verteilung des Einkommens in Preußen und Sachsen", erfolgreich zugrunde gelegt worden. Unter einer derartigen Zugrundelegung der Bevölkerungsbewegung erlaubt diese Berechnungsweise die sichersten Schlüsse. Die sich so ergebende Einkommensverteilung gibt wohl am ehesten Klarheit über die Geschwindigkeit der Einkommensentwicklung in den einzelnen Klassen. Uns ist es aber hauptsächlich um die Betrachtung der Einkommensverteilung zu tun, bei der jedoch wir auch an der Betrachtung der Einkommensentwicklung nach der von uns gewählten Methode nicht vorübergehen werden.

Betreffs der Einkommensentwicklung in Preußen ist die von Dr. Klara Perls in ihrer Arbeit: „Die Einkommensentwicklung in Preußen seit 1896", Berlin 1911, S. 50ff. gewählte Methode von hohem Interesse und beachtenswert. Sie baut ihre Methode auf der Wolfschen Methode weiter auf, indem sie letztere namentlich bezüglich der Abgrenzung der einzelnen Klassenräume und weiterhin dadurch, daß sie sie mit der Bevölkerungsbewegung in Verbindung bringt, bedeutend ergänzt und verbessert. Bezüglich ihrer Aufgabe gelangt sie zu wertvollen Resultaten, die einen Anspruch auf relativ größte Richtigkeit wohl besitzen. Allein, wir würden gerade bei einer Methode, die sich eine Schilderung der Einkommensentwicklung zur Aufgabe gestellt hat, es auch trotz der Unpersönlichkeit der Zahlen für richtig gehalten haben, wenn die Untersuchungszwischenräume möglichst kurze, also jährliche gewesen wären. Wir wollen nicht die Einkommensbewegung statistisch zu erfassen suchen, sondern den Stand der Verteilung des Einkommens nach der Einkommensteuer zu verschiedenen Zeitpunkten messen und so die Entwicklung in der Einkommensverteilung betrachten. Dazu reicht aber die Wolfsche, wie auch die verbesserte Wolfsche Methode nicht aus. Wir lehnen sie aus demselben Grunde wie Robert Meyer[1]) im Handwörterbuch der Staatswissenschaften — Artikel Einkommen — und Georg Evert in seinem Aufsatz: „Sozialpolitische Streifzüge durch die Materialien der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer in Preußen von 1892—1901", S. 259ff. ab.

V. Erläuterung und Begründung der aufgestellten Tabellen.

1. Zensiten und Abgrenzung der Einkommenstufen.

Wir wollen nunmehr zur Besprechung der Zusammenstellung unserer Tabellen übergehen und wollen zugleich anfangs bemerken, daß alle nach einheitlichem Plane aufgestellt sind, wodurch die Vergleichbarkeit der einzelnen Daten ungemein erleichtert wird. Hieran möchte ich noch einige für unsere Tabellen allgemein gültige Bemerkungen schließen. Da wir es uns zur Aufgabe gestellt haben, die Einkommensverteilung darzustellen, so kommt es uns garnicht auf die absoluten Zahlen, sondern ausschließlich auf die Relativzahlen an.

Zugrunde gelegt ist unseren Berechnungen die jeweilige Wohnbevölkerung des Staates, die sich auch auf die im Inlande regelmäßig wohnenden Ausländer bezieht. Weiter handelt es sich für uns allein um

[1]) Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., 3. Bd., S. 677ff. Jena 1909.

die Privateinkommen der physischen Personen, die juristischen Personen kommen für uns nicht in Betracht.

Unsere Tabellen, die den Nachweis der Zensiten des gesamten preußischen Staates oder eines Teiles desselben im Verhältnis zu der entsprechenden Gesamtbevölkerung darstellen, bringen unter Spalte 1 die Abgrenzung der einzelnen Einkommensstufen. Wir haben dabei bis zum Einkommen von 30 500 M. näher spezialisiert und von da an die höheren Einkommen zusammengefaßt. Sie sind ja auch nur wenig zahlreich. Die niedrigste Stufe soll diejenigen Personen bezeichnen, die weniger als 900 M. Einkommen besitzen und nach dem Gesetz steuerfrei sind. Weitere Abstufungen haben wir bei den Einkommen von 3000 M., 6000 und 9500 M. unternommen. Dann haben wir eine Zusammenfassung sämtlicher Einkommenstufen gegeben und ferner analog den Einkommen unter 900 M. die über 900 M. gegenübergestellt. Wir werden auf diese Stufeneinteilung weiter unten noch zurückkommen.

In den Spalten 2, 4, 6, 8 haben wir Relativzahlen gebracht, die auf je 10 000 Einwohner berechnet sind. Sie sollen angeben, wieviel Zensiten in den einzelnen Einkommenstufen auf je 10 000 Einwohner kommen. Hierbei ist als Einwohnerzahl diejenige genommen, die sich bei der Einkommensteuerstatistik auf Grund des Urmaterials ergeben hat. Die Anzahl der Zensiten, die ein Einkommen unter 900 M. beziehen, ist, da sie der Steuerpflicht nicht unterliegen, und daher steuerstatistisch nicht genau festgestellt sind, nur geschätzt worden. Wir haben hierbei diejenige Anzahl von Personen zugrunde gelegt, die in Spalte 7 der Tabelle 1 der „Nachweisung des Sollaufkommens an Einkommensteuer“ als einkommensteuerfreie Einzelsteuernde und Haushaltungsvorstände angegeben sind. Es sind aber in ihnen auch noch die Zensiten mit inbegriffen, die ein Einkommen über 900 M. beziehen, aber gemäß der §§ 19 und 20 des Einkommensteuergesetzes von der Steuerpflicht befreit sind. Ihre Zahl ist nicht unerheblich. Nach diesen beiden Paragraphen soll als Ermäßigung der Steuersätze in Betracht kommen die Kinderzahl der Steuerpflichtigen, sowie wesentlich beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse, wie neben Unterhalt und Erziehung der Kinder noch die Verpflichtung zum Unterhalte mittelloser Angehöriger, andauernde Krankheit, Verschuldung und besondere Unglücksfälle. Trotzdem wir die Personen, die ein Einkommen unter 900 M. beziehen nur schätzungsweise ermitteln können, können wir ihre Zahl wohl als annähernd richtig anerkennen. Entbehren können wir sie auf keinen Fall. Nur indem wir auch die steuerfreien Einkommen mit in den Kreis unserer Betrachtung

ziehen, bekommen wir ein vollständiges Bild von der Einkommensverteilung.

Nun zu den Spalten 3, 5, 7 und 9. Diese Spalten geben zu ihren vorangehenden Spalten prozentual die Zahlen an, die das Verhältnis der Zensiten der einzelnen Einkommenstufen zu den Zensiten aller Einkommenstufen ausdrücken sollen, wobei die Zensiten auf 10 000 der Bevölkerung berechnet sind. Oder klarer ausgedrückt wird in diesen Spalten die Frage beantwortet: Von je auf 10 000 Köpfe entfallenden Zensiten enthielt Klasse X wieviel Prozent? Aufmerksam gemacht hat auf diese Art der Methode zur Erfassung der Einkommensverteilung zuerst Huncke[1]). Größere Berechnungen nach derselben sind bis jetzt noch nicht aufgestellt worden. Wir halten gerade diese Zahlen für besonders wertvoll, weil in ihnen betreffs der Einkommensverteilung die Beziehung zwischen Zensiten und Bevölkerung am deutlichsten und genauesten wiedergegeben wird. Die Zahlen sind sehr instruktiv.

2. Der Untersuchungszeitraum.

Die Untersuchung ist auf die 4 Jahre 1895, 1900, 1905 und 1910 festgelegt worden. Das Jahr 1892, das am weitesten zurückliegende und für unsere Zwecke noch vergleichbare, ist nicht in den Kreis unserer Betrachtungen gezogen worden, da es als erstes infolge der Neuheit der Veranlagung und Erhebung als ein ungewöhnliches bezeichnet werden muß. Ferner müßten wir bei ihm infolge des Fehlens der statistischen Angabe die Bevölkerung bzw. die Zensiten (Einzelsteuernde und Haushaltungsvorstände) unter 900 M. Einkommen außer Betracht lassen. Die Schwankungen in den ersten Jahren sind auf die noch ungenügende Kenntnis und Übung sowohl auf Seiten der Zensiten wie auch der Einschätzungs- und Veranlagungsorgane zurückzuführen. Deshalb haben wir erst mit dem Jahre 1895 begonnen.

Eine Vergleichung der Steuerresultate vor dem Jahre 1892 ist wegen der Grundverschiedenheit der Steuereinschätzung unmöglich. Georg Evert sagt in seinem Aufsatz (Sozialpolitische Streifzüge durch die Materialien der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer in Preußen von 1892—1901; in der Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus, Jahrgang 1902, S. 245) von dem Wert der preußischen Einkommensteuerstatistik vor dem 1. April 1892 mit Recht: „indessen der Mangel jeder verantwortlichen Selbsteinschätzung und das ausdrückliche Verbot des „lästigen Eindringens“ in die Einkommensverhältnisse des

[1]) Allgemeines statistisches Archiv. Georg von Mayr. VII. Bd., S. 90ff. 1907.

Steuerpflichtigen, ließen die eingeschätzten Beträge bekanntlich vielfach weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, sodaß die Ergebnisse der Veranlagung für wissenschaftlich-statistische Zwecke nur sehr bedingt und mit großer Vorsicht verwendbar waren ...., alles in allem wird man aber leider zugeben müssen, daß die Statistik unter der Herrschaft des alten Einkommensteuergesetzes leichter zur Irreführung als zur Aufklärung über die Einkommensverhältnisse benutzt werden konnte und tatsächlich auch benutzt worden ist."

3. Wesentliche Beeinflussung der preußischen Einkommensteuerstatistik durch die Gesetze.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit gleich betrachten, inwiefern das Gesetz nach dem Jahre 1892 selbst auf die statistische Erfassung des Einkommens nach der Einkommensteuergesetzgebung gewirkt haben könnte. Durch das Gesetz vom 2. Juli 1900 ist die Personalsteuerverfassung des Staates auch auf die Hohenzollernschen Lande ausgedehnt worden. Infolgedessen beziehen sich die statistischen Daten, soweit sie beim Gesamtstaate Preußen in Frage kommen, auf diesen Staat mit, was indessen auf das Gesamtergebnis so gut wie einflußlos ist. Infolge des Gesetzes vom 19. Juli 1906 betreffend die Abänderung des Einkommensteuergesetzes erfolgte die Einkommensteuerveranlagung zum ersten Male nach 1891 nach ziemlich wesentlich veränderten Grundsätzen. Das Gesetz brachte mehrfache die Steuerhöhe wesentlich beeinflussende Erleichterungen. Solche waren: Abzugsfähigkeit der Beiträge zur allmählichen Tilgung auf Grundbesitz haftender Schuld, Steuerermäßigung der Einkommen von über 3000—6500 M. bei Vorhandensein von mindestens 3 vom Steuerpflichtigen zu unterhaltenden Familienangehörigen. Dieses Gesetz hat sicher auch auf die Einkommensteuerstatistik eingewirkt. Bei unseren statistischen Betrachtungen müssen wir dieses Umstandes gedenken. Allein so gewaltig ist der Einfluß dieses neuen Gesetzes auf die Statistik nun doch nicht, daß die statistischen Resultate nach 1906 mit denen vor 1906 überhaupt nicht mehr vergleichbar wären.

VI. Kurzer Überblick über die allgemeine wirtschaftliche Lage in den Jahren 1895—1910.

Wir hatten schon oben gesagt, warum wir das Jahr 1895 zum Ausgangspunkte unserer Untersuchungen gemacht haben. Wir wollen nun mit den folgenden Zeilen einen kurzen Überblick über die allgemeine wirtschaftliche Lage für diese Periode zu geben versuchen.

Das Jahr 1895 bildet den Schluß der langen wirtschaftlichen Depressionsperiode, die 1873 begonnen hatte. Das nächstfolgende Jahr 1896 ist in mancher Beziehung auch noch ein Jahr des Tiefstandes und in seinen Veranlagungsergebnissen ein ungünstiges Steuerjahr. Es bildet jedoch in seinen Veranlagungsresultaten den Ausgangspunkt einer ganz besonders auffallend aufsteigenden Linie wirtschaftlicher Entwicklung. Dieser Aufschwung verharrt bis in das Jahr 1900 stets in aufsteigender Richtung. Im Laufe des Jahres 1901 trat nun bekanntlich die große wirtschaftliche Krise ein, die unter anderem zum Zusammenbruch großer Banken und wichtiger gewerblicher Unternehmungen führte. Und damit hat eine Niedergangsperiode eingesetzt, die die Jahre 1902 und 1903 noch andauerte. Erst im Jahre 1904 läßt sich ein erfreulicher Aufschwung und damit Wendepunkt konstatieren, wonach zugleich auf eine wesentliche Besserung der Gesamtlage zu schließen ist. Im Jahre 1905 befinden wir uns in der wirtschaftlichen Aufschwungsperiode. Hiernach scheinen in beinahe allen Landesteilen die Folgen der zu Beginn der 1900er Jahre eingetretenen wirtschaftlichen Krisis überwunden zu sein. Die volle Höhe der veranlagten Steuer von 1900, dem Jahre der Hochkonjunktur, wird erst wieder im Jahre 1906 erreicht. Die Wirtschaftslage des Jahres 1907 ist auch noch im allgemeinen als eine günstige zu bezeichnen. Allein im Frühjahr dieses Jahres macht sich der allgemeine Rückschlag der Konjunktur doch schon recht bemerkbar. Die nun folgenden Jahre stehen im Zeichen eines allmählichen Niederganges der Wirtschaftslage und sind in dieser Beziehung nicht als günstig anzusprechen. Dies mag genügen, um sich ein allgemeines Bild von der wirtschaftlichen Lage in unserer Untersuchungsperiode zu machen.

VII. Allgemeine Charakterisierung der den einzelnen Einkommenstufen angehörenden Personen hinsichtlich ihrer Erwerbs- und Berufstätigkeit, der sie ihr Einkommen verdanken.

Wir hatten schon oben angegeben, wie wir für unsere Untersuchungen die einzelnen Einkommenstufen abgegrenzt haben, ohne jedoch eine nähere Begründung hinzuzufügen. Wir wollen gleich von vornherein betonen, daß wir uns im allgemeinen an die von Adolf Wagner festgesetzten Stufen gehalten haben, denen auch Schmoller und Evert zustimmen. Wir haben in der Einleitung unserer Arbeit von Mittelstandsuntersuchung gesprochen, ohne bisher irgendwie angedeutet zu haben, wie wir denselben von einem Unter- resp. Oberstande abgrenzen. Eine derartige Abgrenzung zu treffen ist kaum möglich, da das Einkommen

ja höchstens einen Maßstab der wirtschaftlichen, nicht aber immer auch einen der sozialen Stellung abgibt. Die Grenzen des Mittelstandes werden, wenn da auch zwar nicht absolute Willkürlichkeit herrscht, so doch heute nach oben wie nach unten verschieden angesetzt. Wenn man früher unter Mittelstand die Steuerzahler zwischen 1800 und 4000, höchstens 6000 M. Einkommen verstand, so ist heute die Grenze weit hinaufgerückt. Fast allgemein rechnet man die Einkommen bis 9500 M. noch zu den mittleren. Adolf Wagner bezeichnet als Mittelstand die Einkommensbezieher von 2100—9500 M. Unseres Ermessens kann man den Ausdruck Mittelstand immer noch am besten auf die Personenklasse beziehen, die zwischen 3000—9500 M. Einkommen bezieht. Wir selbst haben in unserer Arbeit verzichtet, für einen Unter-, Mittel- oder Oberstand bestimmte Grenzen nach dem Einkommen festzulegen und haben uns einfach an die Steuerstufen, wie sie uns in der Steuerstatistik schärfer markiert gegeben sind, gehalten. Gleichwohl soll hier doch streng betont werden, daß wir weniger auf die großen, sondern vielmehr hauptsächlich auf die mittleren und kleineren Einkommen bei unserer Untersuchung eingegangen sind. Wenn wir nun im folgenden auch bei der scharfen Abgrenzung der einzelnen Stufen nach dem Einkommen von 900, 3000, 6000 M. usw. bleiben, so sind diese Zahlen im allgemeinen ziemlich tote und nichtssagende. Welches die Leute z. B. sein könnten, die ein Einkommen von 3000—6000 M. beziehen, darüber sind unsere Vorstellungen zum mindesten nebelhafte. Und bei dieser Gelegenheit kommen wir auch noch auf einen weiteren Mangel der Steuerstatistik zu sprechen, nämlich, daß die Einkommensteuerstatistik keine näheren Angaben und Beziehungen zwischen Personen einerseits und Beruf bzw. Geschlecht andererseits bringt. Eine derartige Verbindung würde von seiten der Statistik sicher mit größter Freude begrüßt werden. Daß dies möglich ist, sehen wir an der österreichischen Einkommensteuerstatistik, die über die Gliederung der Einkommen nach Berufen, wenn auch keine sehr detaillierte, so doch seit 1898 einige Auskunft gibt. Wir wollen nun versuchen, ähnlich wie wir oben eine kurze Skizze der wirtschaftlichen Lage während der Untersuchungszeit zu geben versuchten, etwas von den Berufen zu sagen, die in den von uns aufgestellten Grenzen der Einkommenstufen vorkommen. Wir sind uns dabei bewußt, nur einzelne typische Vertreter nach Berufs-, Erwerbs- und Vermögensverhältnissen anzuführen.

Im allgemeinen kann man sagen, daß die Personen, die ein Einkommen unter 900 M. beziehen, zum Proletariat gehören. Wir finden darunter einen großen Teil der städtischen, ländlichen, industriellen und

agrarischen schlecht gestellten Arbeiterfamilien. Aber auch ganz kleine selbständige Landwirte, die noch auf Verdienst aus Tagelohn mit dabei angewiesen sind, gehören hierzu. In diese Kategorie fallen auch die kümmerlichen Heimarbeiter und die Vertreter des kleinsten Handwerksbetriebes, ferner ein großer Teil lediger, jugendlicher, einzelsteuernder Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts und die niederen Dienstboten.

Nicht zum Proletariat gehören dagegen in dieser Klasse jüngere, öffentliche oder Privatbeamte, deren Gehalt zunächst 900 M. nicht erreicht, später aber weit höher steigt. Es gehören nicht zum Proletariat jüngere Söhne und Töchter aus wohlhabenden oder auch nur dem Mittelstande zugehörigen Familien, die in irgendwelchen Wirtschaften tätig sind, um sich auszubilden, und demgemäß nur ein sehr geringes Einkommen haben.

In die nächsthöhere Einkommenstufe von 900—3000 M. gehört ein sehr großer Teil, ja vielleicht der bei weitem größte Teil der kleinen ländlichen Grundbesitzer und Landwirte, der Bauern, Pächter usw., aber auch die Landwirte mit schon etwas größerem Grundbesitz oder Pachtland, und Privatbeamte in der Landwirtschaft. Vertreter dieser Gruppe bilden ferner das Heer der Fabrikarbeiter, Bergleute, Handwerksgesellen und Dienstboten. Dann gehören hierher jüngere kaufmännische Angestellte, Angehörige liberaler Berufe, Subalternbeamte, Volksschullehrer, dann die große Masse der öffentlichen Unterbeamten, Krämer, Wirte usw. Ferner repräsentieren dieses Einkommen Leute, die zum Teil noch Anfänger ihres Berufes sind, wie junge Ärzte, Schriftsteller, Juristen, Lehrer und Subalternbeamte mittlerer Dienstzeit, öffentliche Beamte des höheren Dienstes, dann aber namentlich auch die schon mit etwas Kapital arbeitenden kleineren Gewerbetreibenden. Diese Kreise der den selbständigen aber auch liberalen Berufen angehörigen Personen, die älteren subalternen und die öffentlichen Beamten des höheren Dienstes mittleren Dienstalters gelangen dann allmählich nach Jahren in die nächsthöhere Stufe der Einkommen von 3000—6000 M., und ein kleiner Teil von diesen in die Einkommenstufe von 6000—9500 M., der höchsten des Mittelstandes bei höherer Lebensdauer.

In diesen Klassen besteht das Einkommen hauptsächlich aus Arbeits- und Berufseinkommen. Neben diesen beiden Einkommensarten spielt aber das Vermögen, Kapital und Grundbesitz, seien diese Werte ererbt oder selbst erworben, eine nicht unbedeutende Rolle, insofern, als dieselben selbst Einkommensbildner sind. In den Klassen unter 9500 M. wird das Einkommen zum größten Teil aus Arbeits- oder Berufsein-

kommen bestehen und den anderen Einkommensbildnern eine ergänzende Rolle im allgemeinen zukommen. Dies wird aber anders mit der nächsten Klasse der Einkommen von 9500—30 500 M. Allein auf ihr Arbeitseinkommen hin mögen dieser Klasse einige höhere Beamte des Zivil- und Militärstandes angehören, dann auch einige höhere Privatbeamte, die obere oder gar leitende Stellungen bei einzelnen Erwerbsgesellschaften, privaten Unternehmungen, einnehmen. Auch aus den liberalen Berufen wird es einzelne geben, die allein ein derartiges Arbeits- oder Berufseinkommen haben, so Künstler, Schriftsteller, Ärzte, Anwälte usw., die besonders vom Glück begünstigt sind. Sehr wenig zahlreich sind jedoch die Arbeitseinkommen, die größer als 30 500 M. sind. Vereinzelt kommen dieselben auch vor. Allein diese Einkommen sind vorzugsweise Renteneinkommen und dann auch große gewerbliche Einkommen. Einen großen Teil dieser Einkommensempfänger bildet die Grundaristokratie. Den bei weitem größten Teil stellen aber die Spitzen der modernen Erwerbsgesellschaften, der großen Industrie, des Handels, des Geld- und Bankgeschäftes, der Börse, der Spekulantenwelt (Grundstücksspekulation). Ein Zeichen wirtschaftlichen Aufschwunges ist aber das Entstehen einer neuen, im Vergleich zur Grundaristokratie reicheren und zahlreicheren Geldaristokratie, die die höchsten Einkommen bezieht. Dies mag genügen, um uns ein ungefähres Bild von den Berufen der Einkommensbezieher in den einzelnen Steuerklassen zu geben.

VIII. Der Unterschied zwischen Stadt und Land.

Wir haben in Tabelle 1 drei Untersuchungen angestellt, und zwar A für den gesamten preußischen Staat, B für die Stadt und C für das Land. Der Unterschied zwischen den beiden letzteren besteht darin, daß in B die in den Städten wohnende und in C die in den Gutsbezirken oder Landgemeinden wohnende Bevölkerung zusammengefaßt ist. Die Abgrenzung ist jedoch nicht im wirtschaftlichen oder statistischen Sinne geschehen, sondern allein im verwaltungsrechtlichen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß auf dem Lande nicht nur heutzutage Landbevölkerung wohnt, sondern, da daselbst jetzt viele Fabriken errichtet sind, auch eine zahlreiche Fabrikbevölkerung. Zu bedenken ist noch bei der Einkommensverteilung in den Großstädten, daß die zeitliche Bewegung in der Verteilung nicht unbeträchtlich beeinflußt wird durch Eingemeindungen größerer Art. Namentlich wird dies bei den Industriestädten ins Gewicht fallen. Es sind aber auch, was auf die Statistik durchaus nicht einflußlos gewesen sein mag, zahlreiche Landgemeinden als Villen-

vororte großer Städte oder in ähnlich bevorzugter Lage sehr in Ausdehnung begriffen und mit seiner recht wachsenden Anzahl wohlhabender Einwohner gesegnet. Damit ist bei der Unterscheidung in der Betrachtung zwischen Stadt und Land auch noch dieses Umstandes zu gedenken, daß in den Städten der Gebrauchswert des Geldes ein geringerer zu sein pflegt als auf dem Lande. Namentlich spielt für die Stadt dann neben der sorgfältigeren Einschätzung gewisser Gruppen auch die verteuerte Lebenshaltung mit, vermöge welcher ein höheres Einkommen nur denselben Wert hat wir vor Jahren ein geringeres. Trotz alledem verlangt es die große Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in Stadt und Land, auch die Bewegung der städtischen und ländlichen Zensiten getrennt zu untersuchen. Im Sinne der Statistik werden dabei unter Stadt alle Ortschaften mit mehr als 2000 Einwohnern verstanden, unter Land alles übrige.

B. Spezieller Teil.

I. Die Einkommensverteilung im gesamten preußischen Staate, sowie in den gesamten preußischen Städten und auf dem Lande.

Vergleichen wir zunächst zeitlich und räumlich die Einkommenstufen, so sehen wir, daß im ganzen Staate die relative Gesamtzahl der auf 10 000 Einwohner berechneten Zensiten überhaupt sich von 3602 im Jahre 1895 bis auf 3689 im Jahre 1910 nur unerheblich vergrößert hat. Am geringsten ist hierbei die Steigerung in den Jahren 1900—1905. Anders ist das Bild, das in dieser Beziehung die Städte Preußens bilden. Hier finden wir nicht, wie im Gesamtstaate, eine stetig aufsteigende Kurve, sondern nur in den Jahren 1895—1910. In der Zwischenperiode 1900—1905 sinkt die Relativzahl von 4244 auf 4202. Das umgekehrte Bild zeigt im großen und ganzen das Land. Während im Jahre 1895 noch 3211 Zensiten auf 10 000 Einwohner kommen, geht die Zahl im Jahre 1900 auf 3189 zurück, steigt dann 1905 auf 3199 und fällt wieder auf 3188. Allein, diese Zahlen zeigen für unsere Aufgabe nur, daß in den einzelnen Jahren das Größenverhältnis zwischen der veranlagten bzw. einkommensteuerpflichtigen Bevölkerung und den Zensiten schwankt. Es bringt einen Beweis für die Tatsache mit, daß, steuertechnisch gesprochen, auf dem Lande bedeutend mehr Angehörige auf einen Zensiten fallen wie in der Stadt. Dies ist ein Zeichen dafür, wieweit mehr auf dem Lande die Kinder, auch die erwachsenen, und ferner andere zur Familie gehörige Personen, wie Geschwister, Verwandte des Haushaltungsvorstandes bzw. seiner Ehefrau in der steuerpflichtigen Haushaltung mitarbeiten bzw. mitleben. Sonstige Schlüsse lassen sich hieraus kaum ziehen.

Wichtigere Aufschlüsse gibt die Betrachtung der anderen Klassen. Zunächst wollen wir die steuerfreie Bevölkerung mit einem Einkommen

unter 900 M. betrachten. Während im Jahre 1895 auf 10 000 Einwohner im gesamten Staate noch 2757 Zensiten mit unter 900 M. Einkommen fallen, geht diese Zahl in der Untersuchungsperiode 1895—1910 erst langsamer, dann immer rapider auf 2095 herab; es steigt in der gleichen Zeit die Anzahl der Einkommen der Zensiten über 900 M., wenn auch nicht dem immer schneller werdenden Rückgang der unter 900 M., entsprechend, so doch stetiger von 845 auf 1594. Gleichartig ist das Steigen und Fallen der Zahlen der Zensiten mit Einkommen unter und über 900 M. in der Stadt und auf dem Lande. Im Jahre 1895 haben in der Stadt unter 10 000 Einwohnern 2944 und 1910 2086 Zensiten ein Einkommen unter und 1895 1239, 1910 2169 Zensiten über 900 M.; auf dem Lande 1895 2632, 1910 2102 Zensiten unter 900 M. und 1895 579, 1910 1086 Zensiten über 900 M. Einkommen. Die Abnahme der Zensitenzahl mit einem Einkommen unter 900 M. im Staate, Stadt und Land ist relativ fast gleich, Im Jahre 1895 bildet sie noch $^1/_4$—$^3/_{10}$ der gesamten Einwohner, im Jahre 1910 nur noch ca. $^1/_5$. Dieser Rückgang ist bemerkenswert und erfreulich, denn er deutet sicher auf eine Einkommenshebung der unteren Klassen hin. Dabei ist zu bedenken, daß die preußischen Steuerbehörden schon aus steuertechnischen Gründen, sodann auch aus fiskalischen ihr Interesse gar nicht darauf richten, möglichst viele Personen aus der steuerfreien Bevölkerung in die steuerpflichtige hinüberzuziehen.

Im großen und ganzen kann man wohl sagen, daß in dieser Klasse hauptsächlich das Proletariat vertreten ist. Es ist aber auch hier eine große Anzahl von Personen mit inbegriffen, die den minderbemittelten Schichten zuzurechnen sind, so z. B. junge Angestellte mit geringem Anfangsgehalt, Kinder wohlhabender Leute, welche eigenes, der Verfügung des Familienoberhauptes nicht unterliegendes Zinseinkommen von weniger als 900 M. beziehen, also Anfänger, die später voraussichtlich in ein über 900 M. gehendes Einkommen aufrücken.

Die Klassen mit den Zensiten, die über 900 M. Einkommen versteuern, nehmen alle in der Untersuchungsperiode relativ an Zensiten zu. Doch zeigt sich hier so recht der Unterschied in der Verteilung zwischen Stadt und Land. Auf dem Lande ist die Anzahl der Zensiten mit mehr als 900 M. Einkommen auf 10 000 Einwohner berechnet, nur halb so groß wie in der Stadt. Sie beträgt auf dem Lande 1895 579 Zensiten und wächst in den fünfjährigen Perioden um ca. 100 Zensiten bis zum Jahre 1905, von da an bis 1910 steigt sie um 300 auf 1086. Daraus sehen wir, daß es in den Städten im allgemeinen leichter ist, sich ein steuerfähiges Einkommen zu beschaffen als auf dem Lande. Dies hängt

unzweifelhaft damit zusammen, daß, je größer eine Stadt ist, um so entwickelter dort auch Handel und Industrie zu sein pflegen, und daß diese Erwerbszweige wegen der bei ihnen zu verdienenden höheren Löhne und Gehälter gerade auf die arbeitsfähige Volksschicht eine große Anziehungskraft ausüben.

Einen besseren Einblick, wie sich die Einkommen verschoben haben, geben die in Spalte 3, 5, 7 und 9 angegebenen Zahlen. In ihnen zeigt sich, mit welchem Prozentsatz die in den einzelnen Stufen auf 10 000 der Bevölkerung berechneten Zensiten an der wiederum auf 10 000 Einwohner berechneten Gesamtsumme der Zensiten fallen. So waren es für den Gesamtstaat 1895 noch $^3/_4$ der Zensiten, die ein Einkommen unter 900 M. bezogen, 1910 dagegen nur etwas über die Hälfte. Für die Stadt sank die Zahl von $^7/_{10}$ auf $^1/_2$ und für das Land von $^4/_5$ auf $^2/_3$. Hieraus sehen wir, daß die Zahl der kleinsten Einkommen selbst in einem so vorgeschrittenem Staate wie Preußen noch eine sehr große ist. Sowohl im Gesamtstaate wie in Stadt und Land sind es die Jahre 1905—1910, in denen diese Klasse besonders abnimmt, und zwar in der Stadt schneller als auf dem Lande. Auf dem Lande ist die Zahl der Zensiten unter 900 M. 1895 um 10%, 1910 um 16% größer als die der Stadtzensiten. Hieraus ergibt sich, daß auf dem Lande verhältnismäßig mehr Zensiten unter 900 M. leben als in der Stadt. Die Einkommen über 900 M. für diese Zahlen zeigen ein Steigen in dem Maße, wie die Einkommen unter 900 M. fallen. Hierbei ist selbstverständlich das Steigen der Einkommen über 900 M. als ein ebenso gutes Zeichen anzusehen wie das Fallen der Einkommen unter 900 M.

Die Einkommen über 900 M. haben wir nun in die Stufen von 900 bis 3000, 3000—6000, 6000—9500, 9500—30 500 und über 30 500 M. zerlegt. Bei allen diesen Zahlen setzen wir voraus, daß die Anzahl der Zensiten stets auf 10 000 Einwohner des jeweiligen Gebietes berechnet ist.

Wir betrachten zunächst die Stufe der Einkommensempfänger von 900—3000 M. Die Einkommen von 900—3000 M. repräsentieren den Stand der besser gelohnten, teilweise der gelernten Arbeiter, der Handwerker, der kleinen Kaufleute, der kleinen Unternehmer, des Verwaltungs- und Bureaupersonals, der mittleren und teilweise auch höheren Beamten in ihren ersten Gehaltsstufen und vieler Vertreter der freien Berufe. Im Staate, Stadt und Land verdoppeln sich hier fast die Zensiten in den Jahren 1895—1910. Den größten Aufschwung bringt auch für diese Stufen die Periode von 1905—1910. Die schnellste Entwicklung für die gesamte Periode zeigt der Gesamtstaat, dann das Land, zuletzt die Stadt. Das Verhältnis zwischen Stadt und Land, das von 1895—1900 2:1 ist,

verschiebt sich in dem Zeitraum von 1905—1910 zu 1,9:1, also zuungunsten der Stadt. Der Anteil, den die Zensiten dieser Klasse in diesem Gebiete gegenüber den Gesamtzensiten einnehmen, wächst in allen 3 Gebieten während der Periode. In der Stadt beträgt dieser Anteil 1895 24,89 % und steigt wiederum in den letzten 5 Jahren bedeutend schneller, 1910 auf 44,1%. Das Land ist 1895 mit 16,72% beteiligt und hebt sich noch schneller als die Stadt auf 31,4%. Auch auf dem Lande ist für diese Stufen die Entwicklung in den Jahren 1905—1910 eine ungleich bessere als in den vorhergehenden Jahren. Die Einkommen über 3000 M. können wir zusammenfassend als die Einkommen der sozial Bessergestellten bezeichnen.

Interessant ist nach unseren Zahlen die Entwicklung und Verteilung des Einkommens für die Stufen der Einkommensempfänger mit einem Einkommen von 3000—6000 M. In der Stadt kommen auf 10 000 Einwohner berechnet, 1895 124, 1910 dagegen 193 Zensiten, auf dem Lande in dieser Zeit 31 und 65. Bei beiden Gebieten ist der Zuwachs an Zensiten wiederum am größten in den Jahren 1905—1910. Der Verlauf dieser Entwicklung ähnelt sehr dem in der vorhergehenden Stufe. Der Unterschied in den Zensitenzahlen zwischen Stadt und Land ist jedoch sehr verschieden, gegenüber dem in den Stufen von 900—3000 M. Dort ist das Verhältnis zwischen Stadt und Land ca. 2:1, hier ca. 4:1. Es ist also diese Stufe für die Stadt ungefähr viermal so stark vertreten als für das Land; sie zeigt damit den wohlhabenderen Charakter der Stadt in dieser Beziehung. Der prozentuale Anteil der Zensiten in dieser Klasse gegenüber den Gesamtzensiten zeigt keinen derartigen Unterschied zwischen Stadt und Land. Auch hier läßt sich für das Land das erfreuliche Resultat konstatieren, daß der Anteil der Zensiten relativ schneller wächst als in der Stadt. Für alle drei Stufen bis 900, 3000 und 6000 M. Einkommen, können wir analog dem Aufschwung, den der gesamte Staat, die Stadt und das Land in wirtschaftlicher Beziehung genommen haben, sich in der Entwicklung des Einkommens und auch in der Verteilung dasselbe wiederspiegeln sehen.

Die nächsthöhere Stufe der Einkommen von 6000—9500 M. zeigt für alle drei Gebiete einen schwächeren Zuwachs als die vorhergehenden Stufen. Es ist der Aufstieg in der letzten Zeit, den letzten 5 Jahren größer als in den der übrigen Periode. Es liegt vielmehr eine Ungleichheit hier nur für die Stadt darin vor, daß hier in den Jahren 1895—1900 der Zensitenzuwachs beinahe noch einmal so groß ist als in den übrigen Jahren. Verhältnismäßig schneller wächst die Zensitenanzahl auf dem Lande auch hier gegenüber der Stadt. Gegenüber der Gesamtzahl der

Zensiten wächst nach den prozentualen Zahlen, wenn auch unbedeutend, der Anteil der Zensiten. Im übrigen zeigt sich nichts Abweichendes gegenüber den eben angegebenen Zahlen.

Die Einkommenstufe von 9500—30 500 M. zeigt für den gesamten Staat und die Städte eine fast genau so starke Besetzung wie in der vorherigen Einkommenstufe des jeweiligen Gebietes. Unter 10 000 Einwohnern haben in dieser Klasse im Jahre 1895 15 und im Jahre 1910 23 Zensiten im Gesamtstaate, in der Stadt 1895 31 und 1910 41 und auf dem Lande 1895 4 und 1910 7 Zensiten dieses Einkommen. Der Aufstieg war in allen drei Gebieten in den Jahren 1895—1900 am größten. Die Städte zeigen gegenüber dem Lande eine doppelt so starke Besetzung. Besonders günstig entwickelt hat sich Preußen-Land. Hier haben sich die Zensitenzahlen fast verdoppelt. Die Entwicklung für diese Klasse ist eine bedeutend schnellere als die Entwicklung in den vorhergehenden Klassen. Bei den anderen Gebieten ist die Entwicklung in dieser Einkommenstufe, wenn auch nicht bedeutend, so doch etwas rapider als in den vorhergehenden. Hierin könnte man etwas sehr Bedenkliches erblicken, nämlich, daß die Einkommensentwicklung in allen Klassen nicht mehr gleichmäßig vor sich geht, sondern in der Klasse von 6000 bis 9500 M. die Verbindung zwischen arm und reich lockerer wurde oder die Mittelstandsklassen zerbröckelten. Eine derartig pessimistische Auffassung sich aus diesen Zahlen zu bilden, liegt kein Grund vor. Der Untersuchungszeitraum ist zu kurz, um derartig schwerwiegende Schlüsse auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung hin zu ziehen. Sie sind aber gezogen worden und zwar nicht bloß von sozialistischer Seite aus.

Über 30 500 M. Einkommen im gesamten Staate beziehen 3 im Jahre 1895 und im Jahre 1910 6, in Preußen-Stadt 7 und 10, und in Preußen-Land 1 und 2 Zensiten unter 10 000 Einwohnern. Für den gesamten Staat und die Städte ist der Aufstieg wiederum in den ersten 5 Jahren unserer Untersuchungsperiode am gewaltigsten. Verdoppelt haben sich die Zensitenzahlen für diese Stufe im gesamten Staate und auf dem Lande. Am ungünstigsten ist dagegen unter diesen drei Gebieten die Entwicklung in den Städten gewesen, trotzdem sie die beste Besetzung zeigen. Hiernach kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Städte den steuerkräftigsten Teil der Bevölkerung enthalten. Obwohl wir fast täglich sehen und hören, daß so viele Leute, die den oberen Schichten angehören mit oder ohne Verschulden in Vermögensverfall geraten, so schließen sich doch immer wieder die Lücken, ja es steigen sogar mehr Zensiten auf.

II. Einkommensverteilung in den Provinzen Ostpreußen, Sachsen und in der Rheinprovinz, sowohl hinsichtlich des gesamten Gebietes, wie auch des platten Landes.

Wir wollen nunmehr zur Vergleichung der Einkommensentwicklung, -verschiebung und -verteilung in den Provinzen übergehen und haben zu diesem Zwecke drei ganz verschiedenen Wirtschaftscharakters auserwählt, nämlich die Provinzen Ostpreußen, Sachsen und Rheinland. Der Unterschied liegt darin, daß das Rheinland im Gegensatz zu Ostpreußen, in dem die Landwirtschaft den Haupterwerbszweig bildet, nach dem Königreich Sachsen das größtentwickelte Industriegebiet Deutschlands ist. Die Provinz Sachsen nimmt zwischen Ostpreußen und dem Rheinland eine Mittelstellung ein, ähnelt aber hinsichtlich der Einkommensverteilung mehr der Rheinprovinz in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung. Wir werden daher bei diesen Gebieten, was die Einkommensverteilung betrifft, große Gegensätze finden. Es ist der wirtschaftliche Charakter natürlich der Hauptgrund, weswegen die Einkommensverteilung in den Provinzen so verschieden ist. Hinzu kommen noch die Unterschiede in Beziehung auf die Bodengestalt, Lage, geschäftliche Überlieferungen, Stammesart der Bevölkerung und anderes. Auch diese Momente sind in Betracht zu ziehen.

Die hierfür angelegten Tabellen 2 und 3 und 4 sind in derselben Weise ausgearbeitet wie Tabelle 1 und gilt demnach das für Tabelle 1 Gesagte auch für die drei anderen. Wir heben nochmals hervor, daß sämtliche Relativzahlen auf je 10 000 Einwohner des betreffenden Gebietes berechnet sind. Rheinland-Stadt, Ostpreußen-Stadt und Sachsen-Stadt haben wir absichtlich fortfallen lassen, da wir die Einkommensverteilung an einzelnen Städten des Ostens und Westens später noch besonders zeigen wollen, so daß sich die Behandlung an dieser Stelle erübrigt. Den gesamten Staatsdurchschnitt, den wir schon oben behandelten, werden wir auch hier mit in Vergleich setzen. Wir stellen also bei unserer Untersuchung den fortgeschrittensten Teil der Monarchie, die hochindustrielle Rheinprovinz, dem weniger entwickelten Ostpreußen gegenüber und können daraus Schlüsse ziehen auf die Weiterentwicklung letzterer Provinz, die sich der ersteren mehr und mehr nähern wird. Auch hier liegt quasi ein Zug von dem Osten nach dem Westen vor.

Betrachten wir zunächst Gesamt-Ostpreußen, die gesamte Provinz Sachsen und das gesamte Rheinland, ferner Ostpreußen-Land, Sachsen-Land und Rheinland-Land für die Einkommensklasse bis 900 M. Es ist für alle Gebiete die relative Abnahme der Zensitenzahl festzustellen.

Am geringsten ist die Abnahme in Ostpreußen-Land. Im Jahre 1895 kamen auf 10 000 Einwohner 2765, 1910 2576 Zensiten mit diesem Einkommen. In der Periode 1900—1905 ist für dieses Gebiet die Abnahme am geringsten. Dasselbe Bild erhalten wir für den zeitlichen Verlauf in Stadt und Land Ostpreußen, nur daß hier der Verlauf so ist, daß die Zensitenzahl von 2980 im Jahre 1895 auf 2650 im Jahre 1910 fällt. Für die gesamte Provinz Sachsen und Sachsen-Land, für Rheinland-Stadt und -Land zeigt sich eine besonders starke Abnahme in den Jahren 1905 bis 1910. Den größten prozentualen Anteil gegenüber den Gesamt-Zensiten hat in dieser Einkommenstufe Ostpreußen mit 90,51%, 1895 und 1910 mit 86,36%, dann Gesamt-Ostpreußen. Es folgen Sachsen-Land, in dem die relative Zensitenzahl von ca. $^4/_5$ auf $^2/_3$ fällt, die gesamte Provinz Sachsen, in der die betreffenden Zahlen 76,23% und 57,86% betragen, ferner Rheinland-Land, das von $^3/_4$ auf ca. die Hälfte herabsinkt und zuletzt das gesamte Rheinland, in der der Anteil von 71% auf 46%, also um 25% fällt. Der Unterschied zwischen Ostpreußen, der Provinz Sachsen und der Rheinprovinz in ihrer Einkommensentwicklung zeigt sich in den Prozentzahlen insofern noch schärfer, als im Jahre 1895 in Ostpreußen der prozentuale Anteil der Zensiten gegen Sachsen um 11% und gegen das Rheinland um 16%, im Jahre 1910 dagegen gegen Sachsen um 22% und gegen das Rheinland um 33% prozentual differiert, und zwar sehr zugunsten der Provinz Sachsen und des Rheinlandes, die beide trotz ihres schon im Jahre 1895 vorzüglichen Standes Ostpreußen gegenüber in dieser Periode sich noch einmal so schnell zugunsten dieser Einkommensklasse entwickelt haben. Sachsen nimmt also für diese Stufe gerade die Mittelstellung zwischen den beiden anderen Provinzen ein.

Was die Zensitenzahl der Klasse über 900 M. Einkommen für diese Gebiete anbetrifft, so steht auch hier das Rheinland in seiner Gesamtheit, wie auf dem Lande bedeutend besser als Sachsen und Ostpreußen da. Den größten Aufschwung bringen in der Untersuchungszeit die Jahre 1905—1910 für die drei Provinzen. Die Rheinprovinz zählt 1895 1017 auf dem Lande 837; 1910 dagegen 1974 und 1512 Zensiten auf 10 000 Einwohner. Im Jahre 1895 haben in der Provinz Sachsen unter 10 000 Einwohnern 844 ein Einkommen über 900 M. und im Jahre 1910 1526. Die entsprechenden Zahlen für das Land sind 621 und 1191. Ostpreußen hat im Jahre 1895 428 Zensiten, insgesamt auf 10 000 Einwohner berechnet und 291 auf dem Lande, 1910 dagegen 691 und 407. Die Rheinprovinz und die Provinz Sachsen haben sich auch hier schneller entwickelt. Aufmerksam machen möchte ich noch darauf, daß Rheinprovinz-Land

die ganzen 15 Jahre hindurch mit nur geringer Abweichung dem Gesamtstaate Preußen an Größe der Zensitenzahl und Entwicklung gleicht. In diesen Zahlen tritt ganz besonders scharf die Anpassung an den Preis des Lebens hervor. Genau wie in den Gegenden billigen Lebens mit Einkommen bis 900 M. hat sich in den Gegenden teuereren Lebens det größte Teil der Bevölkerung mit höherem Einkommen zu begnügen.

Die Klasse von 900—3000 M. weist die größten Zensitenzahlen für das gesamte Rheinland auf und zwar für das Jahr 1895 904, 1910 1792, dann kommt Rheinland-Land 1895 mit 794 und 1910 mit 1429 Zensiten. Auch für diese Klasse fällt die Ähnlichkeit mit dem Gesamtstaate Preußen auf. Die entsprechenden Zahlen für die gesamte Provinz Sachsen sind 725 und 1342 und für Sachsen-Land 549 und 1090. Letzteres Gebiet hebt sich etwas über den Durchschnitt von Preußen-Land. Ostpreußen, das für beide Gebiete ca. dreimal weniger Zensiten hat als die Rheinprovinz, ist als gesamte Provinz 1895 mit 370, 1910 mit 581 Zensiten vertreten und Ostpreußen-Land 1895 mit 268, 1910 mit 361. Am schnellsten wächst für sämtliche 5 Gebiete die Zensitenzahl in den Jahren 1905—1910 wiederum. Für die Gesamtperiode ist der Zuwachs an Zensiten absolut und relativ im Rheinland und Sachsen bedeutend größer als in Ostpreußen. Im Rheinland steigt der Zensitenanteil an den gesamten Zensiten für diese Klasse 1895—1910 von ¼ auf beinahe ½, auf dem Lande von ¼ bis über $^2/_5$, in der gesamten Provinz Sachsen von 20,4% auf 37 und in Sachsen-Land von 16,7% auf 32,68%. Demgegenüber zeigt Ostpreußen insgesamt für 1895 10% und 1910 17, Ostpreußen-Land 8 und 12%.

Für die Klasse der Zensiten mit einem Einkommen von 900—3000 M. läßt sich folgendes sagen: In Ostpreußen mit seiner stabilen Bevölkerung, seiner großen Quote steuerfreier, seiner fehlenden Zuwanderung steuerpflichtiger kleiner Leute in dieser Klasse, Arbeiter usw., können die kleinen Leute keine so große Quote als anderswo mit ganz entgegengesetzten Verhältnissen erlangen. Umgekehrt ist im Rheinland mit seiner großen, dichten, stark durch Zuwanderung steigenden Bevölkerung die Zahl der kleinen Zensiten erklärlich sehr groß. Sie rekrutiert sich aus den besser gestellten Arbeitern.

Die folgende Einkommensstufe, die zwischen 3000—6000 M. liegt, zeigt für unsere Untersuchung sehr interessante Resultate. Unter den 3 Provinzen nimmt nämlich nicht mehr die Rheinprovinz die erste Stelle ein, sondern die Provinz Sachsen und zwar sowohl was die gesamte Provinz betrifft, wie auch hinsichtlich des Landes. Im Jahre 1895 fallen auf das gesamte Sachsen 79 Zensiten unter 10 000 Einwohnern in diese

Klasse und im Jahre 1910 135, auf Sachsen-Land 1895 48 und 1910 77 Zensiten. Die gesamte Rheinprovinz zählt 1895 für diese Klasse 73 und 1910 129 Zensiten; es folgt dann Rheinprovinz-Land mit im Jahre 1895 32 und 1910 67 Zensiten. Die letzten beiden Gebiete gleichen in dieser Klasse den entsprechenden Klassen des gesamten Königreichs. Darin drückt sich ziemlich deutlich aus, daß trotz dieses Rückganges der relativen Zensitenzahl in der Rheinprovinz Sachsen gegenüber, die Rheinprovinz nicht ungünstig dasteht. Nein, die Einkommensentwicklung ist in letzterer sogar bedeutend schneller als in Sachsen. Ostpreußen ist gegenüber der Rheinprovinz nur sehr schwach vertreten. Das Land ist hier nur halb so stark wie das Land in der Rheinprovinz und somit auch wie der Durchschnitt in der gesamten Monarchie vertreten. Im Verhältnis zu den Gesamtzensiten weist diese Klasse wiederum am meisten in Sachsen auf und zwar im Jahre 1910 3,7% und Sachsen-Land 2,3%. Die entsprechenden Zahlen für die Rheinprovinz sind 3,52% und 2,05%. In Ostpreußen ist im Jahre 1910 der Prozentsatz 2,42, in Ostpreußen-Land 1,24%. Die schnellste Entwicklung zeigen zeitlich für alle sechs Gebiete die letzten 5 Jahre von 1905—1910.

Interessante Resultate liefert auch die nächste Einkommenstufe von 6000—9500 M. Die gesamte Provinz Sachsen und die Rheinprovinz, die die erste Zeit in den Jahren 1895—1905 sich hier aufwärts entwickeln, in der Periode 1895—1900 bedeutend schneller, als in der folgenden Zeit, zeigen von 1905 eine abwärts steigende Tendenz in der Anzahl der Zensiten. Hinsichtlich der relativen Zensitenzahl stehen sich die Rheinprovinz und die Provinz Sachsen beinahe gleich. Während im Jahre 1905 in der Rheinprovinz auf 10 000 Einwohner berechnet noch 24 kamen, fällt diese Zahl im Jahre 1910 auf 23. In der Periode 1895—1905 zeigt sich, namentlich was die Anfangs- und Endjahre anbetrifft, eine gleichartige Entwicklung, in der Zeit von 1905—1910 sinkt die Zensitenzahl unter den Staatsdurchschnitt. Bedeutend günstiger gestalten sich die Zahlen für das Land. Hier steht die Provinz Sachsen sowohl wie die Rheinprovinz über dem Staatsdurchschnitt. Im Jahre 1895 fallen auf Sachsen-Land für diese Stufe 14 Zensiten, in den nun folgenden 5 Jahren geht die Zahl aber auf 11 zurück. Auf dieser Höhe erhält sie sich dann bis zum Ende unseres Untersuchungszeitraumes. Die Rheinprovinz-Land zeigt für das Jahr 1895 6 Zensiten, bis zum Jahre 1905 wächst diese Zahl bis auf 9 und erhält sich so bis 1910 auf dieser Höhe. Ostpreußen, das sich zur Rheinprovinz im Jahre 1895 wie 1:2 verhält, steigt im Jahre 1910 der Rheinprovinz gegenüber auf 2:3 empor. Ost-

preußen-Land ist gerade halb so stark in dieser Klasse mit Zensiten besetzt als Rheinprovinz-Land.

Für die Einkommenstufe von 9500—30 500 M. können wir bezüglich der Gesamtgebiete in der Rheinprovinz und in Sachsen eine fast gleichgroße und gute Besetzung gemäß des wohlhabenden Charakters jener Gebiete beobachten. Ostpreußen ist nicht halb so stark besetzt wie die beiden anderen Provinzen. Die Entwicklung war jedoch hier eine schnellere als in der Rheinprovinz und in Sachsen. Während Sachsen und das Rheinland in ihrer Besetzung durch diese Stufe nur wenig den Staatsdurchschnitt überragen, bleibt Ostpreußen wiederum während der ganzen Periode tief unter demselben. Anders ist jedoch das Verhältnis, indem diese drei Gebiete bezüglich der auf dem Lande lebenden Zensiten stehen. Auch hier nimmt Ostpreußen die ungünstigste Stellung ein. Aber unter den beiden anderen Provinzen zeigt Sachsen eine noch einmal so starke Besetzung in dieser Stufe wie das Rheinland. Das Rheinland steht gerade in der Mitte zwischen Ostpreußen und Sachsen, seit 1905 aber nicht unbeträchtlich unter dem Staatsdurchschnitt. Hervorheben möchte ich hierbei noch für Sachsen-Land die günstige Entwicklung in dieser Stufe gegenüber der vorhergehenden. Während 1895 das Verhältnis zwischen diesen beiden Stufen wie 4:7 war, ist es im Jahre 1910 beinahe wie 1:1. Die Einkommen zwischen 6000 und 9500 M. sind gegenüber der Bevölkerung bis zum Jahre 1910 in Sachsen-Land derart zurückgegangen, daß sie den Einkommen von 9500—30 500 M. in der relativen Stärke fast gleichkommen.

Die Zahl der über 30 500 M. Einkommen beziehenden Zensiten ist sowohl für das gesamte Gebiet, wie auch für das Land am ungünstigsten in Ostpreußen. Zwischen den beiden anderen Gebieten nimmt das Rheinland bezüglich des Gesamtgebiets und Sachsen bezüglich des platten Landes eine günstigere Stellung ein. In dieser Klasse zeigt sich auch der gewaltige Unterschied in den Einkommensverhältnissen der höchstbesteuerten Zensiten zwischen Ost und West.

III. Die Einkommensverteilung in Berlin, Charlottenburg und dem gesamten Regierungsbezirk Potsdam.

Im vorhergehenden Teile hatten wir bei der Besprechung der Einkommensverteilung in der Rheinprovinz, der Provinz Sachsen und Ostpreußen nur die gesamte und die auf dem Lande wohnende Bevölkerung berücksichtigt. Auf die städtische Bevölkerung allein waren wir in diesen

Gebieten nicht eingegangen. Die städtische Bevölkerung wollen wir nicht nach so großen Wirtschaftsgebieten, wie die Provinzen es sind, betrachten, sondern wollen einfach einige Großstädte herausnehmen und dieselben dann für sich untersuchen, aber auch untereinander vergleichen. Wir haben zu diesem Zwecke 4 im Osten und 4 im Westen der Monarchie liegende Großstädte ausgesucht. Stettin, Breslau, Danzig und Königsberg vertreten den Osten, Köln, Elberfeld, Düsseldorf und Frankfurt a. M. den Westen. Dann haben wir noch Berlin und Charlottenburg in den Kreis unserer Betrachtungen einbezogen.

Berlin nimmt, was immer zu berücksichtigen ist, wegen der Größe als Millionenstadt eine exzeptionelle Stellung in dieser Beziehung ein.

Dies möchten wir kurz an einigen Zahlen erläutern. Während der Anteil Groß-Berlins an der Bevölkerung Preußens noch nicht 9% im Jahre 1910 beträgt, kommt es doch für ein Viertel der preußischen Staatseinkommensteuer auf. Das Veranlagungssoll Preußens betrug 1910 insgesamt 294 Millionen M. Davon lieferte Berlin mit 67 Vororten 72½ Millionen, Berlin allein über 42 Millionen. Selbst das Rheinland steht mit 62 Millionen um 10½ Millionen hinter Groß-Berlin zurück, und die 6 östlichen Provinzen bringen zusammen 10½ Millionen weniger Einkommensteuer als Groß-Berlin. Erst wenn man zu diesen Schleswig-Holstein mit 10½ Millionen hinzurechnet, kommen sie Groß-Berlin gleich. Berlin allein liefert an Staatseinkommensteuer noch über 6 Millionen M. mehr als West- und Ostpreußen, Posen, Pommern und Brandenburg ohne die 67 Vororte zusammen.

Die relative Gesamtzahl der in Berlin lebenden Personen, die ein Einkommen überhaupt beziehen, ist in den 15 Jahren eine sehr hohe gegenüber der Anzahl nicht Einkommen beziehender Angehöriger, am höchsten gegenüber sämtlichen der Untersuchung bisher unterzogenen Gebietsteilen. Groß-Berlin, allerdings bisher nur eine statistische Größeneinheit, bildet aber doch jetzt schon ein wirtschaftliches Ganzes. Es hat auf die Bildung der großen Vorortgemeinden, die eigene Städte sind, wie Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf und zahlreiche andere, eigentümlich eingewirkt. Hierdurch sind bedeutsame Einkommensverschiebungen die Folge gewesen. Die amtlichen Steuerdaten und die daraus gewonnene Statistik der Einkommensverhältnisse der Stadt Berlin allein geben daher jetzt kein ganz richtiges Bild mehr von Berlin als eines großstädtischen Wirtschaftskörpers, zu welchem derartige Vororte gehören. Man muß die Daten der Vorortgemeinden hinzufügen. Statt dessen empfahl es sich, den ganzen Regierungsbezirk Potsdam, d. h. also Stadt

und Land in die Untersuchung mit einzuschließen, ebenso die Betrachtung der Einkommensverteilung und Entwicklung in der Stadt Charlottenburg.

Vergleicht man das Wachstum der Volkszahl Berlins in den letzten 15 Jahren mit dem seiner Vororte, so findet man, daß die Zunahme der Bevölkerung in Berlin in den Jahren 1895—1900 12,61%, 1900—1905 8,01% und 1905—1910 1,50% betrug. Die entsprechenden Prozentzahlen für die Vororte sind 45,27%, 45,39% und 43,61%.

Die Bevölkerungszunahme Berlins erreichte hiernach entfernt nicht diejenige seiner Vororte. Die in dem Innern der Millionenstädte entstehenden Entvölkerungsursachen, welche man unter der Bezeichnung „Citybildung" zusammengefaßt hat, kommen, wie die obigen Ziffern zeigen, in Berlin immer deutlicher zum Ausdruck. Berlin hat sich eben zum größten Handels-, Industrie- und Verkehrsmittelpunkt Preußens, ja des gesamten Deutschlands entwickelt. Dadurch wurde im Zentrum der Stadt die Anlage von Geschäftsräumen, Bureaus, Kaufläden, Kaufhäusern, Fabriken, Speichern, Lagerräumen usw. begünstigt. Demgemäß entwickelte sich auch in der inneren Stadt die Anzahl und Ausdehnung der öffentlichen Gebäude zur Rechts- und Verwaltungspflege, zu Kunst- und wissenschaftlichen Zwecken. Das alles mag mit zur Verringerung der Volksdichtigkeit im Stadtinnern beigetragen haben. So kommt es, daß der größte Teil der im Innern der Stadt beruflich tätigen Bevölkerung im Außenringe der Stadt, an der Peripherie wohnt.

Diesen Umständen hat auch die Nachbarstadt Charlottenburg ihren gewaltigen Aufschwung zu verdanken. 1830 hatte es 4700 Einwohner, 1875 25 000, 1895 etwa 110 000 und im Jahre 1910 leben etwa 300 000 Einwohner in derselben. Kurz charakterisieren können wir die Stadt als eine Rentnerstadt.

Das weitere Wirtschaftsgebiet, der Regierungsbezirk Potsdam, zeigt seine enge Zugehörigkeit zu Groß-Berlin insofern, als z. B. im Jahre 1900 ein sehr bedeutender Teil seiner Bewohner, nämlich 30%, in Berlin erwerbstätig ist.

Die Gesamtzahl der Berliner Zensiten, die ein Einkommen unter 900 M. beziehen, fällt von 3423 im Jahre 1895 auf 2475 im Jahre 1910. Der Rückgang ist besonders stark in der Periode 1900—1905. Im Jahre 1895 nahm diese Klasse noch $^3/_5$ der Gesamtzensiten ein, 1910 nur noch $^2/_5$. Dies bedeutet einen erfreulichen Rückgang. Gegenüber der naheliegenden Vorstadt Charlottenburg zeigt Berlin für diese Klasse eine bedeutend schlechtere Besetzung. Berlin steht auch für diese Klasse bedeutend ungünstiger da als der Regierungsbezirk Potsdam. Charlottenburg, das

in den ersten 5 Jahren der Untersuchungsperiode ein Anwachsen der relativen Zensitenzahl von 2127 auf 2523 aufweist, zeigt im Jahre 1910 immer noch 1931 Zensiten. Die Abnahme ist für diese Stadt also nur eine sehr geringe. Etwas über 100 Zensiten beträgt die Differenz zwischen diesen beiden Relativzahlen, während sie zwischen den entsprechenden Zahlen in Berlin beinahe 1000 beträgt. Bezüglich der Einkommensentwicklung in dieser Klasse steht somit Berlin Charlottenburg gegenüber glänzend da.

Der erfreulichen Abnahme, die wir für diese Klasse in Berlin konstatiert haben, steht eine ebenfalls erfreuliche Zunahme in der nächsthöheren Klasse gegenüber. Im Jahre 1895 kommen in der die Einkommen von 900—3000 M. umfassenden Stufe auf 10 000 Einwohner berechnet 1759 und im Endjahr der Untersuchung, im Jahre 1910 2935. Der Zuwachs an Zensiten ist am stärksten in der Periode 1900—1905. Im Jahre 1910 ist diese Klasse bedeutend stärker besetzt als die vorhergehende. Auch in dieser Klasse ist Berlin seiner Nachbarstadt Charlottenburg, was die Stärke in der Besetzung anbelangt, überlegen, ebenso dem Regierungsbezirk Potsdam. Allein die Einkommensentwicklung ist hier für Charlottenburg und Potsdam eine günstigere als für Berlin. Während im Jahre 1895 dem Regierungsbezirk Potsdam nicht ganz ein Viertel der auf 10 000 der Bevölkerung berechneten Zensiten für diese Stufe angehörte, steigt dieser Anteil bis zum Jahre 1910 auf 46%. In Berlin sind es im Jahre 1895 gerade $^1/_3$ der Zensiten, im Jahre 1910 finden sich über die Hälfte sämtlicher Zensiten in ihr vor.

Die Klasse der Zensiten mit einem Einkommen von 3000—6000 M. weist in Berlin im Jahre 1895 138 Zensiten auf 10 000 Einwohner berechnet, auf. Diese Zahl steigt gleichmäßig bis auf 167 im Jahre 1905 und dann in schnellerem Tempo 1910 auf 202 Zensiten. Im Gegensatz zu Charlottenburg ist die Einkommensentwicklung in Berlin als ungünstig anzusprechen. Schon im Jahre 1895 ist in Charlottenburg die Anzahl der auf 10 000 der Bevölkerung entfallenden Zensiten eine bedeutend größere; in Berlin sind es 138 und in Charlottenburg 182. 1910 finden wir in Charlottenburg fast noch einmal so viele Zensiten für diese Stufe vor, nämlich 397 und in Berlin 202. Den Hauptzuwachs bringen für Charlottenburg die letzten 5 Jahre. Aus diesen Zahlen können wir selbst für diese mittleren Einkommen schon die Abwanderung deren Empfänger aus der Metropole in die Vororte herauslesen. Die günstige Entwicklung hat eben Charlottenburg hier nicht bloß sich selbst, sondern hauptsächlich Berlin zu verdanken. Berlin zeigt für das Jahr 1910

eine nicht unbeträchtlich schwächere Besetzung als der gesamte Regierungsbezirk Potsdam. Prozentual verteilt sich die Anzahl der Zensiten auf diese Klasse sehr ungünstig. 2,53 von Hundert Zensiten beziehen im Jahre 1895 dieses Einkommen, während im Jahre 1910 es 3,53 Zensiten sind. Berlin steht in dieser Beziehung sogar unter der Einkommensverteilung der gesamten preußischen Stadtbevölkerung, die im Jahre 1895 hierfür 2,96 Zensiten und für das Jahr 1910 4,53 Zensiten auf 100 Zensiten ausmacht. Die betreffenden Zahlen für die mit Berlin eng zusammenhängenden beiden anderen Wirtschaftsgebiete, die Stadt Charlottenburg und den Regierungsbezirk Potsdam, die wir unserer Untersuchung mit unterstellt haben, zeigen für diese Klasse noch deutlicher, daß die Einkommensverteilung sich in Berlin zugunsten der Vororte und Nachbarbezirke verschlechtert hat. Die entsprechenden Prozentzahlen sind für Charlottenburg 4,34 und 7,63 und für den Regierungsbezirk Potsdam 2,36 und 5,41.

Die Einkommensstufe von 6000—9500 M. Im Jahre 1895 kommen in Berlin auf 10 000 Einwohner berechnet 53 Zensiten. Diese Zahl steigt langsam auf 54 im Jahre 1900, um dann von da an auf 50 im Jahre 1910 zu fallen. Charlottenburg zeigt für die ganze Untersuchungsperiode eine stärkere Besetzung und auch eine schnellere Zensitenzunahme und damit eine bedeutend günstigere Einkommensentwicklung. Vom Jahre 1900 an ist Charlottenburg noch einmal so stark in dieser Klasse mit Zensiten vertreten als Berlin. Allerdings zeigt sich für die letzten 5 Jahre unserer Untersuchungszeit eine verhältnismäßig gleiche, nicht sehr bedeutende Abnahme. Man muß nur für die Bedeutung dieses Zahlenunterschiedes sich eindringlich die Nähe und das Ineinanderübergehen dieser beiden Städte vergegenwärtigen, dann erkennt man deutlich, wie stark der Zuzug aus Berlin in die Vororte ist. Im Jahre 1910 kommen in Berlin auf 10 000 Einwohner berechnet nur so viel Zensiten mit einem Einkommen von 6000—9500 M. wie im gesamten Regierungsbezirk Potsdam.

Interessante Resultate bietet die nächste Stufe der Einkommensempfänger mit einem Einkommen von 9500—30 500 M. Im Jahre 1895 entfallen auf diese Klasse unter 10 000 Einwohnern in Berlin 56 Zensiten. Diese Zahl steigt in den nächsten 5 Jahren minimal auf 57 und fällt von da ab bis auf 51 im Jahre 1910. Gegenüber den anderen Großstädten nimmt Berlin jedoch keine ungünstige Stellung ein. Die Zahlen, die hierfür die Stadt Charlottenburg und der Regierungsbezirk Potsdam uns bieten, geben jedoch da für Berlin ein anderes Bild. Der Regierungsbezirk Potsdam, der im Jahre 1895 schon 21 Zensiten für diese Stufe

aufweist, ist im Jahre 1910 fast dreimal so stark besetzt, nämlich mit 59 Zensiten, einer Anzahl, wie sie die Stadt Berlin während der ganzen Untersuchungsperiode nicht erreicht. Charlottenburg weist durch den Zuzug derartiger Einkommensempfänger aus Berlin ganz unverhältnismäßig hohe Zahlen, die sonst in keinem Wirtschaftsgebiete erreicht werden, auf. Zeigen die Zahlen für Berlin in dieser Stufe eine fallende Tendenz, so gibt Charlottenburg das ganz entgegengesetzte Bild. 1895 beziehen hier unter 10 000 Einwohnern im Rahmen von 9500—30 500 M. 105 Zensiten, 1900 146, 1905 158 und 1910 174 Zensiten. Charlottenburg, das im Jahre 1895 nicht ganz noch einmal so stark als Berlin besetzt ist, ist im Jahre 1910 mehr als dreimal so stark. Aus diesen Vergleichszahlen Berlins kann man die Gefahr des Abwanderns steuerbemittelter Zensiten in die Vorstädte für Berlin deutlich erkennen und wohl verstehen, daß die kommunale Verwaltung bestrebt sein muß, sich derartige Steuerkräfte mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu erhalten, und nicht dulden will, daß ihre Beamten ihren Wohnsitz in die Vororte verlegen und dort das in Berlin erworbene Einkommen versteuern.

Über 30 500 M. Einkommen beziehen in Berlin unter 10 000 Einwohnern im Jahre 1895 16 Zensiten. Die Zahl steigt dann in den nächsten 5 Jahren auf 18 und fällt die letzten 5 Jahre nur wenig, auf 17 Zensiten. Berlin steht mit diesen Zahlen weit über dem Durchschnitt der preußischen Städte. Allein die Einkommensentwicklung ist in Berlin nur sehr gering. Ganz verschieden ist auch in dieser Stufe das Bild, das uns die Stadt Charlottenburg bietet. Charlottenburg hat im Jahre 1895 23 Zensiten, die auf 10 000 Einwohner berechnet mehr als 30 500 M. Einkommen beziehen, die Zahl wächst dann in den nächsten 5 Jahren auf 37, 1905 auf 49 und 1910 sind es sogar 64 Zensiten. Diese eminente Zunahme hat auch für diese Klasse Charlottenburg nur seiner günstigen Lage als Vorort Berlins zu verdanken. Charlottenburg zeigt hier nach dem Ende der Untersuchungsperiode einen derartigen Grad von Wohlhabenheit, daß selbst Städte wie Frankfurt a. M., die als Sitz reicher Zensiten bekannt sind, nur eine halb so große Zensitenzahl haben. Im Regierungsbezirk Potsdam entfallen auf diese Stufe im Jahre 1895 4 Zensiten. Auch hier zeigt sich eine sehr günstige Entwicklung in der Verteilung. Gleichmäßig wächst die Zahl bis zum Jahre 1910 auf 15 Zensiten an. Diese Zahlen sind als sehr günstige anzusprechen. Die letzten 5 Jahre steht der Regierungsbezirk über dem Durchschnitt der preußischen Städte. Im Jahre 1910 ist er hinsichtlich der prozentualen Zahlen gegenüber der Stadt Berlin, was die Einkommensverteilung anbetrifft, sogar besser gestellt.

IV. Die Einkommensverteilung in 8 Großstädten.

A. 1. Die Städte des Ostens.

a) Königsberg.

Wir wollen im Folgenden nun auf die Einkommensverteilung in den einzelnen Städten übergehen und beginnen mit den Städten des Ostens und zwar mit der bedeutenden Handelsstadt Königsberg.

Unter 900 M. beziehen im Jahre 1895 in Königsberg 4098 Personen auf 10 000 Einwohner berechnet, ein Einkommen. In dieser Periode ist der Rückgang anfangs ein geringer und wird erst am Ende der Periode schneller. Das gleiche Bild zeigt sich betreffs des Rückgangs, wenn wir die prozentualen Zahlen der Zensiten betrachten. Während 1895 noch 81,57 Zensiten auf 100 kommen, kommen im Jahre 1910 nur noch 63,36 auf 100. Sowohl auf 10 000 Einwohner der Bevölkerung wie auf 100 Zensiten berechnet, hat Königsberg unter den gesamten Städten unserer Untersuchung während der ganzen Zeit das größte Proletariat.

Die Anzahl der Zensiten für die nächste Einkommensstufe von 900—3000 M., ebenfalls auf 10 000 Einwohner berechnet, beträgt im Jahre 1895 710, 1900 768, 1905 851 und von da an tritt ein enormer Zuwachs auf 1325 im Jahre 1910 ein. Die Zensiten haben sich in dieser Zeit also beinahe verdoppelt. Von den 8 Städten hat nur Danzig in den Jahren 1895—1905 weniger Zensiten, von da an steht Königsberg wieder an letzter Stelle trotz des großen Zensitenzuwachses in den Jahren 1905—1910. Auf 100 Zensiten kommen in dieser Stufe 1895 14,13 und 1910 29,91. Der Zuwachs ist hierbei am stärksten in den letzten 5 Jahren. Auch in dieser Hinsicht ist die Verteilung eine sehr ungünstige im Verhältnis zu den anderen Städten.

Die Einkommensklasse von 3000—6000 M. ist gegenüber den anderen Städten ziemlich gut besetzt. Während im Jahre 1895 die Stadt auf 10 000 Einwohner 131 Zensiten zeigt, steigt diese Zahl im Jahre 1910 auf 193. Der Aufstieg ist auch hier in den letzten 5 Jahren am bedeutendsten. Unter 100 Zensiten beziehen 1895 2,61 dieses Einkommen, 1910 4,36.

Die Klasse von 6000—9500 M. weist auf 10 000 Einwohner berechnet im Jahre 1895 45, 1900 49, 1905 53 Zensiten. Dann tritt bis zum Jahre 1910 ein Rückgang auf 52 ein. Königsberg nimmt gegenüber den anderen Städten in dieser Stufe eine sehr günstige Stellung ein und steht nicht mehr an der letzten Stelle. Auf 100 Zensiten kommen 1895 0,90, 1910 1,17 Zensiten. Hier zeigt sich, daß auch in den letzten 5 Jahren bezüglich der Verteilungstendenz immer ein günstiger Fortschritt zu bemerken ist. Die beiden Klassen von 3000—9500 M. zeigen,

daß in Königsberg neben einem allerdings sehr bedeutenden Proletariat doch ein verhältnismäßig starker Mittelstand vorhanden ist.

Zensiten, die ein Einkommen von 9500—30 500 M. beziehen, sind in Königsberg gegenüber den anderen Großstädten nur sehr schwach vertreten. Im Jahre 1895 sind es auf 10 000 der Bevölkerung berechnet, gerade 33. Bis zum Jahre 1900 wächst die Zahl auf 43 an und nach diesem bedeutenden Aufstieg in den nächsten 10 Jahren nur ganz allmählich auf 45. Im Jahre 1895 weist nur Danzig eine schwächere Besetzung auf, im Jahre 1900 Danzig und Elberfeld und in dem nächsten Zeitraum Danzig und Stettin. Fast gleich günstig stellt sich die Entwicklung in der Verteilung auch in den prozentualen Zahlen dar.

Über 30 500 M. Einkommen beziehen unter 10 000 Einwohnern im Jahre 1895 6, 1900 9, 1905 7 und im Jahre 1910 8 Zensiten. Hinsichtlich der Entwicklung in der Einkommensverteilung zeigt die Stadt fast dasselbe Bild wie in der vorhergehenden Einkommensstufe. Bis zum Jahre 1905 hat nur Danzig relativ weniger Zensiten, von da auch Stettin.

b) Danzig.

Wir wollen nun die Einkommensverteilung in der Stadt Danzig während der Untersuchungsperiode betrachten. Die Einkommensempfänger mit weniger als 900 M. Einkommen sind auf 10 000 der Bevölkerung berechnet 1895 3347, sie wachsen bis zum Jahre 1900 auf 3452 an, von da an wird die Entwicklung eine günstigere. Die Anzahl der Einkommensempfänger sinkt 1905 auf 3137 und 1910 auf 2589. Im Jahre 1895 nimmt Danzig gegenüber den anderen Städten, die wir der Untersuchung unterzogen haben, eine günstige Stellung als Stadt des Ostens ein. Allein 1910 behauptet Danzig diesen günstigen Platz nicht mehr, da der Rückgang in dieser untersten Stufe im Verhältnis zu den anderen Städten nur gering ist. Die Verteilung der Zensiten auf diese Klasse ist beinahe die gleiche wie in Königsberg. 1895 fallen $^4/_5$ hierauf, 1910 nur noch $^3/_5$.

Eine sehr schwache Besetzung zeigt die nächstfolgende Klasse von 900—3000 M. 1895 kommen auf 10 000 Einwohner berechnet, 632 Zensiten, 1910 1347. Das Erfreuliche hierbei ist, daß sich die Zensitenzahl mehr als verdoppelt hat. Diesen Aufstieg hat die Stadt vorzüglich den letzten 5 Jahren zu verdanken. 1895 fallen 15,13%, 1910 31,9% Zensiten auf diese Klasse. Danzig zeigt hier mit Königsberg eine frappante Ähnlichkeit in der Einkommensentwicklung und -verteilung.

Die gleiche Ähnlichkeit mit Königsberg zeigt sich in der nächsthöheren Stufe der Einkommen von 3000—6000 M. 1895 kommen auf

10 000 Einwohner 123 Zensiten, und 1910 192, resp. auf 100 Zensiten 1895 2,95 und 1910 4,55. Den günstigen Aufstieg verdankt auch hier die Stadt vorzüglich den letzten 5 Jahren. Bis einschließlich dieser Klasse geht Danzig der Stadt Königsberg in ihrer Einkommensentwicklung parallel, wobei es jedoch eine günstigere Stellung in der Entwicklung als Königsberg zeigt.

In den beiden nächsthöheren Stufen steht Königsberg vorteilhafter da. Dies drückt sich ziemlich deutlich in den Zahlen aus, die auf 10 000 Einwohner berechnet sind.

Im Jahre 1895 kommen auf die Stufe 6000—9500 M. von 10 000 der Bevölkerung 41, 1900 44, 1905 41 und 1910 47 Zensiten. Die Zensitenanzahl ist also in dieser Zeit eine ziemlich schwankende, im Verhältnis zu den übrigen Städten ist die Zahl eine geringe. Nur in Elberfeld und im Jahre 1910 auch in Stettin ist die Besetzung eine schwächere.

In den beiden nächsten Einkommensstufen von 9500—30 500 M. und über 30 500 M. Einkommen steht Danzig unter den 8 Großstädten während der ganzen Untersuchungsperiode am allerungünstigsten da. 9500—30 500 M. Einkommen beziehen hier unter 10 000 Einwohnern 1895 31, 1900 33, 1905 34 und im Jahre 1910 35 Zensiten. Die entsprechenden Zahlen für die nächsthöhere Einkommensstufe der mehr als 30 500 M. betragenden Einkommen sind für die einzelnen Perioden 3, 6, 5, 6. Hinsichtlich der großen Einkommen steht Danzig auch bei weitem unter dem Durchschnitt sämtlicher preußischer Städte. Den Ruf, den Danzig im Mittelalter als besonders wohlhabende Handelsstadt mit einem sehr reichen Patriziat hatte, kann die Stadt heutzutage, wo sie hinsichtlich der Einkommensverteilung von der Mehrzahl der deutschen Großstädte überflügelt ist, nicht mehr für sich in Anspruch nehmen.

c) Stettin.

Wir wollen uns nun zur Betrachtung der Einkommensentwicklung und -verteilung in der wichtigsten Fabrikstadt Pommerns, der Stadt Stettin, wenden. Auf 10000 Einwohner kommen daselbst im Jahre 1895 2990 Personen mit weniger als 900 M. Einkommen: 1900 2504, 1905 2634 und 1910 2487. Der Rückgang dieser kleinsten Einkommen ist für diese ganze Periode kein bedeutender. In den Jahren 1900—1905 finden wir sogar eine verhältnismäßig stark zunehmende Zensitenanzahl. Auffallend ist die stärkere Abnahme in der ersten Periode von 1895—1900, in der sonst relativ derartige hervortretende Verschiebungen in der Einkommensverteilung seltener sind. Während 1895 auf 100 Zensiten 70 kommen, finden wir im Jahre 1910 nur noch 57 vor. Stettin behauptet

damit den vierten Platz unter den anderen Städten. Ungünstiger sind die Zahlen für Danzig, Königsberg und Breslau.

Die Einkommensklasse mit einem Einkommen von 900—3000 M. zeigt für Stettin im Jahre 1895 1013 Zensiten auf 10000 Einwohner berechnet, im Jahre 1910 1581. Der größte Aufstieg fällt in die Periode 1905—1910, nämlich von 1155 auf 1581. Die relative Zahl der Zensiten beträgt im Jahre 1895 23,6% für diese Klasse, 1910 36,3%. Auch in dieser Klasse sind es hauptsächlich Königsberg, Danzig und Breslau, die nicht so günstig stehen als Stettin. In allen diesen beiden Klassen steht Stettin noch unter dem Durchschnitt von Preußen-Stadt.

Die nächste Einkommensstufe gibt für Stettin folgende Zahlen: 1895 kamen auf 10000 Einwohner berechnet 157 Zensiten, 1900 148, 1905 166 und 1910 192. Der Aufstieg ist auch hier ein nicht gerade bedeutender. Während Stettin unter den Städten im Jahre 1895 eine sehr günstige Stellung einnimmt, und nur von Frankfurt a. M. an Zensitenzahl übertroffen wird, sinkt es 1910 auf die vorletzte Stelle herab. Nur Danzig hat in diesem Jahre noch weniger Zensiten als Stettin. Auch hinsichtlich der prozentualen Zensitenverteilung nimmt Stettin unter den Städten, die wir untersucht haben, diese Stellung ein. Auf 100 Zensiten fallen im Jahre 1895 3,67 auf diese Klasse und 1910 4,41.

Die nächste Einkommenklasse von 6000—9500 M. zeigt einen sehr erheblichen Rückgang in den Relativzahlen. Während im Jahre 1895 unter 10000 Einwohnern noch 56 Personen dies Einkommen beziehen, sinkt diese Zahl bis zum Jahre 1905 in den ersten 5 Jahren schneller auf 42 herab. In den letzten Jahren unserer Untersuchungsperiode erfolgt dann noch ein kleiner Aufstieg auf 44. Der gewaltige Niedergang in den relativen Zahlen drückt sich auch in dem Verhältnis aus, in dem Stettin gegenüber den anderen Großstädten während der Untersuchungsperiode steht. Im Jahre 1895 steht es an zweitbester Stelle unter den Städten, allein von Frankfurt a. M. übertroffen und im Jahre 1910 an zweitschlechtester. In diesem Jahre weist Elberfeld für diese Klasse das ungünstigste Bild. Die prozentualen Zahlen spiegeln diese ungünstige Entwicklung ebenfalls wieder.

Auch für die Einkommenstufe von 9500—30500 M. ist ein Rückgang bis zum Jahre 1905 und in den letzten Jahren nur ein kleiner Aufstieg zu bemerken. Es beziehen in Stettin dieses Einkommen unter 10000 Einwohnern im Jahre 1895 53, 1900 45, 1905 40 und 1910 41 Personen. Auch hier sinkt Stettin im Jahre 1895 von der zweitbesten Stelle nur von Frankfurt übertroffen auf die zweitungünstigste im Jahre 1910 herab.

Über 30500 M. Einkommen beziehen unter 10000 Einwohnern in Stettin im Jahre 1895 9 und im Jahre 1910 7 Zensiten. Für die größten Einkommen läßt sich ebenfalls ein Rückgang konstatieren. In gleicher Weise tut sich dieser Rückgang auch unter den prozentualen Zensitenzahlen kund. Eine derartige günstige Entwicklung wie die anderen Städte, die wir untersucht haben, zeigt Stettin nicht. Die Anzahl der größten Einkommen hat sogar erheblich abgenommen. Allein die Entwicklung ist auch hier eine völlig harmonische, da alle Klassen daran teilnehmen, die Entwicklung also nicht auf Kosten der mittleren Stufe geht.

d) Breslau.

Als letzte Stadt des Ostens wollen wir bei unserer Untersuchung Breslau, die Hauptindustriestadt des Ostens betrachten. Im Jahre 1895 kommen auf 10000 der Bevölkerung 3543, 1910 2776 Zensiten, die weniger als 900 M. Einkommen haben. Von 100 Zensiten fallen 1895 76,52 und 1910 59,8 auf diese Klasse. Die Abnahme ist in den ersten 5 Jahren eine geringe. Breslau hat somit ein relativ sehr großes Proletariat im Verhältnis zu den anderen Städten und behält dasselbe auch während der ganzen Periode. Nur Königsberg ist in dieser Beziehung noch schlechter gestellt.

In der nächsthöheren Klasse der Einkommen von 900—3000 M. gibt Breslau auf 10000 der Bevölkerung berechnet folgende Zahlen: 1895 853 Zensiten, 1900 924, 1905 1052 und 1910 1518. Die Anzahl der Zensiten hat sich demnach in diesem Zeitraume beinahe verdoppelt. Die Entwicklung ist namentlich in den letzten 5 Jahren eine günstige gewesen. Auf 100 Zensiten kommen 1895 18,42 und 1910 32,70, die ein derartiges Einkommen beziehen. Unter den anderen Städten behauptet Breslau während der Untersuchungszeit den drittletzten Platz. Danzig und Königsberg sind noch ungünstiger gestellt.

Auch Breslau steht mit seinen Einkommensempfängern unter 3000 M. ungünstiger da als der Gesamtdurchschnitt der preußischen Städte ausmacht.

Eine sehr gute Besetzung hat Breslau für die folgende Klasse der Einkommen von 3000—6000 M. aufzuweisen. Auf 10000 Einwohner kommen 1895 hier 145 Zensiten. Die Zensitenzahl steigt dann allmählich auf 176 im Jahre 1905 und von da ab in schnellerem Tempo auf 224 Zensiten. 1910 zeigen nur Düsseldorf, Köln und Frankfurt unter den 9 Städten eine höhere Zensitenzahl für diese Klasse an. Von 100 Zensiten kommen 1895 3,13 und 1910 4,83 auf diese Klasse. Jedenfalls weist Breslau für

diese Klasse eine günstigere Zensitenzahl auf als Berlin und die drei Städte des Ostens.

6000—9500 M. Einkommen haben auf 10000 der Bevölkerung berechnet in Breslau 1895 44 Zensiten und 1910 54. Der Aufstieg ist besonders stark in den ersten 5 Jahren. Auch diese Zahlen zeigen, daß in Breslau ein recht guter Mittelstand wohnt, 1910 haben nur Düsseldorf und Frankfurt a. M. höhere Zahlen.

Noch bedeutender ist der relative Zensitenzuwachs, den die nächste höhere Einkommensstufe von 9500—30500 M. aufzuweisen hat. Im Jahre 1895 beziehen unter 10000 Einwohnern dieses Einkommen 37 Personen. In den nächsten 5 Jahren steigt diese Zahl gewaltig auf 48 an und von da an allmählich und gleichmäßig auf 56 im Jahre 1910. Es überflügelt im Jahre 1910 bei weitem Städte wie Düsseldorf und Köln und wird nur noch von Frankfurt a. M. übertroffen.

Über 30500 M. Einkommen beziehen unter 10000 Einwohnern im Jahre 1895 8, 1910 12, 1905 12 und 1910 14 Zensiten. Auch für diese Klasse läßt sich ein erfreuliches Anwachsen der Zensitenzahl feststellen, wenn auch nicht in dem Maße wie in der vorherigen Klasse. Breslau steht während der letzten 10 Jahre beständig an der Spitze der 4 Städte der östlichen Provinzen.

Wenn man die ganze Entwicklung in der Einkommensverteilung in allen Klassen betrachtet, könnte man leicht geneigt sein, das Nichtschritthalten in der Zensitenzunahme der Einkommen von 6000—9500 M. mit denen über 9500 M., speziell mit denen von 9000—30500 M. als eine ungünstige Tendenz in der Einkommensverteilung dieser Stadt anzusehen, indem hier auf Kosten der Klasse 6000—9500 M. der Mittelstand durch die oberen Klassen über 9500 M. zurückgedrängt würde. Etwas Dauerndes oder gar Beunruhigendes ist aber in dieser Erscheinung auf keinen Fall zu erblicken.

2. Die Städte des Westens.

a) Elberfeld.

Gehen wir nunmehr zur Betrachtung der Einkommensverhältnisse in den 4 Städten aus dem westlichen Teil der Monarchie über. Wir wollen mit der Stadt Elberfeld beginnen.

Unter 900 M. Einkommen haben im Jahre 1895 auf 10000 Einwohner berechnet 2443 Zensiten, 1900 2753, 1905 1968 und 1910 1591 Zensiten. Zuerst sehen wir also ein Steigen der Anzahl dieser kleinsten Einkommensempfänger und von 1900 ab ein Sinken, das in der Periode

von 1900—1905 schneller ist als in den letzten 5 Jahren. Trotz der anfangs ungünstigen Entwicklung in der Zensitenbesetzung dieser Klasse nimmt Elberfeld doch unter den 8 Städten eine sehr günstige Stellung ein. Im Jahre 1895 ist es sogar die Stadt, die das geringste Proletariat hat, später nimmt Düsseldorf und im Jahre 1900 auch Stettin eine günstigere Stellung ein. Von allen Zensiten fällt 1895 fast $^7/_{10}$ dieser Klasse zu. 1910 fast nur noch $^4/_{10}$, so daß das Hauptgewicht der Zensitenverteilung vom Jahre 1905 ab in den Klassen mit einem Einkommen über 900 M. liegt.

Eine sehr erfreuliche Einkommensentwicklung bietet uns die Stadt Elberfeld für die nächste Stufe der Einkommen von 900—3000 M. Während nämlich im Jahre 1895 nur 856 Zensiten auf 10000 Einwohner kamen, finden wir 1910 2292 vor. Die Zensitenzahl hat sich also verdreifacht. Nicht ganz ¼ sämtlicher Zensiten fielen 1895 auf diese Klasse, 1910 sind es weit über die Hälfte. Eine derartig erfreuliche Entwicklung, wie hier der Zensitenzuwachs hauptsächlich auf Kosten des Unterstandes hat, wird nur von Düsseldorf unter unseren 8 Städten erreicht. Die Anzahl der Zensiten, die auf die Einkommensstufen von 3000—6000 M. 1895 entfällt, ist 119. Es ist dies die niedrigste Zensitenzahl unter den Städten. Der Zuwachs, der besonders in der Periode 1905—1910 bedeutend war, steigert die Zensitenzahl auf 194. Es ist demnach Elberfeld in dieser Stufe schneller gewachsen als Danzig, Stettin und Königsberg. Von 100 Zensiten entfallen 1895 3,4 auf diese Klasse, 1910 4,64.

Auch die nächsthöhere Stufe bringt für Elberfeld eine recht niedrige Zensitenzahl. Auf 10000 Einwohner berechnet beziehen 1895 34 und 1910 43 Zensiten ein Einkommen von 6000—9500 M. Der Aufstieg ist ziemlich gleich hier. Elberfeld steht mit diesen Zahlen am allerungünstigsten da gegenüber den anderen Städten. Die Zensitenzahl ist auch bedeutend niedriger als die Durchschnittszahl von Gesamt-Preußen-Stadt. Auf 10000 Einwohner kommen in Elberfeld mit einem Einkommen von 9500—30500 M. im Jahre 1895 33, 1900 39, 1905 48 und im Jahre 1910 45 Personen. Der Aufstieg ist am stärksten sonach in den Jahren 1900 bis 1905 und von da an zeigt sich ein nicht sehr bedeutender Rückgang. Die Stufe ist, wenn auch immer noch am schwächsten unter den westlichen Städten, so doch erheblich stärker als die vorherige besetzt.

Durchgehends eine Zunahme weisen die relativen Zahlen der Einkommensempfänger mit einem 30500 M. übersteigenden Einkommen auf. Im Jahre 1895 sind es 11, 1910 17 Personen, die unter 10000 Einwohnern dieses Einkommen beziehen. Vom Jahre 1905 ab hat Elberfeld nicht mehr die ungünstigste Stellung unter den westlichen Städten inne, es überflügelt von da ab sogar noch Köln.

Elberfeld zeigt in seinem ganzen Einkommensaufbau den Typ einer Industriestadt. Die unteren und die obersten Einkommensstufen sind relativ stärker besetzt und haben sich schneller und günstiger entwickelt als die mittleren. Wenn auch die Klassen von 3000—9500 M. verhältnismäßig schwächer besetzt sind, so geben sie jedoch zu irgendwie übertriebenen Befürchtungen, etwa wie Schwinden des Mittelstandes keinen Anhalt. Besonders erwähnenswert erscheint mir bei dieser Stadt, daß von 1905 ab der prozentual größere Teil unter den Zensiten nicht wie bei den Städten des Ostens auf seiten der steuerfreien, sondern bei den steuerpflichtigen Personen zu suchen ist.

b) Köln.

Als nächste Vertreterin für die Einkommensverteilung in den Städten des Westens der preußischen Monarchie haben wir Köln gewählt. Die steuerfreie Bevölkerung Kölns stellt sich auf 10000 Einwohner berechnet für 1895 auf 2874, 1900 auf 2867, 1905 auf 2408 und 1910 auf 2170 Zensiten. Die Abnahme ist sonach von 1900 ab eine größere. Es kommen im Jahre 1895 auf 100 Zensiten 63,50 mit diesem Einkommen, 1910 fallen nur noch 47,13 hierauf. Vom Jahre 1910 ab tritt diese Klasse ebenso wie wir es bei Elberfeld sahen, den prozentualen Hauptteil an die höheren Klassen ab. Trotzdem geht Köln, das 1895 die beste Stelle einnahm, auf die viertbeste zurück und wird von Frankfurt, Elberfeld und Düsseldorf überholt.

Die Zensiten, die ein Einkommen zwischen 900 und 3000 M. haben, sind in der Untersuchungsperiode 1895—1910 auf 10000 der Bevölkerung berechnet folgende: 1895 haben dieses Einkommen 1410, ebenso viele 1900, dann steigt die Zahl bis zum Jahre 1905 nur wenig auf 1535. Die letzten Jahre 1905—1910 bringen den größten Aufstieg auf 2079. Alles in allem ist dieser Zuwachs kein allzu bedeutender. Auf 100 Zensiten kommen in dieser Klasse in den Jahren 1895 und 1905 31 und 36 und 1910 45,16 Zensiten. Während Köln hinsichtlich der Zensitenverteilung, die sich in beiden Relativzahlen ausdrückt, in den Jahren 1895 und 1900 die zweitbeste Stellung unter den Städten einnimmt, sinkt es von da ab auf die dritte und zuletzt auf die fünftbeste Stelle. Es ist dies ein Zeichen dafür, daß diese Klasse in Köln nicht in der gleichen Weise mit den anderen Städten gewachsen ist.

3000—6000 M. Einkommen beziehen in Köln von 10000 Einwohnern im Jahre 1895 145 Zensiten, 1900 159, 1905 203 und 1910 236 Zensiten. Von 100 Zensiten entfallen 1895 3,2 auf diese Klasse, 1900 3,5, 1905 4,76 und endlich 1910 5,13. Beide Verteilungsberechnungen

zeigen, daß die Entwicklung in der Verteilung am günstigsten für die Jahre 1900—1905 ist. Bezüglich der auf die Einwohnerzahl berechneten Zensitenverteilung wird 1895 Köln nur noch von Stettin und Frankfurt übertroffen und in der folgenden Periode von Frankfurt allein. Bezüglich der prozentualen Verteilung ist gleichfalls ein erfreulicher Fortschritt zu konstatieren. 1895 hatten auf 100 Zensiten berechnet Elberfeld, Stettin, Düsseldorf und Frankfurt eine größere Anzahl, 1905 nur noch Frankfurt, 1910 Düsseldorf und Frankfurt.

Die Klasse der Zensiten mit einem Einkommen von 6000—9500 M. gibt auf 10000 Einwohner folgende Zensitenzahlen an: 1895 44, 1900 48, 1905 54 und 1910 53 Zensiten. Bemerkenswert ist hierbei, daß in den letzten 5 Jahren diese relative Zensitenzahl etwas zurückgegangen ist. Unter den Städten nimmt für diese Klasse Köln eine ziemlich mittlere Stellung ein. Sie behält diese mittlere Stellung auch in der nächstfolgenden Einkommensstufe von 9500—30500 M. Unter 10000 Einwohnern beziehen dies Einkommen im Jahre 1895 42. In den nächsten 5 Jahren steigt diese Zahl nicht unerheblich auf 49 und bis 1905, dann gering auf 51, auf der sie sich bis zum Schluß unserer Untersuchungsperiode hält.

Über 30500 M. Einkommen beziehen in Köln unter 10000 Einwohnern im Jahre 1895 11, 1900 15, 1905 14 und 1910 wiederum 15 Personen.

Auch in der Stadt Köln ist die Entwicklung in der Einkommensverteilung im ganzen als eine günstige anzusehen. Die unterste Klasse gibt zugunsten der nächst höheren nach dem Ende der Untersuchungsperiode hin, soviel ab, daß im Jahre 1910 die beiden untersten Stufen hinsichtlich der relativen Zensitenzahl beinahe gleich besetzt sind. Die Einkommensstufe von 3000—6000 M. ist in Köln durchgehends im Verhältnis zu den anderen Städten gut besetzt. Von den Einkommen über 6000 M. an sehen wir Köln nicht mehr die günstigste Stellung wie in den unteren Stufen einnehmen.

c) Düsseldorf.

Wir haben noch eine Stadt des Rheinlandes zur Vertreterin der Städte des Westens genommen, nämlich Düsseldorf.

Unter 900 M. Einkommen beziehen in Düsseldorf auf 10000 Einwohner berechnet 1895 2422, 1900 2260, 1905 960 und 1910 800 Zensiten. Das ist vom Jahre 1900 ab ein derartig großer Rückgang, wie ihn keine von den anderen Städten zu verzeichnen hat. Im Jahre 1910 gibt es über dreimal weniger Zensiten als 1895. Damit hat Düsseldorf das geringste Proletariat unter diesen Städten. Dasselbe Bild bietet sich uns

dar, wenn wir die Zensitenverteilung betrachten. 1895 fielen noch von 100 Zensiten 67,45 auf diese Klasse, 1910 nur noch 21,54. Auch hier hat sich die Zahl in den 15 Jahren mehr als um das Dreifache verringert. Unter unseren Städten nimmt Düsseldorf für diese Klasse die erste Stelle ein.

In gleicher Weise ist das Bild günstig, das Düsseldorf in der nächsten Klasse von der Einkommensverteilung der Zensiten gibt. Mit einem Einkommen von 900—3000 M. kommen auf 10000 Einwohner 1895 945 Zensiten, 1900 1537, 1905 2286 und 1910 2564 Zensiten. Der Aufstieg ist besonders in der Periode 1895—1905 groß. Die prozentuale Verteilung der Zensiten ist die, daß im Jahre 1895 auf 100 Zensiten 26, und 1910 68 fallen. Beide Verteilungsberechnungen zeigen, daß in dem Zeitraume 1895—1910 die Zensitenzahl sich mehr als verdoppelt hat. Dies ist als ein besonders günstiges Zeichen für die Lage der Einwohner anzusehen. Während es 1895 nur die fünfbeste Stelle unter den Städten einnimmt, rückt Düsseldorf 1910 zur zweitbesten Stelle heran. Nach der Verteilung unter den Zensiten steht Düsseldorf von 1900 ab den anderen Städten bei weitem voran.

Ein Einkommen von 3000—6000 M. beziehen unter 10000 Einwohnern in Düsseldorf 1895 125 Zensiten, 1900 150, 1905 166 und 1910 288 Zensiten. Der Aufstieg ist am höchsten in den letzten 5 Jahren. Im Verhältnis zu den anderen 8 Städten ist auch das ein günstiges Zeichen, daß Düsseldorf 1895 unter den 8 Städten noch als achte rangierte, dagegen 1910 an die dritte Stelle kam. Von 100 Zensiten entfielen 1895 3,48 und 1910 6,14 Zensiten auf diese Klasse. Nach dieser Richtung ist die Verteilung eine günstige insofern, als Düsseldorf 1895 von dem dritten Platz unter den Städten seit 1905 auf den zweiten aufgerückt ist.

Ein Einkommen von 6000—9500 M. beziehen unter 10000 Einwohnern 1895 42, 1900 45, 1905 52 und 1910 55 Zensiten. Auch in dieser Klasse arbeitet sich Düsseldorf von der sechsten Stelle 1895 zur zweitbesten im Jahre 1910 herauf. Bedeutsam ist bei diesen Zahlen, daß der Zuwachs sich nicht bloß auf die ersten Jahre der Untersuchungsperiode erstreckt, sondern während der ganzen Periode anhält. Dies kann als ein besonders günstiges Zeichen für die Einkommensverteilung bei dem besseren Mittelstande dieser Stadt angesehen werden.

Die Zahl der Einkommensempfänger mit einem Einkommen von 9500—30500 M. beträgt in Düsseldorf auf 10000 der Bevölkerung berechnet im Jahre 1895 43. Diese relative Zahl wächst in den nächsten 5 Jahren auf 50 und im Jahre 1905 auf 53 an. Auf dieser Höhe hält sie sich bis zum Ende der Untersuchungsperiode. Im Jahre 1895 nehmen

nur noch Stettin und Frankfurt eine günstigere Stellung ein, von da ab Frankfurt allein. Die entsprechenden relativen Zensitenzahlen in der Einkommensstufe von mehr als 30500 M. betragen für die Jahre 1895, 1900, 1905 und 1910 12, 16, 16, 17. Nur Frankfurt a. M. hat während der ganzen Periode entsprechend höhere Ziffern aufzuweisen.

Unter den Städten, die wir untersucht haben, steht Düsseldorf mit in der vordersten Reihe. Nach obigen Zahlen kann man von einer besonderen Wohlhabenheit in dieser Stadt sprechen. Wir sehen in ihr verhältnismäßig nur ein geringes Proletariat, das sicherlich in späteren Jahren sich noch mehr verringern wird, einen behäbigen und gute Weiterentwicklung versprechenden Mittelstand und einen sehr wohlhabenden Oberstand.

d) Frankfurt a. M.

Wir kommen nun zur Untersuchung der vierten und letzten Stadt des Westens der preußischen Monarchie, nämlich Frankfurt a. M. Frankfurt a. M. hat den Ruhm, die reichste Stadt des Westens zu sein. Sie hat in der Hauptsache den Charakter einer Großhandelsstadt. Im Gegensatz zu den Fabrikstädten hat Frankfurt a. M. verhältnismäßig dort wenig Personal erzielt, wo die Fabrikbevölkerung rangiert. In Frankfurt a. M. bezieht ein großer Teil der Bevölkerung sehr hohe Einkommen. Dabei ist jedoch in dieser Stadt noch zu berücksichtigen, daß das Leben hier ganz besonders teuer ist, resp. die Lebensansprüche sehr hohe sind.

Unter 900 M. Einkommen beziehen in Frankfurt a. M. auf 10000 Einwohner berechnet 1895 3500 Zensiten, 1900 3641, 1905 2240 und 1910 1752 Zensiten. Wir sehen hierbei den ungewöhnlichen Vorgang, daß das Proletariat in den ersten 5 Jahren einen relativ nicht geringen Zuwachs erfährt, allerdings in den darauf folgenden 5 Jahren 1900—1905 rapid abnimmt, und dann bis 1910 noch auf 1752 fällt. 1900 steht Frankfurt a.M. für diese Klasse am zweitschlechtesten da und 1910 behauptet es den drittbesten Platz. Ein derartiger Aufschwung ist beispiellos für diese Klasse und als ein außerordentlich günstiges Zeichen der Einkommensverteilung anzusehen. Wenn wir für Frankfurt a. M. die Einkommensverteilung nach dem Maßstabe beurteilen, den die relative Zensitenverteilung aus obigen Zahlen ergibt, so zeigt es sich, daß der Rückgang in den ersten 5 Jahren doch nicht so gewaltig ist. Im Jahre 1895 kommen von 100 Zensiten 67,13 auf diese Klasse, 1900 nur 67,90 Zensiten. Damit ist die Verteilung auf diese Klasse in den ersten 5 Jahren nicht allzugünstig. Die Verteilung wird dann am Ende der Periode bedeutend gün-

stiger. 1905 haben nur noch 46,68 Zensiten ein geringeres Einkommen als 900 M. und 1910 38,40.

Ein Einkommen von 900—3000 M. beziehen unter 10000 Einwohnern in Frankfurt a. M. im Jahre 1895 1223 Zensiten, im Jahre 1900 1263, im Jahre 1905 2090 und endlich im Jahre 1910 2328 Zensiten. Die Zahl hat sich in diesen 15 Jahren beinahe verdoppelt. Der Zuwachs, der während der ganzen Periode stattfand, ist besonders stark in den Jahren 1900—1905 gewesen. Ein noch günstigeres Bild gibt uns die auf obiger Zahl basierende relative Zensitenverteilung. Während im Jahre 1895 kaum ¼ sämtlicher Zensiten dieser Klasse angehörten, sind es 1910 mehr als die Hälfte. Frankfurt nimmt betreffs dieser Klasse eine mittlere Stelle, aber keine ungünstige unter den Städten ein.

Für die Einkommen von 3000—6000 M. weist Frankfurt a. M. unter 10000 seiner Einwohner im Jahre 1895 263, 1900 240, 1905 253 und 1910 282 Zensiten auf. Der Rückgang in den Jahren 1895—1900 wird vollkommen wett gemacht durch die günstige Entwicklung in den folgenden Jahren der Untersuchungsperiode. Ebenso günstige Resultate liefert uns die andere Berechnung der Einkommensverteilung. Während 1895 von 100 Zensiten 5,04 dieses Einkommen beziehen, sind es im Jahre 1900 4,48, 1905 5,27 und endlich 1910 6,18 Zensiten. Hierbei zeigt es sich, daß der Rückgang nur eigentlich hinsichtlich der Verteilung in den ersten 5 Jahren ungünstig war. Während der ganzen Periode steht aber Frankfurt a. M. unter den anderen Städten bei weitem am besten.

6000—9500 M. Einkommen beziehen unter 10000 Einwohnern in Frankfurt a. M. im Jahre 1895 89, 1900 85, 1905 86 und 1910 77 Zensiten. Es ist also für die ganze Periode ein Rückgang zu konstatieren. Er ist jedoch nach der prozentualen Zensitenberechnung nicht so gewaltig. Unter 100 Zensiten kommen auf diese Klasse im Jahre 1895 1,17, 1900 1,59, 1905 1,79 und 1910 1,69 Zensiten. Hiernach war die Verteilung 1910 nur um 0,02% ungünstiger als im Jahre 1895. Auch in dieser Klasse zeigt Frankfurt a. M. gegenüber den anderen Städten die günstigste Position, trotzdem die relative Zahl während des ganzen Zeitraumes geringer wird. In dieser und der vorhergehenden Einkommensstufe dokumentiert sich so recht der Charakter dieser Stadt als Handelsstadt.

Auch die Einkommen von 9500—30500 M. nehmen für die Stadt Frankfurt a. M. in unserer Untersuchungsperiode relativ an Zahl ab. Unter 10000 Einwohnern beziehen im Jahre 1895 106 dieses Einkommen. In den nächsten 5 Jahren findet ein sehr starker Rückgang, auf 96, statt. Im Jahre 1905 sind es nur 94 Personen und 1910 gar bloß noch 84 Personen mit einem derartigen Einkommen. Von 100 der auf 10000 Einwohner

berechneten Zensiten beziehen in dieser Klasse 2,03 Zensiten im Jahre 1895, im Endjahr unserer Untersuchungsperiode 1,90 dasselbe Einkommen. Diese Einkommensklasse ist durchgehends stärker besetzt als die vorhergehende, jedoch die Abnahme der relativen Zensiten ist eine schnellere als in der letzteren, so daß sich aus den Zahlen auch nicht direkt ungünstige Verteilungstendenzen ableiten lassen könnten.

Anders ist das Bild, das uns unsere oberste Einkommensstufe zeigt. Hier ist auch ein Rückgang für die ganze Periode zu verzeichnen, allein ein lange nicht derartig großer, wie in der vorhergehenden Stufe. Über 30500 M. Einkommen beziehen hier auf 10000 der Bevölkerung berechnet, im Jahre 1895 35, 1900 36, 1905 wiederum 35 und im Jahre 1910 33 Personen. Gegenüber der vorhergehenden Stufe könnten wir die Zahlen beinahe konstant nennen. Es läßt sich nicht abstreiten, daß diese Einkommen sich besser entwickelt und verteilt haben, als in den vorhergehenden Klassen, jedenfalls findet aber eine Zunahme bei diesen größten Einkommen nicht statt. Auch sie zeigen hier einen Rückgang, der allerdings geringer ist als in den vorhergehenden Klassen.

Frankfurt a. M. ist nach allen diesen Zahlen als eine äußerst wohlhabende Stadt anzusehen. Wir sehen in dieser Periode, das Proletariat sich verringern, während die kleinen Einkommen von 900—3000 M. sich beinahe verdoppeln und im Jahre 1910 über die Hälfte sämtlicher Zensiten auf diese Klasse fallen, also der Schwerpunkt der Zensitenverteilung in diesen 15 Jahren sich zugunsten einer höheren Klasse verschoben hat. Besonders erfreulich ist auch der Aufstieg bei den Einkommen von 6000—9500 M. Die beiden obersten Klassen hatten wir an anderer Stelle schon betrachtet. Wenn auch ziemliche Schwankungen in den oberen Klassen während der einzelnen Jahre stattfinden, so sind diesen vielleicht doch nicht das gleiche Gewicht wie in anderen Städten beizulegen. Die relativen Zahlen sind für diese Klassen derart hohe, daß sie mit den anderen Städten kaum verglichen werden können und ein Rückgang bei ihnen lange nicht so schwer ins Gewicht fallen kann wie bei anderen Städten. Unter den Städten, die wir untersucht haben, ist Frankfurt a. M. die Stadt der größten und reichsten Einkommen, und ich glaube kaum, daß sie von vielen anderen preußischen Städten in dieser Beziehung übertroffen wird.

B. Vergleich zwischen den Städten des Ostens und des Westens.

Wir wollen nun im folgenden die einzelnen Einkommensklassen in den Städten des Ostens und des Westens betrachten, und wollen

untersuchen, ob sich nicht hinsichtlich der Einkommensverteilung zwischen den Städten des Ostens und Westens stark hervorspringende Unterschiede allein schon aus diesen 8 Städten ableiten lassen.

In der Klasse der Einkommen unter 900 M. ist in den ersten Jahren der Untersuchungsperiode ein merklicher Unterschied nicht zu erblicken; höchstens so, daß die Städte des Westens schon günstiger bezüglich der Zensitenzahl gestellt sind als die des Ostens. Schärfer prägt sich dieses Moment nach dem Ende der Untersuchungsperiode hin aus. Wenn wir unter den geordneten Zahlen für die Städte einen Schnitt in den einzelnen Jahren machen, wie wir die Zahlen für Gesamt-Preußen-Stadt berechnet haben, so fällt er für die Berechnung auf 10000 Einwohner in dieser Klasse für die letzten Jahre der Untersuchung zwischen die Städte des Ostens und Köln einerseits, Frankfurt a. M., Elberfeld, Düsseldorf andererseits.

Legen wir die prozentuale Zensitenberechnung zugrunde, so fällt dieser Schnitt für die Periode 1905—1910 ganz genau zwischen die Städte des Ostens und die des Westens. Demgemäß kann man aus den Zahlen folgern, daß im Osten das Proletariat stärker vertreten ist als im Westen, und daß der Rückgang desselben im Osten ein geringerer ist als im Westen. Diese Unterschiede werden sich in späteren Jahren sicherlich noch markanter zeigen. Wir wollen für diese Klasse auch noch bedenken, daß die statistische Unterlage für die Zensitenberechnungen mit unter 900 M. Einkommen eigentlich nur eine Schätzung ist, und daher der statistische Boden ziemlich unsicher ist. Mit obiger Feststellung stimmt auch das Resultat aus der Reichsgewerbestatistik überein, die in den Städten des Ostens eine größere Anzahl Arbeitsloser ermittelt hat als in denen des Westens.

Bedeutend schärfer wird das Bild für die nächst höhere Klasse der Zensitenverteilung mit dem Einkommen von 900—3000 M. Legen wir wiederum die Berechnung auf 10000 Einwohner der jeweiligen Stadt zugrunde und ziehen wir für die einzelnen Jahre auch hier denselben Schnitt wie in der vorhergehenden Stufe, so sehen wir, daß auf der ungünstigeren Seite mit relativ geringerer Zensitenzahl außer den Städten des Ostens im Jahre 1895 auch noch Elberfeld und Köln stehen. Vom Jahre 1900 ab ist auch hier sodann die Scheidung streng. Bezüglich der prozentualen Zensitenverteilung ist das Bild insofern nur ähnlich, als in der Periode 1895—1900 noch Frankfurt a. M. zu den ungünstiger gestellten Städten gehört. Im übrigen ist auch hier wie oben die Scheidung zwischen Osten und Westen scharf.

Für die Empfänger der mittleren Einkommen von 3000—6000 M. läßt sich ein bestimmter Charakter aus der Stellung sämtlicher Städte für die Städte des Ostens und Westens nicht erkennen. In dieser Klasse ist die Reihenfolge willkürlich. Doch ist auch hier für beide Berechnungsarten zu sagen, daß im großen und ganzen die Städte des Westens hinsichtlich der Zensitenverteilung günstigere Zahlen aufweisen. Wenn wir auch die Zahlen für Gesamt-Preußen-Stadt mit heranziehen, so wird uns durch sie kein besonderer Maßstab oder Anhaltspunkt für eine verschiedenartige Beurteilung der Städte des Ostens und Westens gegeben. Die Scheidelinie liegt hiernach sehr tief. Für ein Jahr liegt sie sogar unter der relativen Zahl sämtlicher Städte, die wir untersucht haben.

Irgendeine Regelmäßigkeit, die zwischen der geographischen Lage der Städte und der Reihenfolge bezüglich der Zensitenverteilung bestände, läßt sich auch für die nächste Klasse nicht konstatieren. In allen beiden Stufen der Einkommen von 3000—6000 M. und 6000—9500 M. steht Frankfurt a. M. obenan. Überhaupt kommt in diesen Stufen die Bedeutung des Handels mehr zur Geltung, während der Einfluß der Großindustrie sich weniger bemerkbar macht.

Bezüglich der Zensitenverteilung mit einem Einkommen von 9500—30500 M. läßt sich zwischen den Städten des Ostens und des Westens doch eine gewisse Differenzierung feststellen. Königsberg und Danzig nehmen für beide Berechnungen stets den ungünstigsten Platz ein, während Breslau und Stettin wechselweise höhere Plätze einnehmen. Im übrigen läßt sich auch für diese Klasse feststellen, daß die höheren Stellen fast durchweg von den Städten des Westens eingenommen werden.

Ganz scharf prägt sich der Unterschied zwischen Ost und West während der ganzen Periode in der obersten Klasse der Einkommensempfänger mit einem Einkommen, das 30500 M. übersteigt, aus. Diese Einkommen sind durchweg in den Städten des Westens in bedeutend größerer Anzahl vertreten als in denen des Ostens.

Alles in allem kann man nach diesen Ausführungen wohl behaupten, daß die Städte des Westens einen wohlhabenderen Charakter zeigen als die des Ostens. Besonders tritt dies bei den kleinsten Einkommen hervor. In den Städten des Ostens nimmt das Proletariat immer mehr als die Hälfte der Zensiten für sich in Anspruch, während die nächsten Klassen hinsichtlich der Zensitenzahl nicht stärker als ein Drittel der Gesamtzensitenzahl besetzt sind. Hier sind die Städte des Westens denen des Ostens gegenüber ganz entschieden im Vorteil. Die Mittelstufen lassen sehr wenig, die oberen Stufen nur geringe Unterschiede

erkennen. Erst bei den Einkommen über 30500 M. tritt der Unterschied zwischen Ost und West wieder deutlich hervor.

V. Die Einkommensverteilung in den größeren und kleineren Städten.

Wir haben hierbei die kleineren Städte speziell nicht eingehend untersucht, sondern mehr der Frage, ob die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in den größeren oder kleineren Städten besser seien, unsere Aufmerksamkeit zugewandt. Die statistischen Ermittlungen zeigen, daß mit zunehmender Größe der Städte im allgemeinen zugleich der Bruchteil der Bevölkerung mit einem, das sog. Existenzminimum von 900 M. übersteigenden Einkommen in die Höhe geht. Der Bruchteil mit einem wirtschaftlich schon einigermaßen ins Gewicht fallenden Vermögen von über 6000 M. sinkt. Vom Tausend der Bevölkerung haben in den kleineren Landstädten bis zu 2000 Einwohnern nur 125, in den Großstädten von über 100000 Einwohnern 273 Personen, über 900 M. Einkommen; dagegen in kleinen Städten 67, in Großstädten nur 39 über 6000 M. Vermögen. Die Möglichkeit, in den Genuß eines Einkommens von über 900 M. zu gelangen, wächst mit steigender Größenklasse der Städte; je größer eine Stadt ist, um so entwickelter sind Industrie und Handel, die wegen der verhältnismäßig hohen Löhne und Gehälter gerade auf die arbeitsfähigen und erwerbslustigen Volksschichten eine besondere Anziehungskraft auszuüben pflegen. Einigermaßen ausgleichend wirkt eben der Umstand, daß der Gebrauchswert des Geldes in kleineren Städten höher ist als in größeren, wenngleich manches wichtige Lebensbedürfnis in kleineren Orten teurer zu bestreiten ist als in größeren.

Auf der anderen Seite vermindert sich mit wachsender Bewohnerzahl der Städte die Aussicht ein Vermögen von einiger wirtschaftlicher Bedeutung zu erwerben. Ihre innere Ursache hat diese Erscheinung hauptsächlich in dem Umstande, daß in den größeren Städten die Industriearbeiter und die im Handelsgewerbe Angestellten im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung weit zahlreicher als in den kleineren vertreten sind; die Angehörigen dieser großen, von vornherein meist besitzlosen Bevölkerungsschichten vermögen aber nicht leicht von ihrem Arbeitsverdienst ein Vermögen von mehr als 6000 M. zu ersparen, da sie meistens hierzu wegen persönlicher Charaktereigenschaften oder zufolge ihrer Familien-, Lohn- oder sonstigen Verhältnisse außerstande sind. Auch die vermögenslosen, staatlichen Beamten dürften, je größer eine Stadt

ist, um so weniger in der Lage sein, dort irgendwie erhebliche Ersparnisse zum Zwecke der Vermögensbildung zu machen. Hier spielen insbesondere auch die mit der Größe der Städte steigenden Kosten zur Bestreitung des Lebensunterhaltes u. a. mit, die durch erhöhte Gehaltsbezüge nicht vollkommen ausgeglichen sind. Derartige statistische Untersuchungen sind von der preußischen Zentralstelle für das Jahr 1908 unternommen worden und in dem Anhang zur Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, den „Statistischen Monatsberichten" beigefügt.

VI. Die Einkommensverteilung in 8 preußischen Regierungsbezirken hinsichtlich der ländlichen Bevölkerung.

A. Allgemeines.

Wir gehen nunmehr zur Betrachtung der Einkommensverteilung in den ländlichen Bezirken über und knüpfen dabei an eine schon oben gemachte Unterscheidung zwischen Stadt und Land in unserem steuertechnischen und statistischen Sinne an. Wir sagten, daß wir unter „Stadtbevölkerung" die in den Städten wohnende, und unter „Landbevölkerung" die in den Gutsbezirken oder Landgemeinden wohnende Bevölkerung verständen. Bis in die letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts mögen diese Unterscheidungen gleichbedeutend gewesen sein mit in industriellen Betrieben und in landwirtschaftlichen Betrieben tätiger Bevölkerung. Dem ist heute nicht mehr so. Es ist das Land heutzutage teilweise sogar ziemlich stark mit Fabriken besät, die zahlreiche Arbeiter beschäftigen, so im gesamten Westen, in Oberschlesien, in den ländlichen Bezirken um Berlin herum und noch in vielen anderen großen Industriezentren. Auch wohnt in den in der Nähe der Industriestädte gelegenen kleinen Vororten meistens eine sehr erhebliche Arbeiterzahl. Es ist ganz richtig, was Böhmert in seiner Schrift: Die Verteilung des Einkommens in Preußen und Sachsen, auf S. 24 sagt, daß nämlich die großindustrielle Bearbeitung landwirtschaftlicher Produkte sich auf dem Wege aus den Städten nach dem Lande befinde. Wir treffen also bei den folgenden Zahlen oft einen guten Teil industrieller Bevölkerung neben der Landbevölkerung mit an. Wo diese Zersetzung des Landes mit Industriebevölkerung stattgefunden hat, macht sich das auch in den Zahlen ziemlich ersichtlich.

Dann möchte ich zur Beurteilung der Zahlen noch daran erinnern, daß teilweise auf dem Lande in ziemlich ausgedehntem Maße heutzutage noch Naturalwirtschaft herrscht; die es der Landbevölkerung sehr schwierig, ja teilweise unmöglich macht, ihr Einkommen im Geldwerte

einigermaßen auszudrücken. Teilweise läßt auch bei den kleineren und mittleren Betrieben die Rechnungsführung Mängel erkennen. Daher fällt auch der Geldausschlag für Steuerzwecke meistens sehr niedrig aus.

B. Vergleich zwischen den Regierungsbezirken des Ostens und des Westens.

Die folgende Untersuchung soll der Einkommensverteilung der ländlichen Bevölkerung in den einzelnen Regierungsbezirken gelten. Wir haben zu diesem Zwecke 4 im Osten und 4 im Westen der preußischen Monarchie liegende Regierungsbezirke ausgewählt. Frankfurt a. O., Köslin, Posen und Oppeln sollen den Osten vertreten und Stade, Minden, Kassel und Koblenz den Westen. Die Regierungsbezirke sind nicht wahllos herausgegriffen. Es sind hauptsächlich diejenigen gewählt, in denen das landwirtschaftliche Gewerbe eine dominierende Stellung einnimmt, in denen die ländliche Bevölkerung die städtische überragt und in denen sich keine Großstadt befindet. Für die östlichen Regierungsbezirke haben wir fast ausschließlich ländliche Einkommen unserer Betrachtung zugrunde legen können. Im Westen und vereinzelt auch im Osten, so in den Regierungsbezirken Oppeln und Frankfurt a. O. werden in den Zahlen ein gut Teil industrieller Einkommen mit inbegriffen sein.

Wir wollen nunmehr zur Betrachtung der einzelnen Klassen übergehen. Auch hier zeigt es sich, daß im Osten die kleinsten Einkommen unter 900 M. stärker vertreten sind als im Westen. Für die ganze Periode ist in allen Regierungsbezirken erfreulicherweise eine Abnahme der relativen Zensitenzahlen festzustellen. Im Osten ist sogar, so z. B. in den Regierungsbezirken Posen und Oppeln, die Einkommensentwicklung eine sehr schnelle und günstige, während sie in Kassel und Koblenz bei weitem nicht so günstig ist. Relativ wächst das Proletariat im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. in den Jahren 1900—1905, im Regierungsbezirk Coblenz in den Jahren 1895—1900 und im Regierungsbezirk Minden ebenfalls in diesen Jahren. Der Zuwachs ist jedoch überall nicht sehr bedeutend und wird im Endjahre 1910 der Untersuchungsperiode durchgehends durch einen um so schnelleren Rückgang des Proletariats wieder eingeholt. Der Regierungsbezirk Stade steht in den ersten Jahren der Untersuchung am ungünstigsten da, ungünstiger als die östlichen Regierungsbezirke. Erst gegen das Ende der Periode werden die Verhältnisse besser. Der Regierungsbezirk Köslin weist dagegen außerordentlich hohe Zahlen auf, die von den westlichen Regierungsbezirken nur von Koblenz erreicht werden. Am günstigsten ist die Einkommensentwicklung für alle Regierungsbezirke in den letzten 5 Jahren gewesen.

Schärfer und klarer wird das Bild für diese Klasse, wenn wir die prozentualen Zahlen betrachten. Diese Zahlen zeigen, daß sich die Einkommensverteilung für alle Bezirke in dieser Klasse gleichmäßig günstig entwickelt hat. Unter 100 der auf 10000 Einwohner in den einzelnen Bezirken berechneten Zensiten wird im Jahre 1895 am meisten dieses Einkommen bezogen im Regierungsbezirk Posen, dann in Köslin, Frankfurt a. O., Oppeln, Kassel, Minden, Stade und Koblenz. Im Jahre 1910 ist die Reihenfolge dieselbe bis auf Stade und Koblenz, die ihre Plätze gewechselt haben. Wir sehen, daß sich in dieser Reihenfolge deutlich der Unterschied zwischen Ost und West erkennen läßt. Im Westen ist nach diesen Zahlen das Proletariat geringer vertreten als im Osten. Unter 100 der auf 10000 der Bevölkerung berechneten Zensiten beziehen im Regierungsbezirk Posen im Jahre 1895 91,37 und im Jahre 1910 83,66 Zensiten und im Regierungsbezirk Koblenz während dieser Jahre 75,99 und 63,23 Zensiten dieses Einkommen. Nur die Regierungsbezirke Stade und Koblenz, im Jahre 1895 auch Minden, haben weniger Einkommensbezieher, stehen also günstiger da, als der Durchschnitt der gesamten preußischen Landbevölkerung.

Für die nächste Einkommensklasse der Einkommensempfänger mit einem Einkommen von 900—3000 M. läßt sich wiederum eine günstigere Besetzung in den westlichen Regierungsbezirken als in den östlichen feststellen. Sowohl die Relativzahlen, als auch die nach diesen berechneten prozentualen Zahlen lassen einen scharfen Unterschied zwischen Ost und West erkennen. Der Westen hat diesen Umstand wohl hauptsächlich der auch auf dem Lande recht zahlreichen Fabrikbevölkerung zu verdanken. Zugenommen hat die Zensitenzahl für die ganze Periode in allen Regierungsbezirken, von den östlichen am meisten im Regierungsbezirk Oppeln. Hier ist die relative Zensitenzahl am Ende der Periode beinahe noch einmal so groß als am Anfang. Diese günstige Entwicklung drückt sich auch sehr deutlich in den prozentualen Zahlen aus. Von den westlichen Regierungsbezirken sind es vorzüglich Kassel und Stade, die eine günstige Entwicklung aufweisen. Die Zensitenzahl hat sich auch in ihnen beinahe verdoppelt. Wir wollen wiederum für diese Einkommensstufe die Zahlen für den ungünstigsten und günstigsten Regierungsbezirk angeben. Im Jahre 1895 bezogen unter 10000 Einwohnern 236 und im Jahre 1910 381 Zensiten dieses Einkommen im Regierungsbezirk Posen und im Regierungsbezirk Koblenz 700 und 1077 in den entsprechenden Jahren. Die prozentualen Zahlen für die beiden Bezirke sind für das Jahr 1895 Posen 8,08%, Koblenz 22,80% und für das Jahr 1910 15,07% in Posen und Koblenz 34,34%. Eine

Abnahme hat nur während einiger Jahre in den Regierungsbezirken Posen und Köslin stattgefunden. Allein dieselbe ist ganz unwesentlich. Günstiger als der Gesamtdurchschnitt der preußischen Landbevölkerung ist die Einkommensverteilung für diese Klasse nur in den Regierungsbezirken Stade und Koblenz für die gesamte Periode. Im Jahre 1895 weist jedoch auch der Regierungsbezirk Minden vorteilhaftere Ziffern auf.

Während wir wohl in den vorhergehenden Stufen mehr Einkommensbezieher in abhängiger Stellung vorfanden — allerdings wird namentlich an der Obergrenze der vorhergehenden Stufe eine nicht unbedeutende Anzahl der Vertreter des kleineren bäuerlichen Besitzes mit inbegriffen gewesen sein — tritt jetzt in der Einkommensstufe von 3000—6000 M. der kleine und hauptsächlich der mittlere Bauernstand unter der ländlichen Bevölkerung mehr in den Vordergrund. Für diese Klasse stellt sich die Einkommensentwicklung als eine ungemein günstige dar. Namentlich die letzten 5 Jahre unserer Untersuchungsperiode zeigen einen gewaltigen Aufschwung. Eine Abnahme der Relativzahlen konnten wir nur in einem einzelnen Falle feststellen, nämlich im Regierungsbezirk Posen während der Jahre 1900—1905. Sonst ist die Anzahl dieser Einkommensbezieher durchgehends gestiegen. Alle Regierungsbezirke bis auf Minden weisen für das Endjahr unserer Untersuchungsperiode eine doppelt so starke Besetzung auf. Auch in dieser Klasse zeigt sich eine genaue Grenze zwischen Ost und West, wobei durchgehends der Osten eine schwächere Zensitenzahl aufweist als der Westen. Von den östlichen Bezirken hat sich der Regierungsbezirk Köslin, und von den westlichen Stade am günstigsten entwickelt. Wenn wir auch hinsichtlich dieser Klasse eine relativ günstige Entwicklung in der Einkommensverteilung feststellen können, so dürfen wir jedoch an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß fast alle Regierungsbezirke schwächer, ja bedeutend schwächer besetzt sind als der gesamte Durchschnitt des platten Landes in Preußen. Nur der Regierungsbezirk Stade zeigt durchgehends eine stärkere Besetzung als der gesamte Durchschnitt.

In der nun folgenden Einkommensklasse von 6000—9500 M. werden wir vorzüglich den mittleren, bäuerlichen und den gutsituierten bäuerlichen Grundbesitz, wie auch schon einige Teile des Großgrundbesitzes vorfinden. Auch hier ist, wenn auch nicht stets ein Zuwachs, so doch selten eine Abnahme zu verzeichnen. Die relative Zensitenzahl sinkt im Regierungsbezirk Posen in den Jahren 1900—1905 und im Regierungsbezirk Minden in den Jahren 1905—1910. Die Entwicklung ist in dieser Klasse eine bedeutend langsamere als in der vorhergehenden.

Stade allein ist wiederum der einzige Regierungsbezirk, der eine relativ größere Zensitenzahl als der gesamte Durchschnitt des preußischen Staates aufweist. Der Unterschied zwischen Ost und West ist bei diesen Einkommen nicht mehr so ausgeprägt. Der Regierungsbezirk Minden weist sogar weniger Zensiten auf als Frankfurt a. O. Dies ist sicherlich als ein günstiges Zeichen für die Einkommensverhältnisse in den östlichen Regierungsbezirken anzusehen.

Bei der Klasse mit einem Einkommen von 9500—30500 M. ist das Bild demjenigen der vorigen Stufe in mancherlei ähnlich. Einen Rückgang bei den relativen Zensitenzahlen erblicken wir nirgends. Der Aufstieg ist nicht besonders groß. Im Regierungsbezirk Minden bleibt die relative Zensitenzahl während der ganzen Periode die gleiche. Nur der Regierungsbezirk Stade zeigt bedeutend höhere Zahlen. Er ist auch hier der einzige wiederum, der eine größere Zensitenzahl als der Durchschnitt der gesamten preußischen Landbevölkerung aufweist. Wie in der vorigen Klasse läßt sich aus der Reihenfolge der Regierungsbezirke nach der Größenbesetzung keine Unterscheidung zwischen Ost und West ableiten. Es spricht jedoch wenigstens diese Tatsache etwas zugunsten der östlichen Bezirke. Bezeichneten wir die vorhergehende Klasse der Einkommensempfänger als den mittleren und größeren bäuerlichen Grundbesitz, so werden aus den landwirtschaftlichen Betrieben die Einkommen von 9500—30500 M. als die des Großgrundbesitzes zu bezeichnen sein. Wo also dieser Großgrundbesitz besonders stark und zahlreich vertreten ist, müßte sich dies auch in den Zahlen etwas bemerkbar machen. Von unseren Gebieten kämen da in erster Linie die Regierungsbezirke Frankfurt a. O., Köslin und Posen in Betracht. Der Regierungsbezirk Frankfurt a. O. ist ein Teil der Provinz Brandenburg. In dieser Provinz ist etwa die Hälfte des gesamten Grundbesitzes in den Händen des Großgrundbesitzes. Im Regierungsbezirk Köslin bilden Landwirtschaft und Viehzucht — die gewöhnlichen bürgerlichen Erwerbszweige haben hier nur eine untergeordnete Bedeutung — den Haupterwerb. Der Großgrundbesitz beherrscht hier die meisten Verhältnisse des Landes. Ähnlich sieht es im Regierungsbezirk Posen aus. Auch hier bildet die Landwirtschaft den Haupterwerbszweig der Bevölkerung. Die Industrie tritt gegen die Landwirtschaft ganz gewaltig zurück. Die Städte sind meist nur ganz klein. Einige besonders zensitenreiche ländliche Vororte sind seit 1900 der Stadt Posen einverleibt worden. Der Großgrundbesitz ist jedenfalls im Regierungsbezirk Posen fast so stark wie im Regierungsbezirk Köslin vertreten. Dieses besondere Hervortreten des Großgrundbesitzes im wirtschaftlichen Leben in diesen Ge-

bieten müßte sich doch auch irgendwie in unseren Relativzahlen bemerkbar machen. Der Großgrundbesitz verschiebt das Bild jedoch nicht unwesentlich zugunsten des Ostens. Wie schon oben erwähnt, läßt sich aus den Zahlen für diese Stufe allein nicht erkennen. Man muß auch die vorhergehende Stufe der Einkommen von 6000—9500 M. mit in Betracht ziehen. Die Regierungsbezirke Oppeln, Kassel, Minden, Stade und Koblenz zeigen durchgehends während der Untersuchungsperiode in der Einkommensstufe von 9500—30500 M. eine geringere relative Zensitenzahl als in der vorhergehenden. Dies ist bei den anderen 3 Regierungsbezirken Posen, Köslin und Frankfurt a. O. nicht der Fall. Bei den letzten 3 Regierungsbezirken haben sich die Einkommen von 9500—30500 M. bedeutend stärker und schneller entwickelt als die von 6000—9500 M. Aus dieser Erscheinung möchten wir auch in unseren Zahlen das Hervortreten des Großgrundbesitzes ablesen. Gewiß, auch die übrigen 5 Regierungsbezirke, die wir untersucht haben, haben einen bedeutenden Großgrundbesitz und sogar noch Großindustrielle auf dem Lande die ein derartiges Einkommen beziehen. Im Regierungsbezirk Minden steht auch unter den Nahrungszweigen die Landwirtschaft mit obenan. Der wohlhabende und reiche Bauernstand ist sogar hier verhältnismäßig zahlreicher vertreten als in anderen preußischen Gebieten. Allein ein so scharfes Hervortreten des Großgrundbesitzes gegenüber den anderen Grundbesitzern und Einkommensbeziehern wie in den oben genannten 3 Regierungsbezirken finden wir sonst fast nirgends auf dem Lande. Diese Tatsache drückt sich auch in unseren Zahlen aus, wie wir oben sahen.

Die ländlichen Einkommen über 30500 M. sind zu wenig zahlreich, um sie einer näheren statistischen Betrachtung zu unterziehen.

Wir sind somit zum Schluß unserer statistischen Betrachtungen gekommen. Eine eingehendere Betrachtung der ländlichen Bevölkerung nach Kreisen ist nicht möglich. Nach dieser Richtung sind die Tabellen nicht ausgearbeitet. Eine derartig spezielle Behandlung kleiner Wirtschaftsgebiete würde für den Statistiker keinen besonders hohen Wert haben. Man würde dadurch nur eine größere Anzahl Bilder von Einkommensverteilungen in kleineren Gebieten erhalten. Durch die sich daraus ergebenden Verschiedenheiten würde der Blick für das Allgemeinere, das Typische in den statistischen Erscheinungen getrübt. Man würde oft versucht sein zu gewagten Erklärungen dieser Verhältnisse in den kleineren Gebieten zu schreiten. Aus demselben Grunde haben wir eine speziellere Betrachtung der Einkommensverteilung in einigen kleineren Städten der preußischen Monarchie unterlassen.

Schluß.

Das Verhältnis von Geldeinkommen- und Unterhaltsmittelpreisbewegung, bzw. Realeinkommenbewegung in den Jahren 1895—1910.

Wenn wir die Einkommensverteilung nochmals kurz während der ganzen Untersuchungsperiode überblicken, so können wir wohl mit Recht sagen, daß das Bild, das wir aus derselben für die preußische Monarchie gewonnen haben, nicht als ein ungünstiges anzusprechen ist, ja wir können sagen, daß ein gewaltiger Aufschwung stattgefunden hat. Der Rückgang der Zahl der Zensiten in den unteren Klassen der Bevölkerung, der sich für alle Wirtschaftsgebiete feststellen läßt, beweist, daß der Segen der Entwicklung ganz besonders sich auf die unteren Klassen erstreckt hat. Sowohl Stadt als auch Land haben an dieser günstigen Entwicklung teilgenommen. Aber auch die mittleren Einkommen haben mit der Vermehrung der Bevölkerung gleichen Schritt gehalten. Dort, wo sie sich den unteren Klassen nähern, läßt sich sogar ein relativ starker Fortschritt feststellen. An ein Verschwinden des Mittelstandes, eine Erweiterung der Kluft zwischen Arm und Reich ist im allgemeinen nach unseren Untersuchungen nicht zu denken. Der Aufstieg von den unteren zu den oberen Klassen ist zu keiner Zeit ein so leichter gewesen wie heutzutage. Auch die größten Einkommen haben zugenommen, in einigen Gebieten mehr als in anderen. Für alle Klassen der Bevölkerung läßt sich ein ziemlich gleichmäßiges Aufsteigen in höhere Stufen feststellen. Von einer irgendwie ungünstigen Tendenz nach diesen Zahlen kann keine Rede sein.

Namentlich war es uns darum zu tun, der Ansicht Adolf Wagners[1]) entgegenzutreten, der meint, daß zwar die Einkommen in Deutschland

[1]) „Zur Methodik der Statistik des Volkseinkommens und Volksvermögens", Zeitschrift des Kgl. Preuß. statistischen Bureaus. 1904. Abt. 2, Kap. 13, S. 85ff.

im letzten Menschenalter allgemein gestiegen sind, auch in den unteren Klassen, daß sie aber weitaus am stärksten in der obersten Schicht bei den großen Einkommen und Vermögen gestiegen sind, und daß sie weitaus am wenigsten in der mittleren Schicht, beim Mittelstande, gestiegen sind. Bei diesem läge ein relativer Einkommensrückgang vor. Wir sagten schon oben, daß Wagner mit durch die von ihm eingeschlagene einkommensteuerstatistische Betrachtungsweise zu dieser Ansicht gekommen ist.

Alle Untersuchungen, die wir angestellt haben, gehen vom Geld- oder Nominaleinkommen aus, während wir auf das Realeinkommen nicht eingegangen sind. Gerade diese Seite des Einkommens ist für die einzelne Person bzw. den Haushalt bei weitem die wichtigste. Das Einkommen hat als Konsumtionsfond die größte Bedeutung für den wirtschaftlichen Menschen. Der Geldausdruck des Einkommens gibt nur dann eine genügende Auskunft, wenn der Geldwert, d. h. die Kaufkraft feststeht.

Nur ganz grob haben wir angedeutet, daß im Osten, auf dem Lande, in landwirtschaftlichen Gegenden, der Geldwert ein höherer ist als im Westen, in der Stadt und in industriellen Gegenden, ferner daß z. B. bei fortschreitender Verbesserung der Kommunikationsmittel der Geldwert sinkt. Nähere spezielle Untersuchungen hierüber fallen nicht in den Rahmen der uns gestellten Aufgaben. Wir wollen uns an den Gesamtstaat halten. Über die wichtigste Funktion des Einkommens, seiner Bestimmung als Konsumtionsfond, gibt uns, wie wir eben sagten, das Geldeinkommen allein keine Auskunft. Hier müssen wir die Einkommensteuerstatistik ergänzen durch Angabe der Preise der Konsumtionsgegenstände. Eine sehr eingehende Beurteilung der Konsumtionskraft ermöglicht ferner auch die Haushaltstatistik. Wir hatten eben gesagt, daß wir bei der Vergleichung des Geld- und Realeinkommens nur den gesamten Staat betrachten wollen. Zu diesem Zwecke müssen wir das Durchschnittseinkommen eines physischen Zensiten oder einer physischen Person für unsere Untersuchungsperiode, die Jahre 1895—1910 festzustellen suchen. Das Durchschnittseinkommen der physischen Zensiten betrug im Jahre 1895 882 M. und im Jahre 1910 1193 M. Die Steigerung beträgt also 35%. Das Durchschnittseinkommen der physischen Personen hat sich von 322 M. im Jahre 1895 auf 458 M. im Jahre 1910, also um 43% vermehrt.

Dazu möchten wir noch bemerken, daß wir das Gesamteinkommen der Einkommenssteuerfreien durch Multiplikation der Zahlen der Einzelsteuernden bzw. Haushaltungsvorstände mit 450 M. und das Einkommen

der Freigestellten durch Multiplikation ihrer Zensitenzahl mit 900 M. festzustellen versucht haben. Die Zahlen 450 und 900 sind von der amtlichen Statistik als Durchschnittseinkommen dieser Einkommensbezieher angenommen worden. Dadurch kommt aber nicht zum Ausdruck, daß das Einkommen dieser Personen in den 15 Jahren unserer Untersuchungsperiode auch gestiegen ist und sicherlich wird es bedeutend mehr als die oben gefundenen 35 bzw. 43% gestiegen sein.

Einigen Aufschluß über die Angaben derartiger Einkommensbezieher können wir aus der Lohnstatistik erhalten.

Im Jahre 1895 betrug der Jahresverdienst eines oberschlesischen unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiters 740 M. und eines über Tage beschäftigten Arbeiters 634 M. Im Jahre 1910 betrugen dieselben Arbeitslöhne 1063 M. und 907 M. Es hat also eine Steigerung bei beiden um 43% stattgefunden. Der Durchschnittsverdienst im Braunkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks Halle betrug für eben dieselben Kategorien der Bergarbeiter im Jahre 1895 853 M. und 702 M. und im Jahre 1910 1219 M. und 1017 M. Die Steigerung beträgt also hier 43% resp. 45%. Von diesen Löhnen sind alle Nebenkosten, wie z. B. Versicherungsbeiträge, Arbeitszeug, Gezähe und Geleuchte abgezogen. Ebenfalls sind die den Arbeitern gewährten wirtschaftlichen Beihilfen, wie Ackerland, Wohnung usw. nicht in Anrechnung gebracht. Die Schichtlöhne der Bergarbeiter im Ruhrbezirk betrugen im Jahre 1895 3,68 M. und im Jahre 1910 5,45 M., die Steigerung betrug 48%. Im Saarbezirk wurden 1895 3,70 M. und 1910 4,55 M. als Schichtlohn gezahlt. Die Löhne stiegen hier also nur um 23%. Die Zahlen sind, und das ist die Hauptsache, als exakt anzusehen, da sie teils Staatswerken entstammen, teils von Aktiengesellschaften und Gewerkschaften, die gesetzlich zur genaueren Angabe verpflichtet sind, geliefert wurden.

Der durchschnittliche Tagesverdienst eines Arbeiters, der Gehilfen-, Hilfsbedientesten oder Arbeiterklasse bei der preußischen Staatsbahn hob sich in den Jahren 1895—1910 von 2,39 M. auf 3,29 M., stieg also um 37%.

Nach dieser Betrachtung des Durchschnittsgeldeinkommens wollen wir zur Betrachtung des Realeinkommens übergehen. Wenn wir uns bei der Einkommensteuerstatistik wegen der ihr anhaftenden Mängel, wie wir oben sahen, auf nicht sehr sicherem Boden befanden, so erhalten wir durch die Konsumtions- resp. Haushaltsstatistik nur mit äußerster Vorsicht für das Realeinkommen zu bewertende Zahlen.

Eine exakte statistische Erfassung des Realeinkommens ist unmöglich. Dieser stehen unlösbare Schwierigkeiten entgegen. Einmal

sind es die Einkommensverhältnisse, Größe und Alter der einzelnen Familie, dann die ganze soziale Stellung, die auf die Art des Konsums bei gleichem Nominaleinkommen einwirken. Ein bessergestellter Arbeiter, der das gleiche Nominaleinkommen hat, wie ein junger nichts oder weniger besitzender Angehöriger der gelehrten Berufe, wird ein ganz verschiedenes Realeinkommen wie jener haben. Letzterer wird seinen Konsum ersteren gegenüber an Nahrungs- und Genußmitteln zugunsten Wohnung und Kleidung bedeutend einschränken.

Die Schätzungs- bzw. Annäherungswerte für das Realeinkommen kann man nur zu finden versuchen mit Hilfe der Preise aus der Konsumsstatistik. Und da ist hauptsächlich die Konsumtion zu betrachten, die sich auf die für den Haushalt durchaus notwendigen Lebensunterhaltsmittel beschränkt. Je kleiner das Einkommen eines Menschen ist, um so mehr ist er genötigt, nur auf die Befriedigung dieser Bedürfnisse zu sehen. Mit der Vergrößerung des Einkommens vervielfältigen und verfeinern sich die Bedürfnisse mehr und mehr. Bei großem Einkommen erstreckt sich die Konsumtion gar nicht mehr in der Hauptsache auf Bedürfnisse, sondern auf direkte Begehrungen, wie sie Luxus, Mode, Herkommen und Standesmäßigkeit zeitigen. Aber auch schon bei mäßigen Einkommen finden wir oft einen höheren Aufwand für die äußere Lebenshaltung wie ihn eben die gesellschaftliche oder amtliche Stellung mit sich bringt.

Eine ziemlich genaue Einsicht in den privatwirtschaftlichen Konsum hat uns die „Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich", bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amt zu Berlin 1909, gebracht. Hiernach ergreift bei diesen Einkommen die privatwirtschaftliche Konsumtion in erster Linie die Nahrungsmittel, Wohnung, Kleidung, Heizung, Beleuchtung und Sonstiges. Unter letzterem versteht die Statistik z. B. die Ausgaben für Steuern, Gesundheitspflege, Unterricht usw.

Zunächst wollen wir die Durchschnittspreise der in einem Haushalte notwendigsten Nahrungsmittel heranziehen. Wir werden uns dabei hauptsächlich auf den gesamten preußischen Staat beschränken. Uns interessiert das Steigen resp. Fallen der betreffenden Preise in unserer Untersuchungsperiode. Bei der Betrachtung der Warenpreise ist jedoch noch zu bedenken, daß sie niemals gleichmäßig steigen und fallen, sondern die einen steigen, während die anderen fallen und die einen immer in einem anderen Grade und Tempo als die anderen.

Die Kaffeepreise sind seit 1895 stark zurückgegangen. Danach waren die Großhandelspreise für „Santos-Kaffee regulär" in Hamburg für 100 kg im Jahre 1895 157,3 M. und im Jahre 1909 80,3 M. Sie sind also

um 51% zurückgegangen. Bei den übrigen Nahrungsmittelpreisen, die wir unserer Betrachtung unterzogen haben, können wir überall eine Preissteigerung konstatieren.

Im preußischen Staate wurden 1895 für 1000 kg Linsen 391 M. und 1910 für dasselbe Quantum 420 M. gezahlt. Die Steigerung betrug also hier 7%.

Ein Doppelzentner geschälter Rangoon-Reis stieg nach den in Bremen erfolgten Notierungen von 20 M. im Jahre 1895 auf 21,7 M. im Jahre 1909, also um 8% in dieser Zeit.

Für inländisches Schweineschmalz wurde in Preußen im Jahre 1895 das Kilogramm mit 1,59 M. und 1910 mit 1,87 M. bezahlt. Der Preis erhöhte sich also um 18%.

Ein Doppelzentner Rohzucker ohne Sack wurde in Magdeburg 1895 mit 19,9 M. und 1910 mit 24,6 M. bezahlt. Die Steigerung betrug hier 24%.

Um den gleichen Prozentsatz erhöhte sich der Prozentsatz für Roggen. 1000 kg kosten in Preußen im Jahre 1895 121 M. und 1910 140 M.

Es haben sich ferner zwischen 1895 und 1910 im preußischen Staate die Kilogrammpreise für Roggenmehl von 22 auf 29 Pfg. oder um 32% und für Weizenmehl von 26 auf 37 Pfg. oder um 42% erhöht.

Die Kleinhandelspreise für Rindfleisch haben sich für das Kilogramm von 126 auf 159 Pfg., also um 26%, für Schweinefleisch von 126 auf 162 Pfg. oder um 28%, für Hammelfleisch von 122 auf 170 Pfg. oder um 39% und endlich für Kalbfleisch von 121 auf 178 Pfg. oder um 47% erhöht.

Die Durchschnittspreise für 1 Schock Eier betrugen im Jahre 1895 3,56 M. und 1910 4,75 M. Sie stiegen also um 28%. Das Kilogramm Eßbutter kostete 1895 2,07 M. und 1910 2,76 M. Die Steigerung betrug demnach 29%.

1000 kg Weizen wurden im Jahre 1895 in Preußen mit 140 M. und 1910 mit 204 M. bezahlt. Die Preissteigerung war hier 46%.

Es haben sich ferner zwischen 1895 und 1909 im Durchschnitt die 100 Kilogrammpreise des Berliner Großhandels für Roggenbrot von 20,63 M. auf 30,21 M. oder um 48% und für Weizenbrot von 34,51 M. auf 54,20 M. oder 57% erhöht. — Diese Preise zeigen in unserer Untersuchungsperiode fast durchgehends eine größere Steigerung, doch können wir nicht mit Sicherheit aus ihnen auf eine größere oder geringere Steigerung der gesamten Nahrungsmittel als die 35 resp. 43%ige Steigerung unseres Durchschnittsgeldeinkommens schließen. Fast möchte es scheinen,

daß das Realeinkommen nach dieser Richtung das Nominaleinkommen erreicht resp. sogar überragt, oder mit anderen Worten, daß Real- und Nominaleinkommen gleich geblieben sind nach ihrem Werte in der Periode resp. daß eine Erhöhung des Realeinkommens nicht stattgefunden hat, sondern eher das Gegenteil.

Nach meiner Ansicht hat jedoch eine Erhöhung des Realeinkommens stattgefunden, um wieviel, diese Frage zu beantworten halte ich nicht für möglich. Man muß eben bei der größeren prozentualen Steigerung der Nahrungsmittelpreise bedenken, daß die 35 resp. 43%, die wir für die Steigerung der Geldeinkommen herausgebracht haben, sicherlich bedeutend zu niedrig angesetzt sind, einesteils wegen des Außerachtlassens der Steigerung der großen Menge der Einkommensbezieher unter 900 M. und der Freigestellten, andererseits wegen des Außerachtlassens der allgemeinen Steuerhinterziehungsquote.

Selbstverständlich verschließen wir uns nicht dabei der Ansicht, daß die Nahrungsmittel teurer geworden sind. Bei diesen im Preis gestiegenen Lebensmitteln, die hauptsächlich aus der Landwirtschaft hervorgegangen sind, möchte ich noch folgende statistische Daten beifügen. Die land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung des Deutschen Reiches ist vom Jahre 1882 über 1895 bis 1907 derart absolut und relativ eingeschränkt worden, daß sie von 19,22 Millionen über 18,5 bis auf 17,68 Millionen reduziert wurde und demnach statt ursprünglich 42,5% nur noch 35,8 und 28,6% der gesamten Reichsbevölkerung ausgemacht hat. In diesen Zahlen spricht sich der vielleicht in seiner Größe einzig dastehende Vorgang der Industriealisierung der Massen aus, der bis zum Jahre 1910 auf keinen Fall nachgelassen hat, wofür das Anschwellen der Großstadtziffern nach Maßgabe der am 1. Dezember 1910 erfolgten Volkszählung Beweise genug liefert.

Hiermit wollen wir das Gebiet der Nahrungsmittel verlassen. Wir haben gefunden, daß wir zwecks Gewinnung von Resultaten für das Realeinkommen mit großen Schwierigkeiten zu tun hatten. Noch unsicherer wird die Preisbeobachtung auf dem Gebiete von Kleidung und Wäsche. Über die Preisveränderungen hier liegt überhaupt kein gedrucktes Material amtlicher oder privater Natur vor. Auf mündliche Mitteilungen hin allein sich irgendwelches Urteil über die Preise zu bilden, ist zu unsicher. Was Heizung und Beleuchtung anbelangt, so spielen dieselben in dem privatwirtschaftlichen Haushalte doch nicht annähernd die Rolle wie Nahrungsmittel und sind auch hier Preissteigerungen für den privatwirtschaftlichen Bedarf festzustellen, nicht von so großer Wichtigkeit.

Was nun die Wohnungs- und Mietpreise anbelangt, so ist es auch hier schwierig, den Preisveränderungen nachzugehen. Statistisches Material liegt nur für städtische Bezirke resp. Großstädte vor.

Im allgemeinen ist nach dem Urteil Eberstadts der Mietpreis für kleine Wohnungen in Deutschland verhältnismäßig höher als für große. Jedenfalls steht auch das fest, daß es in Deutschland an vielen Orten an einer genügenden Anzahl kleiner, guter und dabei hinreichend billiger Wohnungen fehlt.

Wir wollen doch noch einige statistische Angaben über Preisveränderungen hinzufügen. So sind in Frankfurt a. M. in den Jahren 1890 bis 1900 20% aller Wohnungen um 13% gestiegen. In Breslau hat sich nach den Angaben von Dr. Klara Perls[1]) der durchschnittliche Mietwert für ein heizbares Zimmer in den Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer zwischen 1895 und 1905 um 18%, in denen mit 2 heizbaren Zimmern um 19%, in denen mit 3 heizbaren Zimmern um 9%, in denen mit 4 heizbaren Zimmern um 8%, in denen mit 5 heizbaren Zimmern ebenfalls um 8%, in denen mit 6 heizbaren Zimmern um 7%, in denen mit 7 heizbaren Zimmern um 10%, in denen mit 8 und mehr heizbaren Zimmern um 9% und im Durchschnitt aller Wohnungen um 13% vermehrt.

Der Durchschnittspreis einer Mietwohnung ohne Geschäftslokal betrug in Halle a. S. im Jahre 1890 251 M., 1895 265 M., 1900 265 M. und 1908 312 M. Die Durchschnittspreissteigerung einer Mietwohnung ohne Geschäftslokal betrug demnach von 1890—1900 5,6%, von 1900 bis 1908 17,7% und von 1890—1908 24,3%.

Der durchschnittliche Mietpreis für ein heizbares Zimmer einer Wohnung in Halle a. S. im Jahre 1895 = 100 gesetzt, beträgt

	1900	1908
Keller	98	97 M.
Erdgeschoß	95	101 „
1. Stock bzw. 1. Treppe	98	107 „
2. Stock bzw. 2 Treppen	100	107 „
3. Stock bzw. 3 Treppen	103	111 „
4. Stock bzw. 4 Treppen	111	117 „
Überhaupt	100	115 „

Gewiß wird man sich der Ansicht, daß betreffs des Wohnungswesens für die kleineren Einkommensbezieher noch manches gegen die Wohnungs-

[1]) Die Einkommenentwicklung in Preußen seit 1896. Berlin 1911. S. 219f. (Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus. Berlin 1904.)

not zu tun und daß alles nicht überall in schönster Ordnung sei, nicht verschließen können. Wohl muß man aber auch auf der anderen Seite anerkennen, daß ein riesiger Fortschritt in den letzten Jahrzehnten auf diesem Gebiete zu verzeichnen ist. Die Beobachtung der Bauten in unseren Großstädten läßt erkennen, daß immer wieder die Zahl derjenigen zugenommen hat, die auf eine bessere Wohnung Anspruch erheben wollen.

Man kann wohl sagen, daß nach den ganzen Beobachtungen hin sich die Lebensführung auch der „arbeitenden" Klassen einesteils infolge der gestiegenen Löhne, anderenteils infolge des Sinkens des Preisniveaus gewöhnlicher Bedarfsartikel — ich meine besonders billige industrielle Erzeugnisse — gegen früher gehoben hat.

Es waren zumeist nur Einblicke in den allgemeinen Gang der Einkommensentwicklung und gleichfalls nur kurze Beobachtungen der Entwicklung des Realeinkommens, die wir nehmen konnten. Wir sind uns wohl bewußt, keine erschöpfende Darstellung der Einkommensverhältnisse nach der Einkommensverteilung im preußischen Staate gebracht zu haben.

Vorstehende Arbeit hat zu dem bereits vorliegenden Material nur einen Beitrag zur Einkommensverteilung nach der Einkommenssteuerstatistik unter Berücksichtigung einer ganz bestimmten Methode liefern wollen, wobei wir hauptsächlich unser Augenmerk auf die neuere Zeit richteten.

Anhang.

Tabelle I.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Preußen.

in den Einkommenstufen	1895		1900		1905		1910	
	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
A. Ganzer Staat.								
unter 900	2757	76,54	2630	72,29	2438	66,76	2095	56,79
900— 3000	740	20,54	885	24,33	1075	29,44	1414	38,33
3000— 6000	69	1,91	79	2,17	91	2,49	125	3,39
6000— 9500	18	0,50	21	0,58	24	0,65	26	0,70
9500—30500	15	0,42	18	0,49	19	0,52	23	0,62
über 30500	3	0,08	5	0,14	5	0,14	6	0,17
zusammen:	3602	100,00	3638	100,00	3652	100,—	3689	100,—
über 900:	845	23,46	1008	27,71	1214	33,24	1594	43,21
B. Städte.								
unter 900	2944	70,38	2800	65,97	2470	58,78	2086	49,03
900— 3000	1041	24,89	1220	28,75	1494	35,55	1879	44,16
3000— 6000	124	2,96	138	3,25	150	3,57	193	4,53
6000— 9500	36	0,86	41	0,97	43	1,02	46	1,05
9500—30500	31	0,74	36	0,85	36	0,86	41	0,96
über 30500	7	0,17	9	0,21	9	0,21	10	0,23
zusammen:	4183	100,—	4244	100,—	4202	100,—	4255	100,—
über 900:	1239	29,62	1444	34,01	1732	41,22	2169	50,97
C. Plattes Land.								
unter 900	2632	81,97	2504	78,52	2412	75,40	2102	65,93
900— 3000	537	16,72	635	19,91	729	22,79	1003	31,46
3000— 6000	31	0,96	37	1,16	42	1,31	65	2,04
6000— 9500	6	0,19	7	0,22	8	0,25	9	0,29
9500—30500	4	0,12	5	0,16	6	0,19	7	0,22
über 30500	1	0,03	1	0,03	2	0,06	2	0,06
zusammen:	3211	100,—	3189	100,—	3199	100,—	3188	100,—
über 900:	579	18,03	685	21,48	787	24,60	1086	34,07

Tabelle II.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Ostpreußen.

in den Einkommenstufen	1895 auf 10 000 Einw.	1895 %	1900 auf 10 000 Einw.	1900 %	1905 auf 10 000 Einw.	1905 %	1910 auf 10 000 Einw.	1910 %
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ostpreußen: Stadt und Land.								
unter 900	2980	87,42	2874	85,94	2801	84,70	2650	79,32
900— 3000	370	10,85	401	11,99	431	13,03	581	17,39
3000— 6000	42	1,23	47	1,41	52	1,57	81	2,42
6000— 9500	10	0,29	12	0,36	13	0,39	16	0,48
9500—30500	6	0,18	8	0,24	9	0,27	11	0,33
über 30500	1	0,03	2	0,06	1	0,03	2	0,06
zusammen:	3409	100,—	3344	100,—	3307	100,—	3341	100,—
über 900:	429	12,58	470	14,06	506	15,30	691	20,68
Ostpreußen — Land.								
unter 900	2765	90,51	2653	89,42	2641	88,98	2576	86,36
900— 3000	268	8,77	289	9,74	299	10,08	361	12,10
3000— 6000	17	0,56	19	0,64	21	0,71	37	1,24
6000— 9500	3	0,10	3	0,10	4	0,13	5	0,17
9500—30500	2	0,07	2	0,07	2	0,07	3	0,10
über 30500	1	0,03	1	0,04	1	0,03	1	0,03
zusammen:	3056	100,—	2967	100,—	2968	100,—	2983	100,—
über 900:	291	9,50	314	10,58	327	11,02	407	13,64

Tabelle III.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Rheinland.

Rheinprovinz, Stadt und Land.								
unter 900	2526	71,30	2358	64,62	2085	57,79	1686	46,07
900— 3000	904	25,52	1155	31,65	1377	38,17	1792	48,96
3000— 6000	73	2,06	87	2,38	96	2,66	129	3,52
6000— 9500	19	0,53	23	0,63	24	0,66	23	0,63
9500—30500	17	0,48	20	0,55	21	0,58	23	0,63
über 30500	4	0,11	6	0,16	5	0,14	7	0,19
zusammen:	3543	100,—	3649	100,—	3608	100,—	3660	100,—
über 900:	1017	28,70	1291	35,38	1523	42,21	1974	53,93
Rheinprovinz — Land.								
unter 900	2395	74,10	2283	68,85	2143	64,82	1762	53,80
900— 3000	794	24,57	976	29,43	1099	33,24	1429	43,63
3000— 6000	32	0,99	43	1,30	48	1,45	67	2,05
6000— 9500	6	0,19	8	0,24	9	0,27	9	0,28
9500—30500	4	0,12	5	0,15	5	0,15	6	0,18
über 30500	1	0,03	1	0,03	1	0,03	1	0,03
zusammen	3232	100,—	3316	100,—	3305	100,—	3274	100,—
über 900:	837	25,90	1033	31,15	1162	35,18	1512	46,18

Tabelle IV.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der Provinz Sachsen.

in den Einkommenstufen	1895		1900		1905		1910	
	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Sachsen, Stadt und Land.								
unter 900	2707	76,23	2560	71,91	2403	67,67	2095	57,86
900— 3000	725	20,41	866	24,33	1004	28,27	1342	37,06
3000— 6000	79	2,23	89	2,50	98	2,76	135	3,73
6000— 9500	21	0,59	23	0,65	23	0,65	22	0,61
9500—30500	16	0,45	18	0,50	19	0,53	22	0,61
über 30500	3	0,09	4	0,10	4	0,11	5	0,14
zusammen:	3551	100,—	3560	100,—	3551	100,—	3621	100,—
über 900:	844	23,77	1000	28,09	1148	32,32	1526	42,14
Sachsen — Land.								
unter 900	2651	81,02	2573	78,25	2489	75,15	2144	64,29
900— 3000	549	16,78	643	19,56	748	22,58	1090	32,68
3000— 6000	48	1,46	51	1,55	55	1,66	77	2,31
6000— 9500	14	0,43	11	0,33	11	0,33	11	0,32
9500—30500	8	0,24	8	0,24	7	0,21	10	0,30
über 30500	2	0,06	2	0,06	2	0,06	3	0,09
zusammen:	3272	100,—	3288	100,—	3312	100,—	3335	100,—
über 900:	621	18,98	715	21,75	823	24,85	1191	35,71

Tabelle V.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Berlin, Charlottenburg, Regierungsbezirk Potsdam.

Stadt Berlin.								
unter 900	3423	62,87	3123	58,24	2674	48,17	2475	43,20
900— 3000	1759	32,31	1961	36,57	2585	46,57	2935	51,23
3000— 6000	138	2,53	150	2,80	167	3,01	202	3,53
6000— 9500	53	0,97	53	0,99	54	0,97	50	0,87
9500—30500	56	1,00	57	1,06	53	0,95	51	0,89
über 30500	16	0,30	18	0,34	18	0,33	17	0,30
zusammen:	5445	100,—	5362	100,—	5551	100,—	5730	100,—
über 900:	2022	37,13	2239	41,76	2877	51,83	3255	56,81
Stadt Charlottenburg.								
unter 900	2127	53,08	2523	54,90	2144	44,34	1931	37,12
900— 3000	1481	36,96	1548	33,67	2089	43,21	2530	48,64
3000— 6000	182	4,54	240	5,22	278	5,76	397	7,63
6000— 9500	89	2,22	102	2,21	117	2,42	106	2,04
9500—30500	105	2,60	146	3,18	158	3,27	174	3,35
über 30500	23	0,57	37	0,81	49	1,00	64	1,24
zusammen:	4007	100,—	4596	100,—	4835	100,—	5202	100,—
über 900:	1880	46,92	2073	45,10	2691	55,66	3271	62,88

in den Einkommenstufen	1895 auf 10 000 Einw.	1895 %	1900 auf 10 000 Einw.	1900 %	1905 auf 10 000 Einw.	1905 %	1910 auf 10 000 Einw.	1910 %
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Potsdam, Regierungsbezirk.								
unter 900	2696	72,18	2629	67,05	2395	58,10	1983	45,24
900— 3000	917	24,55	1106	28,21	1474	35,76	2040	46,54
3000— 6000	88	2,36	1100	2,81	149	3,62	237	5,41
6000— 9500	9	0,24	37	0,94	49	1,19	49	1,11
9500—30500	21	0,56	32	0,82	45	1,09	59	1,35
über 30500	4	0,11	7	0,18	10	0,24	15	0,34
zusammen:	3735	100,—	3911	100,—	4122	100,—	4383	100,—
über 900:	1039	27,82	1292	32,95	1727	41,90	2400	54,76

Tabelle VI.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Königsberg i. Pr.

unter 900	4098	81,57	3901	79,40	3529	76,17	2807	63,36
900— 3000	710	14,13	768	15,63	851	18,37	1325	29,91
3000— 6000	131	2,61	143	2,91	152	3,28	193	4,36
6000— 9500	45	0,90	49	1,00	53	1,14	52	1,17
9500—30500	33	0,66	43	0,86	44	0,95	45	1,05
über 30500	6	0,12	9	0,18	7	0,15	8	0,18
zusammen:	5023	100,—	4913	100,—	4636	100,—	4430	100,—
über 900:	925	18,43	1012	20,60	1107	23,83	1623	36,64

Tabelle VII.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Danzig.

unter 900	3347	80,13	3452	77,69	3137	73,79	2589	61,41
900— 3000	632	15,13	767	17,26	884	20,80	1347	31,95
3000— 6000	123	2,95	140	3,15	150	3,53	192	4,35
6000— 9500	41	0,98	44	0,99	41	0,96	47	1,12
9500—30500	31	0,74	33	0,74	34	0,79	35	0,83
über 30500	3	0,07	6	0,14	5	0,12	6	0,14
zusammen:	4177	100,—	4442	100,—	4251	100,—	4216	100,00
über 900:	830	19,87	990	22,31	1114	26,21	1627	38,59

Tabelle VIII.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Stettin.

unter 900	2990	69,88	2504	65,43	2634	65,12	2487	57,13
900— 3000	1013	23,67	1074	28,06	1155	28,55	1581	36,32
3000— 6000	157	3,67	148	3,87	166	4,10	192	4,41
6000— 9500	56	1,31	45	1,18	42	1,04	44	1,01
9500—30500	53	1,24	45	1,18	40	0,99	41	0,94
über 30500	9	0,21	9	0,35	8	0,20	7	0,16
zusammen:	4278	100,—	3825	100,—	4045	100,—	4352	100,—
über 900:	1288	30,12	1321	34,57	1411	34,88	1865	42,87

Tabelle IX.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Breslau.

in den Einkommenstufen	1895		1900		1905		1910	
	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
unter 900	3543	76,52	3465	74,45	3199	70,40	2776	59,80
900— 3000	853	18,42	924	19,85	1052	23,15	1518	32,70
3000— 6000	145	3,13	154	3,31	176	3,87	224	4,83
6000— 9500	44	0,95	51	1,10	53	1,17	54	1,16
9500—30500	37	0,80	48	1,03	52	1,14	56	1,21
über 30500	8	0,17	12	0,26	12	0,26	14	0,30
zusammen:	4630	100,—	4653	100,—	4544	100,—	4642	100,—
über 900:	1087	23,48	1189	25,55	1345	29,60	1866	40,20

Tabelle X.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Düsseldorf.

unter 900	2422	67,45	2260	55,68	966	27,30	800	21,54
900— 3000	945	26,32	1537	37,87	2286	64,60	2561	68,96
3000— 6000	125	3,48	150	3,70	166	4,69	228	6,14
6000— 9500	42	1,17	45	1,10	52	1,47	55	1,48
9500—30500	43	1,20	50	1,23	53	1,50	53	1,43
über 30500	12	0,33	16	0,39	16	0,45	17	0,46
zusammen	3589	100,—	4058	100,—	3539	100,—	3714	100,—
über 900:	1167	32,55	1798	44,31	2573	72,70	2914	78,46

Tabelle XI.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Elberfeld.

unter 900	2443	69,88	2753	64,52	1968	47,59	1591	38,04
900— 3000	856	24,49	1284	30,09	1906	46,09	2292	54,81
3000— 6000	119	3,40	139	3,26	156	3,77	194	4,64
6000— 9500	34	0,97	38	0,89	41	0,99	43	1,03
9500—30500	33	0,97	39	0,91	48	1,13	45	1,11
über 30500	11	0,31	14	0,33	16	0,39	17	0,41
zusammen:	3496	100,—	4267	100,—	4135	100,—	4182	100,—
über 900:	1053	30,12	1514	35,48	2167	52,41	2591	61,96

Tabelle XII.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Köln a. Rh.

unter 900	2874	63,50	2867	63,04	2408	56,46	2170	47,13
900— 3000	1410	31,15	1410	31,00	1535	35,99	2079	45,16
3000— 6000	145	3,21	159	3,50	203	4,76	236	5,13
6000— 9500	44	0,97	48	1,06	54	1,27	53	1,15
9500—30500	42	0,93	49	1,12	51	1,20	51	1,11
über 30500	11	0,24	15	0,33	14	0,33	15	0,33
zusammen:	4526	100,—	4548	100,—	4265	100,—	4604	100,—
über 900:	1652	36,50	1681	36,96	1857	43,54	2434	52,87

Tabelle XIII.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Frankfurt a. M.

in den Einkommenstufen	1895		1900		1905		1910	
	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
unter 900	3500	67,13	3641	67,90	2240	46,68	1752	38,40
900— 3000	1223	23,46	1263	23,55	2090	43,55	2328	51,03
3000— 6000	263	5,04	240	4,48	253	5,27	282	6,18
6000— 9500	89	1,71	85	1,59	86	1,79	77	1,69
9500—30500	106	2,03	96	1,79	94	1,96	87	1,96
über 30500	35	0,67	37	0,69	35	0,73	33	0,72
zusammen:	5216	100,—	5362	100,—	4798	100,—	4559	100,—
über 900:	1716	32,90	1721	32,10	2558	53,31	2807	61,57

Tabelle XIV.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk Oppeln.

unter 900	2694	87,98	2522	86,43	2379	82,61	2127	73,86
900— 3000	343	11,20	368	12,61	468	16,26	708	24,58
3000— 6000	19	0,62	21	0,72	24	0,83	37	1,29
6000— 9500	3	0,09	3	0,10	4	0,14	4	0,14
9500—30500	2	0,07	3	0,10	3	0,10	3	0,14
über 30500	1	0,03	1	0,03	1	0,03	1	0,03
zusammen:	3062	100,—	2918	100,—	2879	100,—	2880	100,00
über 900:	368	12,02	396	13,57	500	17,37	753	26,14

Tabelle XV.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk Posen.

unter 900	2667	91,37	2516	89,76	2401	89,66	2115	83,66
900— 3000	236	8,08	267	9,52	260	9,71	381	15,07
3000— 6000	11	0,38	13	0,46	11	0,41	24	0,95
6000— 9500	2	0,06	3	0,11	2	0,07	2	0,08
9500—30500	2	0,06	3	0,11	3	0,11	4	0,16
über 30500	1	0,03	1	0,03	1	0,03	2	0,08
zusammen:	2919	100,—	2803	100,—	2678	100,—	2528	100,—
über 900:	252	8,63	287	10,24	277	10,34	413	16,34

Tabelle XVI.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk Frankfurt a. O.

unter 900	2630	85,—	2618	84,53	2667	83,97	2497	77,04
900— 3000	437	14,12	449	14,50	476	14,99	694	21,41
3000— 6000	19	0,61	20	0,65	22	0,69	38	1,17
6000— 9500	4	0,13	4	0,03	5	0,16	5	0,15
9500—30500	3	0,10	4	0,13	4	0,13	5	0,15
über 30500	1	0,03	2	0,06	2	0,06	2	0,06
zusammen:	3094	100,—	3097	100,—	3176	100,—	3214	100,—
über 900:	464	15,—	479	15,47	509	16,03	744	22,96

Tabelle XVII.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk Köslin.

in den Einkommenstufen	1895		1900		1905		1910	
	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
unter 900	2284	87,21	2194	86,79	2158	86,29	2017	81,69
900— 3000	312	11,91	308	12,18	317	12,68	403	16,32
3000— 6000	16	0,61	17	0,67	18	0,72	39	1,58
6000— 9500	3	0,11	3	0,12	3	0,12	4	0,16
9500—30500	3	0,11	4	0,15	4	0,16	5	0,20
über 30500	1	0,04	1	0,04	1	0,04	1	0,04
zusammen:	2619	100,—	2527	100,—	2501	100,—	2469	100,—
über 900:	335	12,79	333	13,21	343	13,71	452	18,31

Tabelle XVIII.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk Minden.

unter 900	2409	79,98	2415	79,26	2357	78,33	2101	69,11
900— 3000	564	18,73	588	19,30	607	20,17	876	28,82
3000— 6000	31	1,03	36	1,18	36	1,19	55	1,81
6000— 9500	4	0,13	4	0,13	5	0,17	4	0,13
9500—30500	3	0,10	3	0,10	3	0,10	3	0,10
über 30500	1	0,03	1	0,03	1	0,03	1	0,03
zusammen:	3012	100,—	3047	100,—	3009	100,—	3040	100,—
über 900:	603	20,02	632	20,74	652	21,67	939	30,89

Tabelle XIX.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk Kassel.

unter 900	2432	82,27	2386	79,75	2345	76,99	2177	70,54
900— 3000	493	16,68	567	18,95	656	21,54	843	27,32
3000— 6000	24	0,71	30	1,—	36	1,18	57	1,85
6000— 9500	4	0,14	5	0,17	5	0,16	5	0,16
9500—30500	2	0,06	3	0,01	3	0,10	3	0,10
über 30500	1	0,03	1	0,03	1	0,03	1	0,03
zusammen:	2956	100,—	2992	100,—	3046	100,—	3086	100,—
über 900:	524	17,73	606	20,25	701	23,01	909	29,46

Tabelle XX.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk Stade.

unter 900	2734	79,64	2669	77,54	2537	73,62	2128	63,01
900— 3000	642	18,70	709	20,60	835	24,23	1138	33,70
3000— 6000	44	1,28	50	1,45	58	1,68	93	2,75
6000— 9500	7	0,20	8	0,23	9	0,26	10	0,30
9500—30500	5	0,14	5	0,14	6	0,17	7	0,21
über 30500	1	0,03	1	0,03	1	0,03	1	0,03
zusammen:	3433	100,—	3442	100,—	3446	100,—	3377	100,—
über 900:	699	20,36	773	22,46	909	26,38	1249	36,99

Tabelle XXI.

Nachweis der Zensiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk Koblenz a. Rh.

in den Einkommenstufen	1895		1900		1905		1910	
	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%	auf 10 000 Einw.	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
unter 900	2333	75,99	2402	74,92	2303	75,62	1983	63,23
900— 3000	700	22,80	755	23,55	773	24,71	1077	34,34
3000— 6000	28	0,91	37	1,15	40	1,28	63	2,00
6000— 9500	5	0,16	7	0,22	7	0,22	6	0,19
9500—30500	3	0,10	4	0,12	4	0,13	5	0,16
über 30500	1	0,03	1	0,03	1	0,03	1	0,03
zusammen:	3070	100,—	3206	100,—	3128	100,—	3135	100,—
über 900:	737	24,01	804	25,08	825	26,38	1152	36,77

Lebenslauf.

Ich, Gustav Karl Friedrich Büttner, wurde am 12. September 1883 als Sohn des Rechtsanwalts Justizrat Dr. Gustav Büttner und seiner Ehefrau Selma geb. Wasner zu Leipzig geboren, bin evangelischer Konfession und preußischer Staatsangehöriger. Meine Schulbildung erhielt ich auf der Vorschule des Fürstl. Gymnasiums zu Gera und auf dem Fürstl. Gymnasium zu Gera, das ich Ostern 1902 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Ich studierte die Staats- und Rechtswissenschaften auf den Universitäten zu Jena, München, Kiel und Halle und hörte Vorlesungen in Jena bei den Professoren Cartellieri, Danz, Gerland, Kniep, Liebmann, Loening, Meyer, Niedner, Pierstorff, Rosenthal, Schott, Thon; in München bei den Professoren Grueber, von Mayr, von Seuffert, von Stengel; in Kiel bei den Professoren Hänel, Liepmann, Pappenheim; in Halle bei den Professoren von Blume, Brodnitz, Conrad, Lastig, Litten, Loening, Menzer, Meumann, Schwarz, Sommerlad, Stammler, Uphues, Waentig und den Herren Dozenten Gehrig und Wolff. Am 23. April 1912 bestand ich die mündliche Prüfung vor der philosophischen Fakultät der Universität Halle bei den Professoren Conrad im Hauptfach und Krüger und Brodnitz in den Nebenfächern. Es wurde mir das Prädikat cum laude zuerkannt.

Die Anregung zu dieser Arbeit erhielt ich durch Herrn Geh. Regierungsrat Professor Dr. J. Conrad, der mir während der Bearbeitung fördernd zur Seite gestanden hat und dem ich auch an dieser Stelle meinen Dank auszusprechen mir gestatte.